

83. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. April 2011

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	6345	Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	6364
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	6347	Bürgermeisterin Linnert	6366
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	6348	Abg. Erlanson (DIE LINKE)	6368
Sonstige Eingänge	6348	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	6370
Abg. Erlanson (DIE LINKE) zur Geschäftsordnung	6350	Abg. Dr. Buhlert (FDP)	6371
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung	6350	Abstimmung	6372
		Aktuelle Stunde	6373

Regierungserklärung des Senats zum Thema „Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1714)
1. Lesung

D a z u

Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1715)

Abschluss der Verwaltungsvereinbarung: Chance und Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2011 (Drucksache 17/1731)

Bürgermeister Böhrnsen	6351
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	6355
Abg. Frau Kummer (SPD)	6357
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	6359
Abg. Rupp (DIE LINKE)	6362

Fragestunde

1. Muslimische Kinder und Jugendliche in der Schule

Anfrage der Abgeordneten Frau Motschmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2011 6373

3. Zeitarbeit im öffentlichen Dienst

Anfrage des Abgeordneten Dr. Möllenstädt und Gruppe der FDP vom 23. Februar 2011 6375

4. Anonymisierte Bewerbungsverfahren in Bremen erproben

Anfrage der Abgeordneten Frau Mahnke, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2011 6375

5. Wechsel von Referendaren/Referendarinnen aus anderen Bundesländern

Anfrage der Abgeordneten Frau Böschen, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2011 6376

6. Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Öztürk, Frau Hoch, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Februar 2011 6378

- 7. Nutzung sozialer Netzwerke durch die Polizei**
Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) vom 24. Februar 2011 6380
- 8. Rechts- und Linksextremismus**
Anfrage der Abgeordneten Hinners, Strohmänn, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2011 6381
- 9. Auswirkungen der Hartz-IV-Reform**
Anfrage der Abgeordneten Bartels, Strohmänn, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2011 6383
- 10. Einsatz von Anti-Schimmel-Software an Bremer Hochschulen**
Anfrage der Abgeordneten Ella, Dr. Möllenstein und Gruppe der FDP vom 1. März 2011 6384

Netzausbau vorantreiben

Antrag der Gruppe der FDP vom 16. März 2011
(Drucksache 17/1695)

Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. März 2011
(Drucksache 17/1697)

Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 1. April 2011
(Drucksache 17/1726)

Energiewende mit Augenmaß

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 5. April 2011
(Drucksache 17/1740)

Abg. Dr. Buhlert (FDP)	6386
Abg. Rupp (DIE LINKE)	6388
Abg. Dennhardt (SPD)	6390
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	6392
Abg. Röwekamp (CDU)	6394
Abg. Tittmann (parteilos)	6396
Abg. Rupp (DIE LINKE)	6397
Abg. Müller (parteilos)	6398
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	6399
Abg. Dennhardt (SPD)	6400
Abg. Röwekamp (CDU)	6400
Abg. Rupp (DIE LINKE)	6401
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	6401

Senator Dr. Loske	6402
Abg. Dr. Möllenstein (FDP)	6404
Abstimmung	6405

Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011
(Drucksache 17/1666)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafeneretriebsgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. März 2011
(Drucksache 17/1696)
1. Lesung

Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2011
(Drucksache 17/1730)

Abg. Rupp (DIE LINKE)	6407
Abg. Schildt (SPD)	6408
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	6409
Abg. Imhoff (CDU)	6410
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	6411
Abg. Müller (parteilos)	6412
Abg. Rupp (DIE LINKE)	6413
Staatsrat Dr. Heseler	6413
Abstimmung	6414

Einsparungen im Kommunal- und Landeshaushalt durch arbeitsmarktpolitische Investitionen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 24. November 2010
(Drucksache 17/1552)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. März 2011

(Drucksache 17/1679)

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Arbeitsmarktpolitik stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. März 2011
(Drucksache 17/1689)

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	6415
Abg. Frau Ziegert (SPD)	6416
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	6417

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	6418
Abg. Nestler (CDU)	6419
Staatsrat Dr. Schuster	6421
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	6422
Staatsrat Dr. Schuster	6422
Abstimmung	6422
Anhang zum Plenarprotokoll	6424

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Bartels.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schritfführerin Cakici****Vizepräsident Ravens****Schritfführerin Marken**

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für Kultur
und für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Prof. Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 83. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können heute nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ich möchte mit Ihnen der Tragödie von apokalyptischem Ausmaß gedenken, die den Nordosten von Japan heimgesucht hat. Auch drei Wochen nach ihrem Ausbruch übersteigt die Mehrfachkatastrophe aus Erdbeben, Tsunami und Nuklearunfall unser Vorstellungsvermögen. Ausgerechnet das Land, über dem 1945 Atombomben gezündet wurden, kämpft nun gegen Kernschmelzen in mehreren havarierten Atomreaktoren. Über 10 000 Menschen wurden nach dem Beben tot geborgen, über 17 000 Menschen gelten als vermisst. In den Notunterkünften harren immer noch über 250 000 Menschen aus, mehr als ein Drittel davon sind Kinder. Millionen Einwohner sind von der Trinkwasser- und Stromversorgung abgeschnitten, Japan beklagt und betrauert die unfassbar vielen Opfer. Wir fühlen mit den Menschen dort und versuchen, über Spenden und humanitäre Einrichtungen zu helfen, wo es möglich ist. Wir tun das im 150. Jahr der deutsch-japanischen Freundschaft für das japanische Volk, das in der größten Not so gefasst wirkt, als wollte es niemanden mit seinen Gefühlen belasten, und dessen Durchhaltementalität ihm in der Krise zugutekommt; wenigstens das.

(B)

Mit der beispiellosen Katastrophe in Japan wurde uns schonungslos vor Augen geführt, wie verwundbar die Zivilgesellschaft tatsächlich ist, eine Gesellschaft, die stetig in Wachstum, Wohlstand und technologischen Fortschritt investierte und die sich darin geborgen fühlte. Naturgewalten sind seit Urzeiten über die Menschheit hereingebrochen, das wissen wir schon aus der Bibel. Wir können sie nicht verhindern. Was wir verhindern können, sind übersteigerte Provokationen gegen die Natur. Wir haben sie uns bis zuletzt geleistet mit gigantischen Umweltsünden und einem nicht enden wollenden technischen Machbarkeitswahn. Ich glaube, wir sollten das fürchterliche Unglück als eine Prüfung sehen mit dem Ergebnis, der Schöpfung wieder mit mehr Respekt und Demut zu begegnen. Dinge explodieren, wenn das soziale, ökonomische und ökologische Handeln dauerhaft nicht verhältnismäßig ist.

Wir wollen nun still Anteil nehmen am Schicksal der Menschen im Erdbebengebiet. Wir denken an die Toten und Hinterbliebenen, die Kranken und Heimatlosen, wir denken an die Helferinnen und Helfer, die die ärgste Not zu lindern versuchen, und wir denken an diejenigen, die im radioaktiv verseuchten Gebiet des außer Kontrolle geratenen Atomkraftwerks in Fukushima retten, was zu retten ist, bis zum Umfallen gegen einen Super-GAU. Ich bitte Sie, sich für eine Schweigeminute von Ihren Sitzen zu erheben! – Ich danke Ihnen!

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

(C)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich die Mitglieder des Sportgarten e. V., eine Gruppe der Surheider Schule aus Bremerhaven, eine zehnte Klasse des Schulzentrums an der Lehmhorster Straße, Sozialversicherungsangestellte des Schulzentrums an der Grenzstraße, Abschlussklassen Verwaltungsfachangestellte und Justizfachangestellte der Verwaltungsschule Bremen und zwei neunte gymnasiale Klassen der Wilhelm-Raabe-Schule aus Bremerhaven. Seien Sie alle heute Morgen ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 1. April 2011, Drucksache 17/1726.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den Tagesordnungspunkten 46, Netzausbau vorantreiben, und 48, Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Sofortmaßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls einleiten!, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP vom 5. April 2011, Neufassung der Drucksache 17/1727 vom 4. April 2011, Drucksache 17/1739.

Interfraktionell wurde vereinbart, diesen Antrag zu Beginn der Sitzung am Donnerstag Vormittag zur Verhandlung zu stellen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

3. Krankenhausgesetz: Überflüssig, bürokratisch, schädlich, Dringlichkeitsantrag der Gruppe der FDP vom 5. April 2011, Drucksache 17/1728.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

(A) Wer damit einverstanden ist, den Antrag dringlich zu behandeln, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den verbundenen Tagesordnungspunkten 64 und 65, Bremisches Krankenhausgesetz und Bericht und Antrag des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

4. Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2011, Drucksache 17/1730.

Gemäß Paragraph 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 30, Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern, und 47, Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenerbetriebsgesetzes, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

5. Abschluss der Verwaltungsvereinbarung; Chance und Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2011, Drucksache 17/1731.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit der Regierungserklärung des Senats sowie mit dem Tagesordnungspunkt 63, Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und Mitteilung des Senats, Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen, zu verbinden.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

6. Spielerschutz im bremischen Spielhallenwesen verbessern – Bremisches Spielhallengesetz (Brem-SpielhG), Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2011, Drucksache 17/1736.

Gemäß Paragraph 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 31, Neuregelung des Glücksspielrechts, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

7. Bremen als Modellregion „Bürokratieabbau“ profilieren, Dringlichkeitsantrag der Gruppe der FDP vom 5. April 2011, Drucksache 17/1737.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit den Tagesordnungspunkten 26, Bericht „Befristung und Evaluation des bremischen Rechts und Entbürokratisierung“, 59, Bürokratieabbau ernst nehmen – Befristung von Gesetzen beibehalten – Genehmigungsfiktion einführen!, und 61, Fünftes Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts, vor.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(C)

(D)

(A) 8. Für ein liberales Glücksspielrecht, Dringlichkeitsantrag der Gruppe der FDP vom 5. April 2011, Drucksache 17/1738.

Ich lasse gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung auch hier zunächst über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 31, Neuregelung des Glücksspielrechts, und dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1736, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

9. Energiewende mit Augenmaß, Antrag (Entscheidung) der Fraktion der CDU vom 5. April 2011, Drucksache 17/1740.

(B) Gemäß Paragraf 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den Tagesordnungspunkten 46, Netzausbau vorantreiben, 48, Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!, und 67, Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

10. Nachträglich hat der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten um die Wahl eines Mitglieds des Landesrundfunkausschusses gebeten.

Ich schlage Ihnen vor, diese Wahl am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

11. Unlautere Telefonwerbung effektiv verhindern – Vollzug bestehender Gesetze sicherstellen!, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP vom 6. April 2011, Drucksache 17/1741.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(C)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 18, unerlaubte Telefonwerbung wirksam bekämpfen, vor.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 25. März 2011 (Drucksache 17/1708)
2. 5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 25. März 2011 (Drucksache 17/1709)
3. Konzept für Mehrsprachigkeit in Bremen Mitteilung des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1717)
4. Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen Mitteilung des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1718)
5. Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen Mitteilung des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1719)
6. Bericht über die Arbeit des Petitionsausschusses nach § 14 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft Bericht des Petitionsausschusses vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1725)

(D)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Mai-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Dynamische Entwicklung migrantischer Unternehmen: Erreichen die Beratungs-, Qualifizierungs- und Förderangebote die migrantischen Unternehmensgründerinnen und -gründer?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 8. März 2011 (Drucksache 17/1685)

- (A)
2. Stiftungsprofessur OHB
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 8. Februar 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1721)
 3. Überprüfung der Strukturpolitik
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 11. Februar 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 29. März 2011 (Drucksache 17/1722)
 4. Wiederbesetzungssperre
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 22. März 2011 (Drucksache 17/1704)
 5. Studienorientierung in Bremens Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 17. Februar 2011
 6. Stärkere gesellschaftliche Öffnung der Bremer Hochschulen: Lernen vom Leben! Engagementförderung in Studium und Lehre
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 4. März 2011
- (B)
7. Ballastwasserreinigung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 8. März 2011
 8. Bearbeitungszeiten beim Nachlassgericht bürgerfreundlich organisieren
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 9. März 2011
 9. Finanzierung von Leiharbeit mit Landesmitteln?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 9. März 2011
 10. Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 24. März 2011
 11. Ressourcenbewirtschaftung an Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. April 2011
 12. Sicherheit des Atomkraftwerks Unterweser in Esenshamm/Kleinsiel
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 5. April 2011

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Eingabe der „Initiativen für Bremen“ vom 24. Februar 2011 „Für mehr tatsächliche Mitwirkung der Bürger“.

Diese Eingabe kann in der Kanzlei der Bürgerschaft eingesehen werden.

IV. Sonstige Eingänge

1. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur abstrakten Normenkontrolle
Antrag auf abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG gegen das Elfte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 08.12.2010 (BGBl. I S. 1814) – Antrag der Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen
Mitteilung des Senats vom 1. März 2011 (Drucksache 17/1680)
2. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Einbringung der Bundesratsinitiative
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Zwecken der Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtlicher Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität – Antrag der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. März 2011 (Drucksache 17/1691)
3. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Einbringung der Bundesratsinitiative
Entschließung des Bundesrates zur Schaffung der Rechtsgrundlagen für eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Einkommensteuerrecht – Antrag der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. März 2011 (Drucksache 17/1692)
4. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative
Jahresgutachten 2010/2011 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Jahreswirtschaftsbericht 2011 der Bundesregierung – Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. März 2011 (Drucksache 17/1693)
5. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur angekündigten Bundesratsinitiative
Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes 2011 – Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. März 2011 (Drucksache 17/1693)

(C)

(D)

- (A) 6. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Einbringung der Bundesratsinitiative
Entschließung des Bundesrates zur Zukunft der Offshore-Windenergie – Antrag der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 5. April 2011
(Drucksache 17/1734)
- Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 3, Bremer Autobahnring menschengerecht planen und zügig schließen, und 4, Autobahn 281 – Sofortiger Weiterbau des Torsos im planfestgestelltem Bereich Neuenlander Straße und Durchführung eines Moratoriums, des Tagesordnungspunktes 23, Umsetzungsstand der Bremer Schulreform, und des Tagesordnungspunktes 28, Notwendigkeit der Weservertiefung? Schiffsverkehr auf Unter- und Außenweser.
- Des Weiteren wurden Absprachen getroffen zur Verbindung der Regierungserklärung des Senats zum Thema Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen mit dem Tagesordnungspunkt 63, Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und dazu als Eingang Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen, und dem Dringlichkeitsantrag, Abschluss der Verwaltungsvereinbarung: Chance und Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes, Drucksache 17/1731, der Tagesordnungspunkte 5, Einsparungen im Kommunal- und Landeshaushalt durch arbeitsmarktpolitische Investitionen, und 44, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Arbeitsmarktpolitik stärken, der Tagesordnungspunkte 7, Zweiter Bericht zum Bremischen Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, und 8, Zweiter Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. April 2007 bis 31. März 2009.
- Es wurden Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 14 bis 16, Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters und Mitteilung des Senats, der Tagesordnungspunkte 25, Zuordnung von Grundschulen in freier Trägerschaft ermöglichen, und 58, Gymnasiale Oberstufe in freier Trägerschaft jetzt genehmigen, der Tagesordnungspunkte 26, Bericht „Befristung und Evaluation des bremischen Rechts und Entbürokratisierung“, 59, Bürokratieabbau ernst nehmen – Befristung von Gesetzen beibehalten – Genehmigungsfiktion einführen!, 61, Fünftes Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts, und des Dringlichkeitsantrags der Gruppe der FDP, Bremen als Modellregion „Bürokratieabbau“ profilieren, Drucksache 17/1737, der Tagesordnungspunkte 30, Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern, 47, Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebs-
- gesetzes, und des Dringlichkeitsantrags, Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren, Drucksache 17/1730.
- Es wurden weiterhin interfraktionelle Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 41 und 66, es handelt sich hier um die Petitionsberichte Nr. 44 und Nr. 45, der Tagesordnungspunkte 45, Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben auf der Weser und im Küstenmeer, und 62, Gesetz zu dem Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben auf der Weser und im Küstenmeer, der Tagesordnungspunkte 46, Netzausbau vorantreiben, 48, Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!, 67, Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!, und dem Entschließungsantrag, Energiewende mit Augenmaß, Drucksache 17/1740, der Tagesordnungspunkte 49 und 50, Demokratische Willensbildung auf der europäischen und der bundesstaatlichen Ebene legitimieren; Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der deutschen Landesparlamente stärken – Bericht über die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Bundesrates und des Bundestages vom 21. und 22. Juni 2010 und Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses dazu.
- Des Weiteren wurden interfraktionelle Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 51 und 52, 17. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau dazu, der Tagesordnungspunkte 57, Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Bremen, und 60, Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2011/2012 in der Freien Hansestadt Bremen, und der Tagesordnungspunkte 64 und 65, Bremisches Krankenhausgesetz und Bericht und Antrag des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“ dazu, und dem Dringlichkeitsantrag der Gruppe der FDP, Drucksache 17/1728. Zudem soll gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 43, Integration heißt Teilhabe ermöglichen und Lebensperspektiven gestalten, die Mitteilung des Senats „Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007 bis 2011“, Drucksache 17/1716, behandelt werden.
- Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zu Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten, wobei auch vereinbart wurde, dass der Landesbehindertenbeauftragte, Herr Dr. Steinbrück, zu Tagesordnungspunkt 8 zu Beginn der Beratung gehört werden soll.
- (C)
- (D)

(A) Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass die Sitzung heute Vormittag mit der Regierungserklärung des Senats zum Thema Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen beginnt. Gemeinsam damit werden die Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen, Drucksache 17/1715, der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1731, und das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, Tagesordnungspunkt 63, behandelt. Im Anschluss daran wird der Tagesordnungspunkt 1, Fragestunde, aufgerufen.

Die Nachmittagssitzung heute beginnt mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 46, Netzausbau vorantreiben, 48, Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!, und 67, Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!, und dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 17/1740. Im Anschluss daran werden die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 30, Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern, 47, Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes, und der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1730, behandelt.

(B) Zu Beginn der Sitzung am Donnerstagvormittag wird der Antrag der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP „Sofortmaßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls einleiten!“, Drucksache 17/1739, Neufassung der Drucksache 17/1727, aufgerufen. Danach sollen die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 7, Zweiter Bericht zum Bremischen Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, und 8, Zweiter Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. April 2007 bis 31. März 2009, und im Anschluss daran der Tagesordnungspunkt 31, Neuregelung des Glücksspielrechts, in Verbindung mit den beiden Anträgen, Drucksachen 17/1736 und 17/1738, behandelt werden.

Die Nachmittagssitzung am Donnerstag beginnt mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 57, Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Bremen, und 60, Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2011/2012 in der Freien Hansestadt Bremen. Danach sollen die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 64 und 65, Bremisches Krankenhausgesetz und Bericht und Antrag des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“ dazu, in Verbindung mit dem Antrag der Gruppe der FDP, Drucksache 17/1728, aufgerufen werden.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Das ist der Fall.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Erlanson.

(C)

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE hat bereits in der interfraktionellen Sitzung betont, dass sie es für keinen guten parlamentarischen Stil hält, dass sie auch nicht die nötige Transparenz in Beschlüssen sieht, wenn zu dem Tagesordnungspunkt Übernahme beziehungsweise Nichtübernahme des Tarifergebnisses der Angestellten auf die Beamtinnen und Beamten und Richter des Landes Bremen in erster und zweiter Lesung hintereinander abgestimmt wird. Wir sind für eine Vertagung der zweiten Lesung auf die Mai-Sitzung, damit in dieser Zeit die Möglichkeit besteht, dass, wie sonst in vielen anderen Punkten auch, eine Anhörung mit entsprechenden Verbänden und auch Gewerkschaften stattfinden kann. Das möchte ich gern zur Abstimmung stellen.

Präsident Weber: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass in dieser Frage zweierlei wichtig ist, zum einen, dass nun zügig auch die erhöhten Zahlungen erfolgen können, zweitens, dass es eine Rechtssicherheit für die Beamtinnen und Beamten gibt, und deswegen ist es angezeigt, und auch nur deswegen, dass wir die erste und zweite Lesung durchführen. Im Übrigen gab es Anhörungsmöglichkeiten für die beteiligten Verbände, die auch genutzt worden sind. – Vielen Dank!

(D)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, hier ist von der Fraktion DIE LINKE der Antrag gestellt worden, die zweite Lesung im Mai 2011 vorzunehmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE und Abg. **T i t t - m a n n** [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. **T i m k e** [BIW] und Abg. **W o l t e m a t h** [parteilos])

Stimmhaltungen?

(Abg. **M ü l l e r** [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(A) **Regierungserklärung des Senats zum Thema „Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“**

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011
(Drucksache 17/1714)
1. Lesung

D a z u

Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011
(Drucksache 17/1715)

s o w i e

Abschluss der Verwaltungsvereinbarung: Chance und Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 5. April 2011
(Drucksache 17/1731)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen und Frau Bürgermeisterin Linnert.

Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlage.

(B)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der kommenden Woche, am 15. April, steht die Unterzeichnung eines Verwaltungsabkommens zwischen Bremen und dem Bund an. Bremen erhält dadurch beachtliche finanzielle Hilfen, neun Jahre lang von 2011 bis 2019, jährlich 300 Millionen Euro, insgesamt 2,7 Milliarden Euro. Im Gegenzug verpflichtet sich Bremen, bis 2020 sein Finanzierungsdefizit des Jahres 2010 abzubauen und die Neuverschuldung bis 2020 auf Null zu bringen. Das heißt, wir müssen in zehn Schritten zu je 120 Millionen Euro jährlich die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben reduzieren. Das ist trotz der finanziellen Hilfe vom Bund und von den Ländern, für die wir dankbar sind, kein einfacher Weg. Das muss man unumwunden sagen, und da darf sich auch keiner Illusionen hingeben! Das ist ein steiniger, das ist ein dorniger Weg. Das ist eine große Herausforderung für uns alle, für den Senat und den Haushaltsgesetzgeber Bremische Bürgerschaft, aber es ist nach meiner festen Überzeugung der einzige Weg hin zu einer finanziellen Zukunftssicherung des Landes Bremen und, ich füge hinzu, erstmals, seit sehr langer Zeit, hat Bremen wieder eine Perspektive, um seine volle finanzielle Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

(C)

Meine Damen und Herren, man muss heute noch einmal daran erinnern, dass es 1992 war, genau am 27. Mai 1992, als das Bundesverfassungsgericht in einem aufsehenerregenden Urteil festgestellt hat, dass Bremen sich in einer unverschuldeten extremen Haushaltsnotlage befand und dass Bremen deshalb Anspruch auf Hilfe zur Selbsthilfe gegenüber der bundesstaatlichen Gemeinschaft hat. In den darauffolgenden Verhandlungen mit dem Bund konnte erreicht werden, dass Bremen zunächst einmal fünf Jahre, und dann 1998 verlängert, ein zweites Mal fünf Jahre, Sanierungsleistungen erhalten hat. Zehn Jahre lang Sanierungsleistungen!

Schauen Sie einmal in die Präambel des Sanierungssicherungsgesetzes von 1999, welche Vorstellungen wir hatten, wann diese Sanierung vollendet, abgeschlossen, erreicht sein sollte, auch die Große Koalition, gerade die Große Koalition damals! 2004 haben wir feststellen müssen, 2005, dass die zehn Jahre Sanierungsleistungen, so gut sie Bremen getan haben mit der Ermöglichung von Investitionen und Entwicklungen unseres Wissenschaftsstandorts, Investitionen in Tourismus und unsere Hafenfazilitäten und vieles andere mehr, nicht zur Sanierung unseres Haushaltes geführt haben. Ab 2005 stand Bremen völlig allein mit diesem Problem, als die Sanierungsleistungen ausgelaufen waren. Das ist jetzt anders! Wir erhalten Unterstützung. Die Verwaltungsvereinbarung konkretisiert die neue Schuldenregel des Grundgesetzes. Die sogenannte Schuldenbremse in Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes verpflichtet alle Länder, ausnahmslos alle Länder, ab 2020 grundsätzlich ohne Neuverschuldung die Haushalte aufzustellen.

Meine Damen und Herren, ich war kürzlich auf einer Veranstaltung, das war nicht bei der SPD und auch nicht bei den Grünen, und da wurde ein Antrag beschlossen, und in diesem Antrag stand ein Satz: Wir lehnen die Schuldenbremse ab! Ich höre das ja häufiger, dass dieser Satz gesagt wird, und ich nehme an, wir werden ihn heute auch noch einmal hören. Da muss man nun sagen, so frei die Rede ist, aber was im Grundgesetz steht und was für die Länder und den Bund verfassungsrechtliche Pflicht ist, dazu kann man nicht einfach sagen, das nehmen wir nicht zur Kenntnis. Nein, Bremen muss sich ausdrücklich dazu bekennen, zu der eigentlichen Selbstverständlichkeit, dass wir uns verfassungskonform verhalten, die Schuldenbremse gilt für uns, und wir werden uns dieser Schuldenbremse auch stellen! Das ist unsere Aufgabe, und anderes geht nicht!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

(D)

Ich sage noch einmal ganz ausdrücklich: Wer anderes fordert, wer ein Verhalten fordert, das gegen

(A) die Einhaltung dieser Verfassungsnorm gerichtet ist, der verwirkt jeden Rechtsanspruch, den Bremen auch in anderen Bereichen haben kann, könnte und vielleicht auch geltend machen muss, und er verstößt in gravierender Weise gegen die Solidarität im Bundesstaat! Wer sich eines solchen Verstoßes schuldig macht, der kann in Zukunft auch nicht die Solidarität des Bundes und der anderen Länder einfordern. Deswegen, wer sagt, lasst uns das alles nicht zur Kenntnis nehmen, was da im Grundgesetz steht – das sage ich jetzt einmal mit ganz drastischen Worten –, der fährt Bremen gegen die Wand! So wird es sein!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen erfährt Solidarität. Bremen hat bei den Verhandlungen mit Bund und Ländern in der Föderalismuskommission II überzeugend dargelegt, dass wir, die Freie Hansestadt Bremen, diese Schuldenregeln nicht aus eigener Kraft einhalten können, und pikanterweise ist es eine Arbeitsgruppe der Finanzminister von Bund und Ländern unter der Federführung des damals noch anders als zukünftig regierten Landes Baden-Württemberg gewesen, die festgestellt hat, dass Bremen große Sparanstrengungen unternimmt und Bremen sich nicht mehr als andere leistet. Dieses einvernehmliche Ergebnis der Haushaltsanalyse Bremens hat die Bereitschaft entstehen lassen, an Bremen Konsolidierungshilfen zu leisten.

(B) Wenn ich sage, Bremen steht nicht mehr allein, wie wir das 2005 hatten, dann reicht auch da ein Blick ins Grundgesetz. Es gab so etwas noch nie, aber es gibt es jetzt: Bremen hat einen grundgesetzlich festgelegten Anspruch auf Hilfe. In Artikel 143 d ist erstmals anerkannt, dass Bremen plus vier andere Länder finanzielle Hilfe bekommen können, wobei Bremen – auch das darf man an dieser Stelle noch einmal betonen – den mit Abstand höchsten Betrag erhält. Übrigens, das wird überall in Deutschland als ein Erfolg für Bremen angesehen, und ich finde, wir sollten das in Bremen genauso sehen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Grundgesetz bestimmt auch, dass sich die finanzielle Hilfe von jährlich 300 Millionen Euro und die gleichzeitige Klage auf Sanierungsleistungen beim Bundesverfassungsgericht gegenseitig ausschließen.

Ich habe soeben hervorgehoben, dass Hilfen von 300 Millionen Euro Bremen nicht aufgedrängt werden, sondern dass Bremen sich entscheiden kann, ob es diese Hilfe annehmen möchte. Nichts ist alternativlos, es gibt für alles Alternativen, die Frage ist nur, ob sie vernünftig sind. Bremen könnte sagen, wir verzichten auf die 300 Millionen Euro, und wir interessieren uns auch nicht für den weiteren Verlauf der Dinge, sondern machen bis 2020 so weiter, und schau-

en wir einmal, was dann ist. Das ist die Harakiri-Variante, die nicht empfehlenswert ist. Die zweite Möglichkeit ist, dass wir die 300 Millionen Euro nicht annehmen und setzen unsere 2006 erhobene Klage beim Bundesverfassungsgericht fort, dann haben wir nach dem Grundgesetz keinen Anspruch auf die 300 Millionen Euro.

Bremen und das Saarland, wir sind in gleicher Situation, wir haben uns anders entschieden. Wir werden die Klage beim Bundesverfassungsgericht für erledigt erklären, und das wird auch in der kommenden Woche geschehen. Das Saarland hat das schon getan. Das fällt weder dem Saarland schwer, noch fällt es Bremen schwer, denn beim Bundesverfassungsgericht, selbst wenn man da großen Erfolg hat, bekommt man kein Geld. Das war im Jahr 1992 genauso. Da bekommt man allenfalls einen Auftrag, eine Verpflichtung an Bund und Länder, gemeinsam mit Bremen darüber zu verhandeln, in welcher Höhe Bremen Sanierungszahlungen erhalten kann. Da sage ich Ihnen, nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen in der Föderalismuskommission, die ich ja auch in der Rolle als einer von zwei stellvertretenden Vorsitzenden habe machen dürfen, sehe ich nicht, dass wir bei einem obsiegenden Urteil mehr erhalten könnten, als jetzt im Grundgesetz steht.

Es laufen ja gegenwärtig ein paar Trauertänzer durch Bremen –

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

(D) interessanterweise sind das ja parteipolitische Gruppierungen, zwischen denen eigentlich nach dem normalen Verständnis des Spektrums eine ganz große Distanz liegt, aber an diesem Punkt passt gar kein Blatt Papier dazwischen –, die sagen: Ihr müsst zum Bundesverfassungsgericht gehen, da liegen Milliarden Euro für euch herum, die müsst ihr nur abholen! Dann sagen sie noch dazu: Weil das so sicher ist, dass das Geld dort liegt, lasst uns das doch jetzt schon einmal ausgeben, gewissermaßen im Vorgriff darauf! Ich sage einmal ganz ausdrücklich: Ein höherer Grad an Verantwortungslosigkeit ist für mich nicht denkbar, solchen Leuten darf man Bremen wirklich nicht überlassen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Allerdings erklären Bremen und das Saarland gegenüber dem Bundesverfassungsgericht auch, dass wir unsere grundsätzlichen Rechtspositionen zur finanziellen Ausstattung unserer Länder nicht aufgeben. Wir geben keine Rechtspositionen auf, und ich füge hinzu: Sollte es sich als nötig erweisen, etwa weil von den drei bisherigen Südländern, die das angekündigt hatten, noch zwei übrig bleiben, nämlich Hessen und Bayern, und zum Bundesverfassungsgericht

(A) gehen, um den Länderfinanzausgleich zu attackieren, werden wir uns nicht nur defensiv, sondern weiter offensiv und entschlossen für einen fairen Finanzausgleich einsetzen und den Attacken entgegenzutreten. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen – ein Stück hat sich das durch das Wahlergebnis in Baden-Württemberg erledigt –, dass der noch amtierende Ministerpräsident Mappus bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz der Länder auf keinerlei Verständnis, auch bei der Mehrheit der unionsregierten Länder, getroffen ist, die Fragen des Finanzausgleichs gerichtlich klären zu lassen oder vor dem Jahr 2019 zu verhandeln.

Bremen steht nicht nur im Schulterschluss mit dem Saarland, wir stehen überdies zusammen mit den Ländern Berlin, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, also mit den anderen Ländern, die wie Bremen Konsolidierungshilfe erhalten und in diesen Tagen ebenso wie Bremen eine ähnliche Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund abschließen.

(B) Das Besondere ist – das werden Sie in den Unterlagen nachlesen können –, dass diese fünf Länder eine gemeinsame Protokollerklärung zu dem Verwaltungsabkommen abgegeben haben, indem der Bund eindringlich darauf hingewiesen wird, dass der Erfolg unserer Konsolidierungsbemühungen in Bremen und in den anderen vier Ländern nicht nur von unserer eigenen Haushaltspolitik und unserer eigenen Anstrengung abhängt, sondern insbesondere von der Entscheidung über unsere Einnahmen und Ausgaben, die zu einem großen Teil – bei den Einnahmen der ganz überwiegende Teil und bei den Ausgaben ein großer Teil – von Entscheidungen des Bundes abhängen. Ich finde es schon sehr bemerkenswert, dass diese fünf Länder unabhängig von der jeweiligen Parteifarbe den Bund ermahnen, nicht durch Steuerensenkungen unseren Konsolidierungskurs zu gefährden, denn es ist und bleibt richtig: Die Schuldenbremse im Grundgesetz kann nur dann wirken, wenn sie gleichzeitig als Steuerensenkungsbremse verstanden wird und wirken kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es geht nicht, den Ländern aufzugeben, ihre Neuverschuldung auf Null zu fahren, wenn man ihnen gleichzeitig die Beine wegzieht und ihre Einnahmen reduziert. Das passt nicht zusammen! Wir haben es ja in der Vergangenheit erlebt, wie uns die Einnahmen reduziert worden sind. Ich darf einmal an das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz erinnern, was uns das hier in Bremen gekostet hat und was es nicht nur uns, sondern die Städte und Gemeinden in Deutschland gekostet hat!

Der Deutsche Städtetag hat vor Kurzem die Bilanz für das Jahr 2010 vorgelegt: Deutschland hat in seinen Kommunen ein historisches Finanzierungsdefizit, und das trotz wieder anziehender Konjunktur. In

(C) vielen Städten und Gemeinden in Deutschland müssen soziale Einrichtungen geschlossen werden, muss an Personal gespart werden, müssen Investitionen aufgeschoben werden. Wenn dann auf der anderen Seite Hoteliers entlastet und reiche Erben und Unternehmen begünstigt werden, sagen viele und ich auch: Das ist eine Politik, die in die falsche Richtung geht, und das darf nicht so sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Deswegen wird Bremen – ich gehe fest davon aus, dass es die anderen vier Länder, die mit Bremen diese Protokollerklärung abgegeben haben, genauso tun werden – im Bundesrat keinen Gesetzen zustimmen, die zu Mindereinnahmen oder zu Mehrbelastungen der Städte und Gemeinden in Deutschland führen.

Ich will aber an dieser Stelle auch sagen, dass es ein kleiner Lichtblick für eine andere Richtung ist, im Rahmen der Hartz-IV-Verständigung konnte erreicht werden, dass die Kommunen in Deutschland in Stufen bis zum Jahr 2014 von den Kosten der Grundsicherung entlastet werden. Das ist unsere große Last in den Städten und Gemeinden in Deutschland: die großen Beträge bei den Sozialleistungen. Es ist gut, dass die Kosten der Grundsicherung im Alter jetzt ab dem Jahr 2014 in Gänze vom Bund getragen werden.

(D) Das Verwaltungsabkommen, das Ihnen heute vorliegt, prägt unsere Haushaltspolitik der nächsten Jahre. Ich bitte, einmal darüber nachzudenken, ob es noch Sinn macht, wenn wir uns in Zukunft Sätze vorhalten wie „ihr spart zu viel oder ihr spart zu wenig“, weil wir ab jetzt einen ganz anderen Maßstab haben, und deswegen ändern wir auch die Landeshaushaltsordnung. Der Maßstab heißt: Es gibt jedes Jahr eine Hürde zu überspringen, diese Hürde heißt 120 Millionen Euro. Da muss man sagen, ich lese immer, das seien Einsparungen. Nein, das sind 120 Millionen Euro, die die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben kleiner macht. Das heißt, wenn alles gut läuft und die Einnahmen sich positiv entwickeln, dann fällt die Seite des Einsparens leichter, und wenn es anders ist, hat man auf der Einsparseite größere Schwierigkeiten.

Das ist in Zukunft jedes Jahr die Frage: Reißt man diese Hürde, gibt es keine 300 Millionen Euro, überspringt man die Hürde, gibt es 300 Millionen Euro. Der Unterschied zu den Sanierungsleistungen – das muss man auch wiederum sagen – in der Zeit von 1994 bis 2004 ist beachtlich, was die Verwendung dieses Geldes angeht: In der Sanierungszeit von 1994 bis 2004 war es uns möglich, das darf ich einmal überspitzt sagen – ich habe es vorhin angesprochen –, ein Investitionsfeuerwerk zugunsten der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zu entfalten. Dieses Mal – ich sage einmal: Kann man es den anderen verdenken, dass sie uns und den anderen vier Ländern dieses Mal etwas andere Bedingungen auferlegen? – müs-

(A) sen wir das Geld konkret zur Haushaltskonsolidierung verwenden. Es ist als Zinshilfe und nicht zum Ausgeben gedacht. Es ist als Hilfe für die Zukunftssicherung Bremens gedacht.

Ich will ansprechen, dass man kein Missverständnis aufkommen lassen darf nach dem Motto, auf diesem Weg und am Ende dieses Weges, den wir jetzt gehen, ist die finanzielle Zukunftssicherung des Landes Bremen erreicht. Nein! Ich habe das einmal beim Amtsantritt im Jahr 2005/2006 mit verschiedenen Bausteinen beschrieben. Was wir jetzt machen, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Baustein. Ohne diesen Baustein, die eigene Anstrengung, sich mit Hilfe der anderen auf den Weg der Haushaltskonsolidierung zu machen, wird aber die finanzielle Zukunftssicherung nicht gelingen.

Der zweite Baustein muss die Lösung der Altschuldenproblematik in Bremen und übrigens auch in den anderen Ländern sein. Wir und andere Länder sind nie in der Lage, den angehäuften Berg von Schulden zu tilgen, das ist so! Sie kennen die Zahl der Entwicklung der Schulden der öffentlichen Haushalte, sie beträgt aktuell zwei Billionen Euro, 2 000 Milliarden Euro über alle Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden hinweg gerechnet. Zu dieser Altschuldenproblematik – auch das haben wir Ihnen gewissermaßen noch einmal zur Erinnerung dargelegt – ist in der Föderalismuskommission von den beiden Vorsitzenden Günther Oettinger und Peter Struck gesagt worden, dass sie gegenwärtig nicht lösbar ist. Diese Frage bleibt auf der politischen Agenda, da gibt es Vorschläge, wie so etwas zu lösen ist, aber diese Frage muss gelöst werden.

(B) Der dritte Baustein ist und bleibt ein fairer Finanzausgleich. Das heißt, wir wehren uns gegen Attacken auf die Solidarität zwischen Bund und Ländern, so sie denn noch kommen sollten, etwa von Südländern, und wir machen uns stark in den irgendwann beginnenden Verhandlungen für die Fortsetzung des Länderfinanzausgleichs für einen gerechten, für einen für Bremen auskömmlichen, verlässlichen Finanzausgleich. Das heißt im Wesentlichen – ich muss die Argumente nicht alle wiederholen! –, es muss darum gehen, dass sich die starke Wirtschaftskraft Bremen in den Steuereinnahmen widerspiegelt.

Ich kann mich nicht ganz enthalten, eine kurze Bemerkung zu einer angekündigten Klage zu machen, von der ich gelesen habe, von CDU und FDP beim Staatsgerichtshof! Diese Klage ist nach meiner festen Überzeugung erstens aussichtslos, denn wenn sie in die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen hineinschauen, dann finden Sie überhaupt nichts, was dem bremischen Sachverhalt auch nur ähnelt. Zweitens aber ist diese Klage in der politischen Beurteilung aberwitzig. Haben Sie eigentlich einmal in den Haushalt hineingeschaut, was es für Sie bedeuten würde? Vor allen Dingen, haben Ihre Fachpolitikerinnen und Ihre Fachpolitiker sich das einmal angeschaut?

Einmal unterstellt, Sie würden wider alle Erwartungen mit Ihrer Überzeugung recht haben, dann müssten Sie sagen, dass Bremen im letzten Jahr 782,2 Millionen Euro mehr hätte einsparen müssen. Ich bin einmal gespannt, wo Ihre Vorschläge sind, wie das Land Bremen so etwas einsparen kann. Das ist die politische Quintessenz Ihrer Klage, die Sie ausdrücken, dass Sie sagen, Bremen hätte im letzten Jahr 782,2 Millionen Euro mehr einsparen müssen. Viel Vergnügen bei den Vorschlägen dafür! Das ist auf Deutsch gesagt Quatsch, dass man so etwas vorträgt!

(C) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Drittens, ich habe gestern auch noch einmal hineingeschaut, ab wann wir denn in Bremen im bremischen Haushaltsaufstellungsverfahren die Regelgrenze des Artikels 131 a unserer Landesverfassung, das da heißt, Schulden darf man nur im Umfang von Investitionsbeträgen machen, überschritten haben. Da sage ich Ihnen: Schauen Sie da einmal hinein, und dann werden Sie feststellen: Wenn Sie glaubwürdig wären, hätten Sie gegen Ihren eigenen CDU-Finanzsenator diese Klage schon vor vielen Jahren erhoben. Dass Sie das nicht gemacht haben, zeigt doch alles!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(D) Ich will mich aber darüber nicht weiter aufregen. Der Wahlkampf ist vielleicht nicht der richtige Zeitpunkt, es zu sagen, aber ich finde, Sie sollten trotz Wahlkampf zur Besinnung kommen und ein solches Unterfangen aufgeben.

Lassen Sie mich zum Abschluss gewissermaßen noch einmal die große Klammer um diese Anstrengungen bilden! Für mich war im Rahmen der Verhandlung der Föderalismuskommission II immer maßgebend, dass Bremen in seiner Situation, mit seiner Situation nie allein steht. Wenn wir allein stehen mit unseren Problemen, haben wir geringere Chancen. Wir müssen uns im Geleitzug bewegen, im Geleitzug mit anderen Ländern, die in ähnlicher Situation sind, und dieser Geleitzug besteht, ich habe es gesagt, aus Bremen, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Diese fünf Länder machen sich gemeinsam auf den Weg, die Schuldengrenze mit Hilfe der bundesstaatlichen Gemeinschaft einzuhalten, sie machen sich gemeinsam auf den Weg, die finanzielle Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Ich möchte auch sagen, weil ich weiß, wie begrenzt der Blick in die Zukunft auch wirklich ist: Wir wissen alle, dass man nicht von heute bis zum Jahr 2020 Excel-Tabellen aufmachen kann und im Jahr 2019/2020 wird genau die Summe erreicht sein, die in irgendwelchen Tabellen steht. Das wissen wir! Wir wissen nicht, wie sich die Konjunktur entwickelt, wir wissen nicht, wie sich die Ausgaben entwickeln und

- (A) die Ausgabennotwendigkeit, wir wissen nicht, wie sich die Einnahmen entwickeln.

Ich sage Ihnen aber, wenn man sich im Geleitzug mit fünf Ländern befindet, die sich auf diesen Weg machen, dann muss es heißen: Entweder wir schaffen es gemeinsam, alle fünf Länder, auf diesem Weg, dann ist es gut, oder aber wir haben alle auf diesem Weg ein Problem. Dann steht Bremen auch nicht allein, dann stehen fünf Länder mit einem Problem da, möglicherweise auch der Bund, wenn er im Jahr 2016 seine Schuldenbremse einhalten muss. Dann muss gemeinsam nach einer Lösung für dieses Problem gesucht werden. Der Geleitzug, das Zusammenhalten Schulter an Schulter mit anderen Ländern ist für mich die entscheidende Voraussetzung zum Gelingen dieses Weges. Deshalb werden wir in Bremen, wie die anderen Länder, diese Herausforderung annehmen, und ich bitte Sie, Senat und Bürgerschaft und möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte in Bremen, sich gemeinsam auf diesen Weg zu begeben! – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

- (B) Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Bürgermeister Böhrnsen, an dieser Stelle unseren Dank aussprechen, unseren Dank für die zügige und umfassende Information über den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur Gewährung der Konsolidierungshilfen, Dank aber auch für den Einsatz für die Bremer Interessen und das Ergebnis der Föderalismuskommission II und die nun vorliegende Verwaltungsvereinbarung.

2,7 Milliarden Euro Sanierungshilfen in neun Jahren sind keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis intensiver Verhandlungen, an denen die CDU bis zum Jahr 2007 in Verantwortung im Senat und danach auch aus der Opposition heraus über die guten Kontakte zu den CDU-geführten Ländern und insbesondere zu dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger stets konstruktiv mitgearbeitet hat. Ich habe mich auch deshalb sehr über das Ergebnis der Föderalismuskommission gefreut, weil mit der Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz endlich der Grundstein für eine Zukunft nachhaltiger Finanzpolitik gelegt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit Ausnahme der LINKEN dürfte allen in diesem Haus klar sein, das Anhäufen immer neuer Schulden geht buchstäblich auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder und gehört mit dieser Vereinbarung auch

in absehbarer Zeit der Vergangenheit an. Seinen Kindern einen soliden Haushalt zu übergeben, der Chancen für die Verwirklichung ihrer eigenen Ziele lässt, und nur so viel Geld auszugeben, wie man vorher auch eingenommen hat, entspricht sehr meiner persönlichen Vorstellung von seriöser, vielleicht sogar konservativ hanseatischer und kaufmannschaftlicher Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Böhrnsen, ich bin allerdings auch enttäuscht über Ihre Ausführungen, denn der Kern einer Regierungserklärung, das, was sie ausmacht, das Wegweisende haben Sie schlicht herausgelassen. Ihr Auftritt hat mich ein bisschen an einen Koch erinnert, dem das Salz in der Suppe fehlt. Wo ist bitte die Zuversicht geblieben, auf die die Menschen in diesem Land warten, das nötige Feuer, sich für dieses Land hineinzuknien? Das haben Sie in sich selbst noch nicht entfacht, ganz im Gegenteil. Das ist kein Feuer, keine Glut, das ist aus finanzpolitischer Sicht nichts.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedauere auch, meine sehr geehrten Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, dass Ihnen der Mut und die politische Kraft fehlen, die Schuldenbremse auch in die Bremische Landesverfassung zu übernehmen,

(Beifall bei der CDU)

denn der in der Föderalismuskommission beschlossene Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik kann nicht mit einer Verwaltungsvereinbarung und einem Lippenbekenntnis in der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden.

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Gesetz ist das, Frau Kollegin!)

Existenziell wichtige Zukunftsfragen, und darum handelt es sich bei der Schuldenbremse, gehören in das Grundgesetz und in die Landesverfassung!

(Beifall bei der CDU)

Dieser Meinung sind übrigens auch viele Bürgerinnen und Bürger.

Das, was in den letzten Wochen ein bisschen in den Hintergrund getreten ist, ist eine Wahl in Hessen. Sie ist in der aufregenden Wahlberichterstattung in den Hintergrund getreten, aber dort hat eine Volksabstimmung ergeben, dass 70 Prozent der Wahlberechtigten für die Aufnahme der Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung votiert haben. Im Übrigen war es in Hessen so, dass SPD, Bündnis 90/Die Grü-

(C)

(D)

(A) nen, FDP und CDU im Vorfeld für die Schuldenbremse gestimmt haben, einzig die Linkspartei war natürlich dagegen. Wenn Sie die Schuldenbremse wirklich wollen und es nicht nur auf die Konsolidierungshilfen abgesehen haben, dann gibt es auch keinen Grund, gegen die Änderung der Landesverfassung zu stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU jedenfalls, das kann ich an dieser Stelle versichern, hält weiterhin an diesem Ziel fest, die Schuldenbremse in der Bremer Landesverfassung zu verankern. Die Schuldenbremse gehört in die Landesverfassung und nicht in die Landeshaushaltsordnung, und deshalb werden wir den entsprechenden Gesetzentwurf auch ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Alle in diesem Parlament vertretenen Fraktionen und Gruppen tragen übrigens eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass sich im Bund, in den Ländern und in den Kommunen mittlerweile mehr als 1,7 Billionen Euro Schulden angehäuft haben. Keiner von uns kann sich hier herausreden, dass er daran nicht beteiligt war. Auch wenn die Sie tragende Fraktion, Herr Böhrnsen, das immer wieder versucht, aber wir alle haben in den Kommunen und Ländern mitregiert. Wir alle mit Ausnahme der Linkspartei haben für den Haushalt des Bundes Verantwortung getragen, und in all diesen Jahren sind die Schulden kontinuierlich aufgehäuft worden. Die Linkspartei trägt daran eine besondere Verantwortung, darüber hinaus für die Misswirtschaft der ehemaligen DDR und ihrer Vorgängerpartei.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Auch an diesen Lasten, den finanziellen und auch den ökologischen werden wir übrigens noch Jahrzehnte abzuzahlen haben. Der Umgang mit den Alt-schulden, meine Damen und Herren, gehört genauso auf die politische Tagesordnung wie die neue Ordnung der Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern, und die Beratungen dazu beginnen nicht erst im Jahr 2019, sondern heute! Dazu habe ich von Ihnen, sehr geehrter Herr Böhrnsen, heute nicht viel gehört. Der Finger zeigt auf Berlin oder auf die vermeintlich reichen Länder, jedenfalls ist dort nicht der verantwortungsvolle Eigenbeitrag Bremens. Sie wirken da aus meiner Sicht eher ratlos.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch nicht sonderlich verantwortungsvoll und originell, sich immer wieder reflexartig hinter dem Bundesverfassungsgericht zu verstecken und

Bremens unverschuldete Haushaltsnotlage zu betonen. Ein kleiner Funke Selbstkritik täte Ihnen gut.

(Beifall bei der CDU)

Das Bundesverfassungsgericht hat nun vor fast 19 Jahren festgestellt, dass sich das Land Bremen zum damaligen Zeitpunkt in einer unverschuldeten extremen Haushaltsnotlage befunden hat. Seitdem ist nicht nur eine ganze Generation herangewachsen, die Umstände und die Bewertungsmaßstäbe haben sich auch von Grund auf verändert. Zum einen, meine Damen und Herren, hat sich seit dem Berlin-Urteil im Jahr 2006 die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geändert, und zum anderen sind erhebliche Zweifel daran angebracht, ob die Haushaltsnotlage in Bremen weiterhin als unverschuldet bezeichnet werden kann. Sanierungshilfen dienen nämlich nicht dazu, politische Fehlentscheidungen und ihre finanziellen Folgen abzufedern.

(Beifall bei der CDU)

Ich formuliere es auch gern noch einmal anders: Die Bremer Haushaltsschieflage im Jahr 2011 hat eine wesentliche Ursache in der Politik Ihres Senats, Herr Bürgermeister Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja nicht so, als würden Ihnen die Einnahmen wegbrechen, sie steigen seit vielen Jahren kontinuierlich.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wie bitte?)

Nach wie vor lassen Sie es zu, dass Millionen und Abermillionen Euro ohne Nutzen in Strukturen versickern, die Ihre Partei geschaffen, aber nie wieder hinterfragt hat. Allein mit den letzten vier Haushalten, die Sie zu verantworten haben, sind neue Schulden von mehr als 3,3 Milliarden Euro angehäuft worden. Die Schulden Bremens werden bis Ende 2011 auf voraussichtlich 18 Milliarden Euro steigen. Ich frage mich: Wann fangen Sie endlich damit an, die Probleme eines Landes zu lösen, anstatt Schuld und Hilfe immer wieder bei anderen zu suchen?

(Beifall bei der CDU)

Die Konsolidierungshilfen des Bundes sind kein Geschenk, sondern sie sind mit einer Verpflichtung verbunden, und zwar mit einer Verpflichtung zur Eigenanstrengung, einer Verpflichtung zum Sparen und einer Verpflichtung zu einer neuen Haushaltspolitik.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Sind das die Schulden von den Investitionen der Großen Koalition?)

(C)

(D)

(A) Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat an dieser Stelle allerdings erhebliche Zweifel, ob dieser Teil der Verwaltungsvereinbarung vom rot-grünen Senat tatsächlich eingehalten wird, denn, meine Damen und Herren der Koalition, ich kann angesichts der Entwicklung der Verschuldung in den vergangenen vier Haushalten nicht ernsthaft erkennen, dass Sie die Verpflichtung aus der Föderalismuskommission ernst nehmen, nutzen und endlich mit dem Sparen anfangen.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil, der Referenzhaushalt für die Verwaltungsvereinbarung des Haushaltes 2010 schloss mit einer Rekordneuerschuldung von 1,2 Milliarden Euro. Das ist ein typischer Negativrekord. Diesen Haushalt kann man sich im Guinnessbuch der Rekorde eintragen lassen, mehr aber auch nicht. Sie werden den Bremer Haushalt nicht allein auf der Einnahmenseite durch unerfüllbare Einnahmeerwartungen sanieren. Seriöse Kaufleute nehmen sich genauso die Ausgabenseite vor. Dieser Ansatz fehlt nicht nur in den von Ihnen in diesem Haus verabredeten Haushaltsgesetzen der vergangenen vier Jahre, er fehlt auch in Ihren Wahlprogrammen, denen des Bündnisses 90/Die Grünen und denen der SPD. Das ist unseriös den Wählerinnen und den Wählern gegenüber, aber auch irgendwie unehrlich.

(B) (Beifall bei der CDU)

Entweder sagen Sie den Wählern nicht, welche Belastungen nach der Wahl auf sie zukommen werden, oder Sie haben tatsächlich nicht die Absicht, nachhaltig zu sparen, sondern wollen das Leben auf Kosten künftiger Generationen fortsetzen.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn man sich allein Ihren Umgang mit dem Tarifabschluss – danke für den Hinweis! – im öffentlichen Dienst anschaut, ist nicht erkennbar, dass Sie bei Ihren Entscheidungen von der Sorge um die Sanierung des bremischen Haushalts geleitet waren. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion, und das werden wir auch morgen in der Debatte deutlich machen, hätte sich in dieser Frage einen anderen Weg gewünscht.

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]; Bin ich sehr gespannt morgen! – Abg. Frau B u s c h [SPD]; Dann nennen Sie einmal ein Beispiel!)

Wir haben in den vergangenen vier Jahren bereits an verschiedenen Stellen deutlich gemacht, dass wir uns die Haushaltspolitik anders vorstellen und uns einen anderen Kurs wünschen, einen nachhaltigen Kurs, der das ungehemmte Schuldenmachen auf

Kosten unserer Kinder und Enkelkinder beendet, einen Kurs, der unser schönes Land erkennbar in eine sichere Zukunft führt. (C)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird Herr Hinners morgen erzählen! Da bin ich sehr gespannt!)

Herr Bürgermeister Böhrnsen, Sie haben aus meiner Sicht eine weitere Chance vertan, diesen Kurs heute zu bestimmen. Ob Enquetekommission, Pakt für Bremen, konkrete Sparvorschläge oder die von uns vorgeschlagene Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung, Sie haben jeden Versuch unterbunden, die finanzielle Situation dieses Landes parteiübergreifend zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werden nun die Richter vom Staatsgerichtshof über Ihren Haushalt entscheiden. Daher bin ich froh, dass wir gemeinsam mit den Kollegen der FDP entschieden haben, eine Verfassungsklage gegen das Haushaltsgesetz 2011 einzureichen, und ich bin optimistisch, ganz anders als Sie, dass wir die Klageschrift bis Ostern auf den Weg bringen und dass wir auch Erfolgsaussichten mit dieser Klage haben.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Andere finden da Eier!)

Bremen kann sich ein „weiter so“ in der Finanzpolitik nicht mehr leisten, dafür steht die CDU-Bürgerschaftsfraktion, und dafür setze ich mich persönlich ein. (D)

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Mohr-Lüllmann, während Ihnen bei der Regierungserklärung des Bürgermeisters das Salz in der Suppe fehlte, fehlt mir bei Ihnen so ein bisschen die Einlage. Das war doch mehr als dünn.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: Das war Plörre!)

Die uns hier vom Senat vorgelegte unterschriftsreife Verwaltungsvereinbarung zur Gewährung von Konsolidierungshilfen stellt die letzte formale Hürde dar zum offiziellen Beginn des Konsolidierungsweges Bremens unter den Bedingungen der Grund-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) gesetzänderung der Schuldenbremse. Die rot-grünen Regierungsfractionen begrüßen die Ergebnisse der Verhandlungen ausdrücklich und fordern den Senat in unserem vorliegenden Entschließungsantrag auf, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen.

Wir betrachten die vorliegende Vereinbarung als Chance, aber auch als Herausforderung zur finanziellen Zukunftssicherung des Landes Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, und wir bekennen uns ausdrücklich zu den im Vertragswerk enthaltenen Regeln. Mit den Beschlüssen zum Haushalt 2011 haben wir das bereits im Vorgriff getan und damit die Weichen für den Sanierungsweg des kommenden Jahrzehnts gestellt. Das Gelingen dieses Weges, ab 2020 die Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten aufzustellen, ist jedoch an weitere Rahmenbedingungen geknüpft, auf die ich unter Hinweis auf unseren Antrag von Rot-Grün eingehen möchte.

Unsere Eigenanstrengungen müssen flankiert und unterstützt werden durch eine gerechte Finanzausstattung der Länder und Kommunen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist dabei die im Rahmen des Hartz-IV-Kompromisses erreichte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Damit ist zwar die Finanznot der Kommunen nicht geheilt, aber auf diesem Weg muss es weitergehen, und ich hoffe an der Stelle, dass die Idee der Abschaffung der Gewerbesteuer nun endlich vom Tisch ist.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Was uns aber völlig die Beine wegschlagen würde, wären umfangreiche Steuergeschenke jeglicher Art, wie sie immer wieder einmal, wenn der Wirtschaftsaufschwung ein bisschen an Fahrt gewonnen hat, kursieren. Die Vorschläge der FDP bei der Einkommensteuer würden zu Mindereinnahmen des Staates von 15 Milliarden Euro führen. Bricht man das mit der Einprozentregel auf Bremen herunter, würde das 150 Millionen Euro Einnahmen weniger im Jahr bedeuten. Wir fordern den Senat also auf, im Bundesrat solcherart Gesetzesvorhaben nicht zuzustimmen. Dazu gehören im Übrigen auch solche existenziellen Rahmenbedingungen wie der Länderfinanzausgleich. Wer Angriffe auf dieses wesentliche Instrument des bundesdeutschen Föderalismus gut findet, Herr Röwekamp, der macht eindeutig Wahlkampf gegen Bremen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden weiterhin alle Anstrengungen auf der Ausgabenseite der Haushalte unternehmen. Das ist in der Tat ein anspruchsvolles Vorhaben, wenn man bedenkt, dass wir bei fast allen Ausgabeblöcken unterhalb des Durchschnitts der Stadtstaaten und teilweise leider schon der Flächenländer liegen. Wenn

man sich dann sowohl an der Schuldenbremse als auch an der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik orientiert – steht auch im Grundgesetz –, wird deutlich, wie schwierig der Abwägungsprozess bei jedem einzelnen Haushalt der kommenden Jahre sein wird. Die aktuelle Diskussion um die Übernahme oder Nichtübernahme der Tarifergebnisse der Angestellten auf die Beamtinnen und Beamten macht dies einmal mehr deutlich.

Die Bremer Haushaltsnotlage ist ein von allen Beteiligten anerkannter Fakt, sonst würden wir die 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe im Jahr auch nicht bekommen. Wir sind unverschuldet in diese Haushaltsnotlage geraten, das ist mehrfach höchst-richterlich, haushaltsanalytisch und politisch bundesweit festgestellt worden. Nur bei CDU und FDP in Bremen scheint das noch nicht angekommen zu sein, oder sie wollen es nicht hören. Wenn Sie aber, geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und FDP, jetzt auch noch eine Verfassungsklage gegen den Haushalt der rot-grünen Regierung anstrengen müssen, ist das mehr als armselig! Die Bezeichnung Kaspertheater des SPD-Landesvorsitzenden ist da fast schon eine Beleidigung der Puppenspielerzunft!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Liebe Frau Dr. Mohr-Lüllmann, sehr geehrter Herr Röwekamp, Sie halten die Wähler und Wählerinnen offensichtlich für völlig vergesslich. Bürgermeister Böhrnsen hat Sie bereits darauf hingewiesen, Sie, die CDU, waren viele Jahre mit dafür verantwortlich, dass wir gemeinsam in der Großen Koalition mehr Kredite aufgenommen haben, als wir für Investitionen ausgeben. Offensichtlich wollen Sie das auch weiter tun. Machen Sie deswegen jetzt nicht so dicke Backen! Sehen Sie sich einfach auch einmal ihr eigenes Wahlprogramm an!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Drei Milli-
arden Euro in vier Jahren haben wir nie ge-
macht!)

Mehr Ganztagsplätze, beitragsfreies drittes Kindergartenjahr, weitere Ganztagschulen, Rücknahme der Kürzungen beim Musikfest, Schulkulturticket, mehr Familienhebammen, Ausbau der Kindergartenplätze, Ausbau der Ferienbetreuung, Ausbau der Hortbetreuung, mehr Polizisten, keine Kürzungen bei der Feuerwehr, angemessene Ausstattung der Justiz, und so könnte ich das weiter zitieren. Alles hehre, wichtige Ziele, das bestreite ich ja gar nicht, aber dann reden Sie nicht gleichzeitig davon, im Haushalt 780 Millionen Euro einsparen zu wollen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Für wie blöd halten Sie uns eigentlich und die Wähler und Wählerinnen gleich mit? Am 22. Mai werden

(C)

(D)

(A) wir dann sehen, wie die Menschen in Bremen so etwas bewerten.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Bei Ihnen stimmt es auch!)

Nachhaltig sanieren werden wir unseren Haushalt aber nur können, wenn wir alle gemeinsam an das Problem der Altschulden herangehen. Das war im Rahmen der Föderalismuskommission noch nicht möglich, macht aber insofern auch erst einmal Sinn, als die Haushalte der Länder erst einmal konsolidiert werden sollten. Mit der Unterschrift unter die Verwaltungsvereinbarung wird der Senat, wie vereinbart, seine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht für erledigt erklären. Wir unterstützen den Senat bei dieser Entscheidung, was nicht heißt, dass Bremen nie wieder klagt. Auf die Einhaltung der Rahmenbedingungen für die Schuldenbremse, die Geschäftsgrundlagen bin ich eben eingegangen.

Eigentlich wollte ich in dieser Debatte auf potenzielle – nein, sind sie ja auch schon – Mitbewerber im Wahlkampf nicht eingehen, aber Sie haben ja gestern alle Post von B+B bekommen. Sie sagen, wir sollen klagen, statt verhandeln, das würde dann am Ende mehr Geld geben. Diese Strategie ist in Berlin nicht aufgegangen. Gerade der ehemalige Staatssekretär Berlins, Fritz Dopatka, müsste das wissen, das ist gründlich misslungen. Deswegen machen wir das in Bremen eben nicht.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Falls die Herren mir zuhören: Sehr geehrte Herren von B+B, Sie sagen, wir sollen auf die 300 Millionen Euro pro Jahr verzichten, weil wir, wenn wir verzichten, einfach ganz bestimmt mehr Geld bekämen, wenn wir klagen würden. Das finde ich einfach nur Banane! Sie sagen außerdem, wir müssen dieses viele Geld, das wir dann bestimmt bald bekämen, jetzt schon einmal mutig zum Wohle des Landes ausgeben. Das, finde ich, führt in den Bankrott. B+B, Banane und Bankrott, mehr fällt mir dazu nicht ein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Im Zusammenhang mit der Verwaltungsvereinbarung legt uns der Senat einen Vorschlag für die Gesetzesänderung zur Änderung der Haushaltsordnung vor. Der Ausschuss „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“ hat das bereits mehrheitlich empfohlen, und es wurde im Februar hier im Landtag auch beraten. Die Inhalte der Verwaltungsvereinbarung sollen in geeigneter Form für den Übergangszeitraum bis 2019 in die Landeshaushaltsordnung übernommen werden. Das tut der Senat hiermit, mit dem Vorschlag, einen neuen Paragraphen 18 a in

die Landeshaushaltsordnung einzufügen. Diesen Vorschlag halten wir für geeignet und empfehlen dem Landtag Zustimmung in erster Lesung und Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss.

(C)

Gleichzeitig werden wir damit, wie ebenfalls im Ausschuss „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“ mehrheitlich empfohlen, das Sanierungssicherstellungsgesetz aus dem Jahr 1999 aufheben. Dieses Gesetz beschrieb den damaligen Abschnitt des Sanierungspfades für die Haushaltsaufstellungen. Da es nun durch das Grundgesetz, das Konsolidierungshilfegesetz, durch die Verwaltungsvereinbarung und dann durch den neuen Paragraphen in der Landeshaushaltsordnung neue, andere Regeln gibt als die damaligen, empfehlen wir hier ebenfalls, dem Vorschlag, hier eine Gesetzesbereinigung vorzunehmen, in erster Lesung zuzustimmen.

Und Nein! Wie bereits im Juni letzten Jahres und in der Debatte der letzten Sitzung gesagt, wir werden die Bremer Landesverfassung nicht ändern. Das Grundgesetz, die Schuldenbremse gilt unmittelbar. Wir meinen zum anderen, mit den soeben angesprochenen Regelungen und den jeweils einzelnen Haushaltsgesetzen für die einzelnen Jahre bis 2020 den Anforderungen der Schuldenbremse im Grundgesetz Rechnung tragen zu können.

Außerdem bitten wir nach der ersten Lesung um Überweisung und Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss, ich sagte es. Für den Entschließungsantrag der rot-grünen Fraktionen bitte ich jetzt schon um endgültige Zustimmung! – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren. Es ist eine ganz schöne Fügung, dass wir heute am Ende der Legislaturperiode mit unseren Beschlüssen den Schlusspunkt setzen werden unter eine zentrale politische Auseinandersetzung der vergangenen Wahlperiode, einen Schlusspunkt, der dann gleichzeitig Ausgangspunkt sein wird, und das hat sich in der Debatte auch schon gezeigt, für ein sehr spannendes und konfliktreiches Jahr in der Geschichte Bremens. Ein Teil dieser Konflikte stand ja gestern Mittag vor unserer Tür auf dem Marktplatz, und es wird mit Sicherheit nicht die letzte politische Auseinandersetzung sein über das, was wir heute beginnen. Es geht da auch wiederum um grundsätzliche Fragen, um die Schuldenbremse und den Weg dorthin unter den besonderen bremischen Verhältnissen bereits hoher Verschuldung. Deswegen will ich auch noch einmal grundsätzlich auf diese Fragen eingehen.

(A) Die „taz“ hat vor einer Woche die Frage aufgeworfen, wie sich die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung – also der beidseitigen Verpflichtungserklärung – vereinbaren lasse mit der Selbstständigkeit Bremens, ob wir sie dann nicht aufgeben würden. Wir haben als Grüne dazu eine klare Haltung: Jeder Euro mehr Schulden ist ein weiterer Schritt in die Unselbstständigkeit und Abhängigkeit. Jeder Euro weniger Schulden ist ein Schritt zugunsten von Selbstständigkeit und politischer Handlungsfähigkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schulden sind, wie wir wissen, ein sehr süßes Gift. Es waren ja immer die schönen und guten Dinge, die sozialen Aufgaben, die großen Investitionen, mit denen jeweils ihre Notwendigkeit begründet wurde und auch heute noch begründet wird, aber sie sind ein Gift, das auf Dauer lähmt. Unsere Steuereinnahmen müssen nun eben zunehmend für Zinsen an die Banken und die Vermögenden ausgegeben werden, statt für Schulen, soziale Sicherung und andere öffentliche Güter verwendet werden zu können. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich werde es nie begreifen, wie Organisationen, und dazu rechne ich gegenwärtig leider auch Teile der Gewerkschaften, und Parteien, die angeblich das Soziale ganz groß schreiben, so hemmungslos weiter in die Verschuldung marschieren wollen, meine Damen und Herren! Das werde ich nie verstehen,

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

denn Schulden bedeuten am Ende immer Abhängigkeit, diese bittere Erfahrung wird gerade europaweit gemacht. Sie können es täglich in der Zeitung lesen. Abhängigkeit von den Banken oder aber eben von den Bürgen. Unser Bürge ist die Gemeinschaft von Bund und Ländern, und zu Recht fordern wir ja von ihnen das bündische Prinzip ein, füreinander einzustehen. Niemand sollte aber doch glauben, dass dies ohne Hinsehen – diesmal in Gestalt des Stabilitätsrates – und bedingungslos geschehen kann und geschehen wird.

Wir haben unsere wohlbegründeten Ansprüche auf Hilfen immer auf die Tatsache der unverschuldeten extremen Haushaltsnotlage Bremens gestützt, unverschuldet insofern, als in den letzten Jahrzehnten eine grundlegende systematische Differenz klafft zwischen der föderalen Steuerverteilung und den Anforderungen an die staatlichen Leistungen Bremens, eine Differenz, die dann eben auf längere Sicht zu der schnelleren Verschuldung geführt hat. Diese grundsätzliche Analyse und unsere daraus folgende Erwartung bleiben bestehen, aber, das sage ich auch, unverschuldet bedeutet nicht ohne eigene Verantwortung. Auch eigene Verantwortung für Fehler, die unsere Situation verschärft haben!

Wenn ich zurückdenke, diese Koalition war in den vergangenen Jahren ja auch damit beschäftigt, die Folgen solcher Fehler zu beseitigen, wobei ich heute von der CDU eine neue Definition von „unverschuldet“ gelernt habe. Sie hat mich überrascht, aber dann im Lichte ihrer Klage dann ja auch nicht! Sie sagen, unverschuldet war es bis 2007, solange Sie als CDU dabei waren, und verschuldet ist es ab 2007! Das glaubt Ihnen doch keiner im Ernst, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Eigene Verantwortung bezieht sich ja auch auf den Weg aus unserer schwierigen Lage. Das ist auch der eine zentrale Leitsatz, den das Bundesverfassungsgericht dem Land Berlin auf dessen Klage hin aufgeschrieben hat: Eigene Verantwortung!

Der zweite Leitsatz war, dass die politische Klärung gegenwärtig absolute Priorität vor gerichtlichen Auseinandersetzungen hat. Der Versuch dieser politischen Klärung war die Föderalismuskommission II. Die FDP wollte damals diese Kommission, um einen scharfen Wettbewerb unter den Ländern einzuleiten und zu erreichen. Bremen wollte die Kommission nutzen, um unsere gut begründeten Forderungen für eine Neuordnung der föderalen Finanzlage auf die Tagesordnung zu bringen, einschließlich der Altschuldenproblematik, darauf hat der Bürgermeister auch hingewiesen. Aus beidem ist so nichts geworden. Herausgekommen ist etwas Drittes, nämlich die Schuldenbremse und auch der durch eine exzellente und beinharte Analyse und Beweisführung – ich nenne das Stichwort Haushaltsanalyse – anerkannte Anspruch Bremens und anderer Länder auf Hilfen, weil wir wegen unserer Haushaltsnotlage sonst nicht in der Lage sind, das Ziel bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

(D)

Ich stimme dem Bürgermeister voll und ganz zu. Realistisch betrachtet, auch wenn man die gegenwärtigen Diskussionen in den sogenannten Geberländern verfolgt, war dieses Ergebnis ein großer Erfolg. Ich kann nur sagen: Von wegen „Linsengericht“! Ich will an dieser Stelle auch etwas zu den alten Herren – ich darf das sagen – von B+B sagen, die uns erzählen, wenn wir stattdessen klagen würden, würden wir glatt 800 Millionen Euro jährlich einstreichen können. Das ist wirklich noch absurder als der berühmte Kanzlerbrief. Ich will Ihnen sagen, die Großmannssucht dieser Herren hat uns schon sehr viel Geld gekostet, als sie noch politisch Einfluss hier in der Stadt hatten, und jetzt machen sie auf diese Weise unverfroren weiter, als sei nichts geschehen. Das ist schon ein Gipfel von Unverantwortlichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Für uns ist völlig klar: Klage statt politischer Verantwortung von Hilfe und Eigenanstrengung hat null Komma null Chancen. Allerdings – und das ist auch schon gesagt worden – ist es wichtig: Wir müssen uns grundsätzlich eine Klage vorbehalten, falls die Grundlagen der heutigen Vereinbarung eindeutig verlassen würden. Die Eigenanstrengungen sind aber politisch die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass wir erfolgreich für unsere berechnete Forderung nach einer Altschuldenregelung dann auch in die Verhandlungen ziehen können. Bei wem wollen wir denn für diese Forderung antreten, wenn wir uns selbst nicht angestrengt haben?

Meine Damen und Herren, früher einmal waren auch die CDU und die FDP mit uns der Meinung, dass Bremen sich in einer im Grundsatz unverschuldeten Haushaltsnotlage befindet. Diesen Konsens, der ja auch wichtig ist, wenn wir draußen in der Republik auftreten, haben die beiden Fraktionen, die beiden Parteien jetzt verlassen mit der angekündigten Klage vor dem Staatsgerichtshof. Sie haben die Zeitung gelesen über die Klage in Düsseldorf und klagen nun darauf, dass der Bremer Haushalt 2011 mehr Schuldenaufnahme vorsieht als Investitionen, und dies sei nicht ausreichend begründet.

(B) Ich erinnere Sie daran, bei den Haushaltberatungen haben diese Begründungen vorgelegen. Dafür gibt es dicke Unterlagen. Während der Beratungen ist Ihnen nichts aufgefallen. Ich habe kein Wort von Ihnen dazu gehört, nichts! Es ist Ihnen überhaupt in den letzten Jahrzehnten nichts aufgefallen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, schon gar nicht, als Sie selbst für den Haushalt verantwortlich waren. Jetzt kommen Sie aus der Ecke, und der einzige Grund ist, dass Sie sich davonmachen und behaupten wollen, jetzt sei Bremen nicht mehr unverschuldet in der extremen Haushaltsnotlage, früher vielleicht, jetzt aber nicht. Sie verlassen den Konsens, und das ist für Bremen, für unsere Verhandlungsposition gefährlich, und ich bitte Sie ganz herzlich, davon wieder zurückzukommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Gefährlich ist, viele neue Schulden zu machen! 3,3 Milliarden in den letzten drei Jahren, das ist gefährlich!)

Die Sache ist in unseren Augen ziemlich einfach und klar. Die Einigung der Föderalismuskommission, die nun im Grundgesetz steht, beruht auf der Anerkennung der Haushaltsnotlage Bremens und damit auch auf der Anerkennung der Tatsache, dass unser Haushalt aus dem Gleichgewicht ist. Das Grundgesetz gilt unmittelbar, auch in Bremen. Vielleicht muss man einige auch daran erinnern. Unsere Verschuldungsgrenze sind in den nächsten zehn Jahren die in der Vereinbarung festgelegten Schritte. Ich meine, ernsthaft ist Ihre Klage ja ohnehin nicht, insofern

können wir uns auch zurücklehnen. Sie wollen ja gar kein Ergebnis haben, das noch Auswirkungen haben würde. Sie wollen jetzt vor der Wahl nur ein wenig Wind machen. Wenn ich mich in der Stadt aber umschaue und umhöre: Einen Hauch davon, von diesem Wind, spüre ich hier jedenfalls nicht.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das haben die Nordrhein-Westfalen auch gedacht!)

Meine Damen und Herren, die Grünen und die SPD fordern den Senat auf, die ausgehandelte Verwaltungsvereinbarung nun auch zu unterschreiben, einschließlich dieser schönen und geheimnisvollen mathematischen Formeln, die aber wichtig sind. Wie angekündigt übernehmen wir die Regelung der Verwaltungsvereinbarungen in unsere Haushaltsgesetze. Das, Frau Kollegin Mohr-Lüllmann, ist keine Verordnung oder Absichtserklärung, sondern es handelt sich um ein Gesetz, auch wenn es Landeshaushaltsordnung heißt. Wir übernehmen das als Übergangsregelungen für die Zeit des Konsolidierungswegs. Da es die Übergangszeit ist, wollen wir das nicht im Detail in die Landesverfassung schreiben. Ich denke, dass vermutlich die 19. Bürgerschaft dann eine dauerhafte Regelung für die Jahre nach 2020 für die Landesverfassung formuliert, auch – das ist gar nicht unwichtig – im Lichte der bis dahin gemachten Erfahrungen.

Wenn wir in unserem Antrag auf die Rahmenbedingungen hinweisen, auf die unser Unternehmen angewiesen sein wird, dann nicht als Ausflucht, so wie Sie das immer behaupten, sondern aus schmerzlicher Erfahrung der letzten Jahre verantwortungsloser Steuerpolitik im Bund. Wir formulieren damit auch unser politisches Programm, dass Bremen weiterhin auf allen Ebenen dafür eintreten wird, dass die Einnahmehasis von Bund, Ländern und Kommunen gesichert wird.

Ich komme zum Ende auf die Eingangsfrage der „taz“ zurück: Führt die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung in die Unselbstständigkeit, oder eröffnet sie den Weg zur Erhaltung der Selbstständigkeit Bremens? Die Antwort der Grünen ist klar: Der Weg, den wir heute bekräftigen, wird eine große Herausforderung werden, voller Konflikte, das ist völlig klar, aber er ist richtig, um für die Selbstständigkeit Bremens und für die Fähigkeit unserer Städte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu handeln, und das nicht nur heute, sondern auch noch in 10 und 20 Jahren. Wir Grünen werden uns mit der gleichen Beharrlichkeit und mit langem Atem für die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik einsetzen, wie wir dies mit Erfolg für die Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Energiepolitik getan haben, dafür stehen wir auch in den kommenden Jahren. Heute bitten wir Sie hier im Haus um die Unterstützung unseres Gesetzentwurfs und unseres Antrags! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal stimmt es, manchmal träume ich, und manchmal tanze ich auch, aber ein Trautänzer, der die Realität nicht sieht, ist ein Vorwurf, der wahltaktisch begründet, jedoch an dieser Stelle vollständig fehl am Platz ist. Ich will versuchen, auf ein paar Dinge einzugehen, die die Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt haben.

Erstens ist es natürlich eine wahlkampfaktische Unterstellung, dass wir LINKEN für hemmungslose Schulden sind. Wir haben immer gesagt: Bei der Abwägung, Geld für Dinge auszugeben, die in Bremen dringend notwendig sind, damit wir die sozialen Schulden nicht anhäufen gegenüber fiskalischen Schulden, haben wir immer dafür gesorgt, solange die Einnahmesituation so ist, wie sie ist, dass man für bestimmte Dinge in Bremen notfalls Schulden machen kann, bis die Einnahmesituation geklärt ist. Das ist unser Argument, das kann man falsch finden, man kann andere Prioritäten setzen, aber das ist alles andere, als hemmungslos Schulden zu machen.

(B) Im Übrigen vermindert man das Anwachsen von privatem Reichtum in erster Line dadurch, dass man privaten Reichtum, hohe Einkommen, hohe Vermögen gerecht besteuert und nicht dadurch, dass man ein Land und eine Stadt wie Bremen durch immer weniger Ausgaben kaputt kürzt. Es ist richtig, DIE LINKE ist und war gegen die Einführung der Schuldenbremse in das Grundgesetz aus einem vergleichsweise einfachen Grund: Wenn Länder nicht in der Lage sind, sich frei zu entscheiden, Zukunftsinvestitionen auch per Kredit zu finanzieren, ist das eine Einschränkung ihrer Haushaltsautonomie und gesellschaftspolitisch ein großer Fehler. Deswegen waren wir gegen die Einführung der sogenannten Schuldenbremse ins Grundgesetz, nicht etwa, weil wir hemmungslos Schulden machen wollen.

Herr Bürgermeister Böhrnsen hat noch einmal den Sanierungspfad zwischen 1992 und 2004 auf die Tagesordnung gerufen. Es gibt zu dieser Zeit und zu der wirtschaftlichen Entwicklung, zu der Einnahmementwicklung und zu der Ausgabeentwicklung sehr interessante Zahlen. Richtig ist erstens: Die Haushaltsanierung hat in dieser Zeit nicht geklappt. Zweitens ist richtig: Die bremische Wirtschaft, das bremische Bruttoinlandsprodukt ist in dieser Zeit stetig gestiegen.

Seit dem Jahr 1992, nämlich genau seit Beginn des Sanierungspfads, sind die Einnahmen Bremens quasi gleichgeblieben. Inflationsbereinigt liegen sie heute auf einem Stand von vor 10 bis 15 Jahren. Das heißt, man darf bei der Betrachtung des Sanierungspfads nicht ausblenden, dass sich die Einnahmen der öf-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) fentlichen Hand, insbesondere in Bremen, von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt haben. Wer das ausblendet, kommt natürlich zu dem Schluss, das ist irgendwie gottgegeben oder ein Naturereignis. Nein, das ist es nicht, weil dieselben Parteien, denen Herr Bürgermeister Böhrnsen und auch Herr Dr. Kuhn angehören, im Wesentlichen verantwortlich dafür sind, dass diese Einnahmeverluste aufgetreten sind. Man kann die Daten richtig nachsehen, wann die Senkung der Körperschaftssteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Steuerbeschlüsse der rot-grünen Bundesregierung für Einnahmeverluste in Bremen gesorgt haben. Das sind die Investitionen, die in der Tat in dieser Zeit mit Krediten finanziert worden sind und von denen man auch eine ganze Reihe wirklich infrage stellen kann. Das ist aber der Grund, warum Bremen ein Einnahmeproblem hat, warum Bremen nicht mehr genug Einnahmen hat und warum wir jetzt so viele Schulden haben, nicht etwa Ausgaben!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben heute intensiv über Grundgesetz und Landesverfassung diskutiert. Ich habe mir bei dieser Frage noch einmal das Grundgesetz und die Landesverfassung vorgenommen. Ich möchte zitieren, Artikel 1 Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Eine Zunahme von Armut in diesem Land und in der Bundesrepublik verletzt in hohem Maße Menschenwürde. Wenn ein Land wie Bremen nicht mehr in der Lage ist, mit Ausgaben dieser Entwicklung entgegenzuwirken, verletzt Bremen die Verfassung.

(D) Artikel 3: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Mit welchem Geld wollen Sie denn in Zukunft dafür sorgen, dass es hier gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt und dass die Benachteiligung von Frauen aufgehoben wird? Wir haben dieses Geld in der Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre werden in zunehmendem Maße abhängig von Drittmitteln und sind nicht frei und werden zu Verwertungsinteressen an die Industrie angebunden und sind keineswegs frei.

Artikel 6 Grundgesetz: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“ Ein Blick in den Lebenslagenbericht zeigt, ein hoher Anteil an ALG-II-Empfängerinnen in Bremen sind alleinerziehende Mütter mit zwei Kindern. Mit welchem Geld wollen Sie diesen Zustand aufheben?

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Ich könnte jetzt aus der Bremer Landesverfassung noch weiter zitieren: „Jeder Mensch hat nach Maßgabe seiner Begabung das gleiche Recht auf Bildung.“

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Dies Recht wird durch öffentliche Einrichtungen gesichert. In Schwachhausen machen 55 Prozent der Kinder Abitur, in anderen Stadtteilen sind es nur 15 Prozent. Mit welchem Geld und welchen Maßnahmen wollen Sie eigentlich diese Ungleichbehandlung aufheben? Ich stelle diese Frage deswegen, weil sich bei Betrachtung von Verfassung und Grundgesetz herausstellt, dass es durchaus sein kann, dass erstens die Realität der Einführung der sogenannten Schuldenbremse im Widerspruch zu einer ganzen Reihe von anderen wichtigen Passagen in Grundgesetz und Landesverfassung steht. Wenn jemand das kritisiert und aufzeigt, ist das weit entfernt von Trautänzerei, weil nämlich genau das die Realität in Bremen

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Dann geht das Geld in die Zinsen!
Das ist das Problem!)

in den letzten 20 Jahren war und in der Zukunft eine andere sein wird.

(B) Sie erzählen den Menschen in dieser Stadt, es kann klappen, und es ist eine Herausforderung, eine Chance für den Erhalt der Eigenständigkeit für Bremen, wenn man die Ausgaben die nächsten zehn Jahre einfriert. Sie erzählen den Menschen, das klappt dann wunderbar, weil die Einnahmen in den nächsten zehn Jahren zwischen 2,8 und 3,5 Prozent jährlich steigen. Diese Einnahmesteigerung hat es in den letzten 20 Jahren über einen solchen Zeitraum in Bremen überhaupt nicht gegeben, und es gibt keinen Anlass zur Hoffnung, dass diese Einnahmesteigerung eintritt. Sie sagen, wir frieren die Ausgaben ein und tun so, als gäbe es keine Kürzungen. Das ist auch falsch. Insbesondere die Zinsen werden steigen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Warum? Warum steigen die Zin-
sen dann?)

Das heißt, bestimmte Teile des Haushalts werden gekürzt werden müssen. Wenn Sie in zehn Jahren die Inflation berücksichtigen,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Warum steigen dann die Zinsen?)

kürzen Sie die realen Ausgaben, das reale Geld kaufkraftbereinigt in den nächsten zehn Jahren zwischen 20 und 25 Prozent.

Ich frage an dieser Stelle ganz deutlich: Kann man überhaupt irgendeine der verfassungsmäßig gebo-

tenen Pflichten, die ich genannt habe, einhalten, wenn man eine Milliarde Euro aus einem Haushalt von vier Milliarden Euro kürzt? Ich sage, das geht nicht! Deswegen kritisieren wir diesen Kurs, und deswegen sagen wir, das ist der falsche Weg. Dieser Weg macht aus Bremen eine Art Lehen und keine Freie Hansestadt. Wir werden den Zehnten jedes Jahr abgeben müssen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind dann abhängig von dem Wohlwollen anderer und haben keine Möglichkeit, Verfassungsrealität, die schlecht ist, zu verbessern.

Sie sagen, die Personalausgaben dürfen nicht steigen. Sie verlangen in den nächsten zehn Jahren, erstens, dass die Angestellten und Beamten im Bundesland Bremen mit 0,9 Prozent jährlicher Tarifsteigerung auskommen müssen. Sie werden also ungefähr jedes Jahr auf ein Prozent Reallohn verzichten müssen, das macht in zehn Jahren ungefähr zehn Prozent. Die Leute werden es auch mit Arbeitsplatzvernichtung bezahlen müssen, 2 000 Stellen sind Minimum. Jetzt stellt sich heraus, die Übernahme des Tarifvertrags bringt schon im nächsten Jahr zwölf Millionen Euro Mehrkosten, die gar nicht in dem Konsolidierungskurs eingepreist sind, das sind weitere 22 Stellen. Wie viele Arbeitsplätze wollen Sie in Bremen im öffentlichen Dienst eigentlich vernichten, um diesen Konsolidierungskurs einzuhalten?

(Zurufe von der CDU und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie müssen jetzt schon eine Nullrunde mit denen vereinbaren, die für Familienhilfe und Jugendhilfe zuständig sind.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Eine Nullrunde?)

Eine Nullrunde!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wieso das denn?)

Letzten Freitag im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen! Personen, die auf Entgelte angewiesen sind, haben jetzt einen Rahmenvertrag, und es muss eine Nullrunde geben. In diesem Jahr ist es die erste Nullrunde, im nächsten Jahr kommt die nächste Nullrunde und dann wieder die nächste Nullrunde. Das ist alles ein völliger Unsinn, dass das ansatzweise überhaupt nur eine Chance ist. Es ist Kaputtsparen in Bremen.

Jetzt so zu tun, als hätten wir mit der Verwaltungsvereinbarung einen großen Deal gemacht!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Eigentlich könnten Sie fusionieren
mit B+B! Haller und Rupp, eine Front!)

(C)

(D)

(A) Selbstverständlich ist es nicht richtig, dass man auf diese 300 Millionen Euro verzichtet, aber dafür werden wir gezwungen, Bremen in einer Weise handlungsunfähig zu machen, die jede Form von anderen verfassungsmäßigen und landesverfassungsmäßigen Rechten außer Kraft setzt.

Wie kann man sich außerdem überhaupt auf einen solchen Deal einlassen? Es wurde gesagt, eine Alt-schuldenregelung fehlt, ein gerechter Länderfinanz-ausgleich fehlt, eine Steuersenkungsbremse fehlt, diese drei Dinge fehlen, diese drei Dinge werden hier immer wieder genannt als ganz wichtiger Teil zur Realisierung dieser Form des Konsolidierungspfades. Wie kann man einen Vertrag unterschreiben, ohne dass drei wichtige Dinge darin sind?

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Die Unternehmen, die Renditepapiere auf den Markt bringen, werden gezwungen, ihre Risiken und Chancen auf Jahre hinaus darzulegen, damit derjenige, der die Papiere kauft – nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu –, ungefähr weiß, worauf er sich einlässt. Eine solche Handlung würde ich mir auch vom Senat wünschen. Wenn er sich nämlich diesen Finanzplan und seine Kalkulation, Risiken und Chancen, irgendwann einmal richtig angeschaut hätte, käme er überhaupt nicht zu dem Ergebnis, dass dieser Konsolidierungspfad auch nur annähernd eine Chance ist und nur annähernd eine Chance hat. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt (FDP) ***: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Bürgermeister Böhrnsen, ich habe Ihrer Regierungserklärung heute aufmerksam gelauscht und war am Ende doch ein wenig enttäuscht, dass Sie die Chance, die sich geboten hätte, die Debatte über diese Verwaltungsvereinbarung hier in der Bürgerschaft zu eröffnen, nicht genutzt haben, um auch nur wenigstens in einem Nebensatz einmal zu erwähnen, worum es überhaupt bei diesem ganzen Thema geht.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, Sie haben nicht erwähnt, dass es hier wirklich darum geht, für zukünftige Generationen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie selbst über ihre Zukunft entscheiden können sollen ohne den Mühlstein von Schulden und immer noch mehr Schulden in den nächsten Jahren.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Dazu muss man eine Einkommensteuersenkungspolitik betreiben, so wie Sie!)

(C)

Dieser Aspekt hätte eigentlich aus meiner Sicht an den Anfang einer Regierungserklärung gehört, und mich stimmt das schon sehr nachdenklich, weil es natürlich auch viel damit zu tun hat, wie Ihr praktisches Regierungshandeln hier in Bremen aussieht.

(Beifall bei der FDP)

Die Schuldenlast ist unter der rot-grünen Regie immer weiter im dramatischen Ausmaß gestiegen. Wir haben das als Liberale übrigens von Anbeginn dieser Legislaturperiode immer kritisiert, dass Sie nicht früher entschlossener eingelenkt haben, und Sie haben ja bis zuletzt mit dem letzten Haushalt noch einmal einen ordentlichen Schluck aus der Schuldenpulle genommen, was es natürlich weniger glaubwürdig erscheinen lässt, dass Sie genau das in den nächsten Jahren nicht mehr tun wollen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben heute hier vorgetragen, die Sanierungsphase, die vielen Milliarden Euro, die Bund und Länder uns in der Vergangenheit gewährt haben, hätten leider nicht dazu geführt, dass man die Haushaltsnotlage hätte überwinden können. Schulterzucken, aber kein Wort der Selbstkritik! Sie haben als Vorsitzender der SPD-Fraktion in diesem Haus zu der Zeit maßgeblich Verantwortung getragen, Herr Böhrnsen, und ich glaube, es wäre schon angemessen gewesen, deutlich zu machen, warum Sie denn in dieser Zeit nicht auch einen Teil für zukünftige Generationen in den Blick genommen haben, wie andere Länder eben auch einen Schritt gegangen wären, um Schulden zu reduzieren.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Das macht übrigens den Unterschied aus. Als SPD, Grüne und FDP zusammen regierten, haben wir es zum einzigen Mal in der Geschichte dieses Landes geschafft, einmal Schulden zu vermindern, einmal ein bisschen etwas zurückzuführen. Das macht den Unterschied aus, ob Liberale regieren oder nicht.

(Beifall bei der FDP – Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das andere Extrem können Sie bei der Regierung sehen.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, Herr Dr. Güldner es ist sehr erstaunlich. Sie wollen uns heute deutlich machen, dass Sie in den nächs-

(A) ten Jahren hier ernsthaft sparen wollen und die nötige Glaubwürdigkeit besitzen, um diesen Weg auch hier zu beschreiten. Wir glauben Ihnen das nicht, das will ich ganz ehrlich sagen, weil Sie sich auch in der Vergangenheit nicht verhalten haben, wie sich ein redlicher Bremer Kaufmann verhalten würde, nämlich in der Tat nicht mehr auszugeben als man eingenommen hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich will hier auch deutlich sagen, die Solidarität der anderen Bundesländer ist keine Einbahnstraße. Man muss sich einerseits anstrengen, man muss andererseits auch selbst einmal mutig vorgehen, sich nicht darauf zurückziehen, dass man ja nicht schlechter sei als die anderen, das wird nicht gelingen, um die Solidarität der anderen dann auch zu bekommen. Das wird nicht ausreichen.

Man muss aber auch deutlich machen, dass es eben nicht so viele negative Beispiele geben darf, die es in Bremen für unnötige Ausgaben gibt. Es fängt ja bei kleinen Dingen an, wie dem Zuschuss zu einem autofreien Sonntag, dann kann man sich eben kein schönes Volksfest zusätzlich leisten, wenn man von anderen erwartet, dass sie das bezahlen. Es geht dann weiter über unnötige Umbauten an irgendwelchen Bushaltestellen, die wir ja nun auch laufend diskutiert haben, bis hin zu den ganz großen Brocken wie einem Krankenhausneubau, der unabsehbare Risiken mit sich bringt und über den sicherlich in den nächsten Jahren noch viel debattiert werden wird, das darf ich Ihnen hier schon einmal vorausschicken.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Dass die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zurückgenommen wurde und dass das jetzt auch in den nächsten Tagen wohl fixiert werden soll, finden wir richtig, das unterstützen wir, weil es in der Tat so ist, man kann nicht auf der einen Seite erwarten, dass andere einem helfen, und auf der anderen Seite sich die Option offenhalten, dann doch vor Gericht zu gehen, das sollte man nicht tun. Wir halten es auch für richtig, dass diese Verhandlungen geführt worden sind. Indes sind wir ja bei der Bewertung des Ergebnisses ein wenig skeptischer, als das hier von den Regierungsfractionen vorgetragen worden ist. Wir haben aber als Bremer Opposition nicht am Verhandlungstisch gesessen, und dementsprechend muss man das hier zur Kenntnis nehmen. Wir glauben allerdings, dass es natürlich in den nächsten Jahren mehr Anstrengungen brauchen wird, als Sie heute hier vorgetragen haben und sich bisher im praktischen Regierungshandeln von Rot-Grün ablesen lässt.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen sei auch gesagt, Sie haben es sich heute nicht nehmen lassen, lieber Herr Böhrnsen, auch noch

einmal die Politik der Bundesregierung zu kritisieren, die Kritik wird ja auch in dem Antrag der Koalitionsfraktionen vorgebracht, es seien Kommunen mehr belastet worden. Ich muss schon sagen, ich fand es dem Thema und dem Ernst dieses Anliegens nicht angemessen, wenn wir heute wirklich über die nächsten Jahrzehnte sprechen, die Frage, welche Gestaltungsmöglichkeiten zukünftige Generationen noch haben sollen, dass Sie hier kleinliche Kritik üben, die Sie über Monate hier vortragen an angeblich entlasteten reichen Erben, um die es allein gegangen wäre. Das ist doch überhaupt nicht der Fall! Man muss dann auch ganz ehrlich einmal sagen, wir haben sehr viel, auch die Berliner Koalition, dazu beigetragen, dass die Kommunen entlastet wurden. Das haben Sie an anderer Stelle in Ihrer Rede ja dann auch gesagt, weil es sonst zu angreifbar gewesen wäre. Kosten der Grundsicherung im Alter ist solch ein Thema, das finde ich absolut zu begrüßen.

(C)

Wer dann sagt, die Einnahmen der Kommunen und der Länder wären irgendwie in einer dramatischen Situation, das mag schon so sein, nur die Aussage ist eben falsch, dass diese Einnahmen zurückgehen, denn auch die Finanzsenatorin hat in ihrem Finanzrahmenplan deutlich gemacht, dass sie von steigenden Einnahmen in den nächsten Jahren ausgeht. Es ist doch ein Märchen, dass die Einnahmen des Staates in den nächsten Jahren zurückgehen, das wissen Sie eigentlich auch besser, sonst hätten Sie diese Zahlen durch Ihre Finanzsenatorin nicht aufschreiben müssen.

(D)

(Beifall bei der FDP – Abg. Dr. G ü l d - n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie arbeiten jedenfalls daran, dass sie zurückgehen!)

Wir sind gegen Attacken gegen die Solidarität von Bund und Ländern, lieber Herr Böhrnsen, das haben Sie vorhin ausgeführt, und ich glaube, das, was Sie vorgetragen haben, hätten Sie sich an der einen oder anderen Stelle unter diesem Gesichtspunkt sicherlich besser erspart, denn es ist eben auch ein Punkt, dass man selbstkritisch miteinander umgeht, auch mit sich selbst umgeht, und die Haushaltspolitik in diesem Land lässt nun einmal objektiv vieles zu wünschen übrig.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde auch, wenn die Opposition in diesem Haus aus Union und FDP infrage stellt, ob die Aufstellung des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2011 auf dem Boden unserer Landesverfassung so vollzogen worden ist und sich in dem Rahmen bewegt, und wir alle bekennen uns ja natürlich zur Verfassung, das als Quatsch abzutun, ist unter dem Gesichtspunkt eines Rechtsstaatsverständnisses schon einigermaßen anmaßend und ziemlich unangemessen,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

(A) denn dieser Weg steht ganz klar offen, und das muss auch diskutiert werden, das muss auch überprüft werden, überprüfbar sein, wozu sind denn sonst diese Möglichkeiten vorgesehen!

Über das, was Ihr SPD-Landesvorsitzender dazu gesagt hat, will ich hier kein Wort verlieren,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Dem sind Sie auch nicht gewachsen, das stimmt!)

weil ich das in der Tat ziemlich unmöglich finde, so sollte man nicht miteinander umgehen. Das zeigt aber, mit welcher Respektlosigkeit Sie in diesem Land sich hier an der Macht bewegen. Ich glaube, das ist nicht gut und trägt auch zur politischen Kultur nicht bei, wenn man so miteinander umgeht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich hätte mir heute gewünscht, dass wir ein Signal der Zuversicht hier vom Senat erhalten hätten, das ist leider ausgeblieben. Weiterhin werden hier die Armutsängste von der LINKEN des Hauses geschürt und Neiddebatten entfacht. Ich glaube, auch das bringt uns nicht weiter, bringt nicht den positiven Zukunftsoptimismus, den die junge Generation in unseren beiden Städten zu Recht erwartet, und ich denke, lieber Herr Böhrnsen, das ist eben auch etwas, das mit der Art und Weise, wie die Politik in den letzten Jahren hier stattgefunden hat von Rot-Grün, zu tun hat, dass viele sich in ein Anspruchsdenken ungeahnten Ausmaßes geflüchtet haben bis in alle gesellschaftlichen Kreise. Deshalb wundert es auch nicht, dass ehemalige Mitglieder der SPD jetzt sagen, na ja, gut, aus diesem tradierten Anspruchsdenken heraus glauben wir, in Karlsruhe mit leeren Koffern an- und mit vollen Koffern abreisen zu können. Ich kann Ihnen in diese Richtung auch deutlich sagen, die werden sehr schnell auch mit ganz leeren Koffern wieder nach Hause kommen, wenn sie diesen Versuch unternehmen, denn das ist nun wirklich etwas, das niemanden weiterbringt. Wenn man dieses Anspruchsdenken, ohne sich selbst anzustrengen, dort vorträgt, dann setzt das tatsächlich die Axt an die Grundfesten auch des Föderalismus in unserem Land, und das, denke ich, kann nicht das Ziel sein.

(B) Bremen wird immer auf die Solidarität anderer Bundesländer angewiesen sein, schon aufgrund seiner Größe, und ich denke, dies muss verinnerlicht werden. Über die politischen Auswirkungen wird an anderer Stelle zu diskutieren sein. Ich habe heute vermisst, dass wir diese Chance ergriffen hätten, hier zu einem positiven Aufbruch für Bremerhaven und Bremen zu kommen. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat ist die Konsolidierungsvereinbarung eine Zäsur. Die Zäsur besteht darin, dass es in Zukunft zehn Jahre lang einen festen Ausgaberrahmen pro Jahr geben wird und dass die jetzt schon bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, dass es nämlich keine Ausgaben ohne Deckung geben darf, konkret heißen, es darf auch keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckung geben, und wir können dafür keine zusätzlichen Kredite mehr aufnehmen.

(C)

In der Vergangenheit konnte man, wenn Bedarf bestand, am Ende, wenn man es nicht hinbekam, immer noch zur Bank gehen und Kredite aufnehmen. Wer das in Zukunft tut, gefährdet die Sanierungszahlungen und wird einen großen Schaden anrichten. Die Konsolidierungsvereinbarung ist auch eine Hoffnung, nämlich gemeinsam mit anderen einen Weg zu gehen, nicht bundesweit isoliert zu sein, sondern zu sagen, wir stehen zusammen, wir tauschen uns aus, und wir werden, wenn es Schwierigkeiten gibt, miteinander sprechen. Auch das ist neu und macht Hoffnung für neue politische Wege und Erkenntnisse.

Die Konsolidierungsvereinbarung ist eine große Herausforderung für uns alle. Es heißt Ja zur Sparsamkeit, und zwar für alle, Ja zur Ressourcenverantwortung, das heißt, wir müssen uns in jedem Fall anschauen, ob Einsatz von Geld und das, was wir als Ergebnis dabei herausbekommen, auch in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Es heißt auch, dass wir uns strukturellen Veränderungen stellen müssen, das ist auch nicht der große Donnerhall, der öffentlich damit zum Teil verbunden wird, sondern wir müssen die Tatsache, dass in den nächsten Jahren viele Menschen aus dem öffentlichen Dienst aussteigen, nutzen, um zu Strukturveränderungen zu kommen und den öffentlichen Dienst, die Verwaltung im öffentlichen Dienst besser, effizienter und zukunftsfähiger aufzustellen.

(D)

Das ist auch etwas Gutes und nicht, wie DIE LINKE immer behauptet, einfach nur das Vernichten von Arbeitsplätzen. Man wird dazu Konsequenz und Durchhaltevermögen brauchen und die Bereitschaft, auch Druck auszuhalten. Das geht nur mit Wahrhaftigkeit, Transparenz bezüglich der Haushalte, und wir werden uns weiter auch noch intensiver Länder- und Kommunalvergleichen stellen, um herauszufinden: Wo stehen wir eigentlich, oder passiert das, was DIE LINKE schon vorher immer weiß und behauptet, hier wird alles kaputtgespart? Wichtig für einen akzeptierten Sanierungsweg ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zur Dialogfähigkeit und zu dem Beachten der sozialen Folgen staatlichen Handelns. Womit es ganz bestimmt nicht gehen wird, ist, alle in Angst und Schrecken zu versetzen, mit dem TdL-Ausstieg zu wedeln, Bremens Abkoppeln an die Wand zu malen, oder dass hier Rechtsansprüche nicht mehr eingehalten werden.

- (A) (Abg. R u p p [DIE LINKE]: Das ist doch kein Ängste schüren, das sind die nackten Tatsachen!)
- Das versetzt Leute in Angst und Schrecken und unterminiert die Bereitschaft, einen Weg mitzugehen, von dem alle am Ende profitieren werden.
- Es gab so viel Streit, die Landesverfassung zu ändern. Das Grundgesetz legt ab 2020 einen Weg fest, das sind noch viele Jahre. Ich finde, man nutzt die Zeit, um breit über zukünftige, moderne und interessante Regelungen für unsere Landesverfassung nachzudenken. Ich stelle mir auch vor, dass man das in einem breiten Dialog in unserem Bundesland hinkommen kann, denn finanzpolitisch kann man noch viel mehr machen, auch in einer modernen Verfassung, als nur eine Kreditobergrenze zu bestimmen. Daran würde ich in den nächsten Jahren auch sehr gern mitwirken.
- Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat über den Referenzhaushalt 2010 geredet und wie schlimm dieser sei. Dieser Referenzhaushalt ist vom Bund akzeptiert worden, die Bundesregierung wird ja unter anderem auch von der CDU gestellt, insofern verstehe ich dies nicht. Außerdem wurde hier von Ihnen fälschlicherweise behauptet, die Steuern seien ständig gestiegen.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Die Einnahmen!)
- (B) Das ist mir sowieso ein Rätsel, wie FDP und CDU das hier so hinkommen können, bei den gigantischen Einnahmeeinbrüchen der öffentlichen Haushalte der Jahre 2009, 2010 und 2011 einfach so zu tun, als würden diese nicht existieren. Über eine Milliarde Euro Mindereinnahmen hat das für unser Bundesland gebracht, wir sind immer noch nicht dort, wo wir sein müssen, nämlich auf dem Steuereinnahmestandard des Jahres 2008, und da tun sie einfach so, als hätte dies etwas mit der schlechten Politik der rot-grünen Regierung hier zu tun.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja! – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Bundeshaushalt!)
- Ja, dann schauen Sie doch einmal, was in den anderen Bundesländern, in denen die CDU mitregiert, gemacht wurde! Dort überall wurden diese Einnahmeeinbrüche, ohne einen riesigen Flurschaden anzurichten, mit einer zusätzlichen Kreditaufnahme kompensiert, da es nämlich auch gar nicht anders geht.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Außerdem möchte ich in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass der Haushalt 2010 auch nicht unmaßgeblich davon geprägt ist, dass wir die letzte große
- Welle Aufräumen hinter uns bringen mussten, um nämlich – –.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Genau! Sagen Sie es nicht zu früh, dann können Sie die Ausrede nächstes Jahr nicht mehr verwenden!)
- Ja, natürlich! Die Schattenhaushalte, die sie angeordnet haben, davon mussten wir einen großen Teil jetzt in den ordentlichen Haushalt überführen. Ich habe das gern getan, aber an den Zahlen, die sie jetzt hier so kritisieren, erkennt man auch wieder, dass es eben nicht mehr möglich ist, Sachen so wie in ihrer Regierungszeit zu verstecken.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Zu den LINKEN möchte ich gern sagen, das ist ja immer dasselbe, was man hier hört, aber man denkt auch, Sie entwickeln sich eigentlich gar nicht. Eigentlich wird es immer schlimmer. Der Teufel, den Sie mit jeder Rede an die Wand malen, wird immer größer, riesiger, gefährlicher und schwärzer. Ich glaube, dass man eigentlich gar nicht den Eindruck hat, dass sie irgendwelche der Argumente aufnehmen, die wir hier bringen, aber ich möchte es ihnen trotzdem noch einmal sagen!
- Es ist ein Fakt, dass sich das Bruttoinlandsprodukt und die Steuern entkoppelt haben. Übrigens ist dies nicht nur ein Bremer Phänomen, sondern es ist in ganz Deutschland so, in Deutschland in besonderer Schärfe übrigens, das ist auch ein riesiges Problem, aber das passiert auch europaweit, und darüber muss man nachdenken. Die Schuldenbremse bietet aber ja gerade eine Chance, dass sie am Ende auch als Steuerensenkungsbremse wirkt. Es wird nämlich gar nichts anderes übrig bleiben, als sich den Zusammenhang genauer anzuschauen.
- Hier ist niemand im Raum, Herr Rupp, der nicht gern mehr Geld ausgeben würde. Bloß gibt es hier eine Mehrheit von Menschen, die sich darüber Gedanken machen, wohin die 25 Prozent Zinssteuerquote eigentlich führen, die wir in Bremen schon angeordnet haben. Dieses ganze Geld entgeht uns, damit können wir keine Schulen sanieren, damit können wir keine Löcher in den Straßen stopfen, keine Lehrerinnen und Lehrer und keine Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einstellen. Dieses Geld zahlen wir Jahr für Jahr an Banken allein für Zinsen. Eines sage ich ihnen ganz genau, dieser Weg ist mit Sicherheit einer, der ins Verderben führt!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Wie können Sie eigentlich erzählen, hier würde kaputtgespart? Schauen Sie einfach einmal über die Grenzen, auch in Ihrem eigenen Kopf! Wir leben in einem reichen Land mit großem Wohlstand für gro-
- (D)

(A) Be Teile der Bevölkerung. Ich finde, dieses Reden darüber, dass hier alles kaputtgespart wird, wirkt dem von Ihnen vertretenen Ziel, nämlich parteiisch zu sein für arme Menschen, geradezu entgegen. Es gibt Menschen, denen geht es nicht gut,

(Abg. T i t t m a n n [parteilos]: Die werden immer mehr!)

und die bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit, Fürsorge und Hilfe des Staates, aber dass hier alles ganz schrecklich sei, das glauben Sie doch wohl selbst nicht. Weder historisch noch global hat das auch nur einen Hauch Realitätsbezug!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, Sie zündeln an einer Stelle, dass die Menschen nämlich vergessen, was sie zu verteidigen haben, weil ja alles so schlimm ist und es schon immer so schlimm war, und natürlich wird es auch von Tag zu Tag schlimmer! Wie komisch und wie kann es denn wohl sein, dass die Regierung im Bundesland Berlin unter Beteiligung der LINKEN bereit ist, diesen Sanierungsweg, den man ja aus Ihrer Sicht überhaupt nicht verantworten kann, zu gehen! Wie kann man sich auf so einen Weg einlassen, haben Sie gesagt. Das kann ich Ihnen ganz genau sagen: Aus Einsicht, aus Achtung vor einer demokratisch beschlossenen Verfassung und aus der Akzeptanz, dass Verhandlungsergebnisse am Ende das sind, was Mehrheiten gefunden hat, und auch aus Achtung vor den Positionen anderer. Nur mit so einem Weg wird Bremen bestehen können!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Klage der CDU hat mich ja doch gereizt. Viele Jahre als Oppositionsführerin und als Haushaltsausschussvorsitzende habe ich mir das angeschaut, der damalige Senat verstößt gegen Artikel 131 a Landesverfassung.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Haben Sie auch immer gesagt!)

Ja, das habe ich immer gesagt!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Und jetzt machen Sie es selbst!)

Herr Röwekamp möchte sich gern melden. Ich würde es ganz gut finden, wenn Sie es täten.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein!)

Na gut, dann wollen Sie nur aus der ersten Reihe herumlümmeln, das ist auch gut.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

§ 131 a Landesverfassung, das ist doch wirklich interessant, ich habe in der Tat darüber nachgedacht, ob es tauglich wäre, den Staatsgerichtshof damit zu beschäftigen. Dann ist die von Ihnen – das haben Sie bestimmt gar nicht mehr so in Erinnerung, aber ich erkläre es Ihnen einmal – mitgetragene Regierung auf eine Idee gekommen. Die Idee heißt nämlich, dass alle Ausgaben Bremens einer besonderen Darlegungspflicht unterliegen, Darlegungspflicht nach § 131 a Landesverfassung. Als die Regierung dies dann gemacht hatte, da habe ich mich zwar noch manchmal über die Formulierungen aus den Ressorts, warum Ausgaben unausweichlich sind, vielleicht ein bisschen amüsiert, aber am Ende war ich dann der Auffassung, zumal es ja auch keine politische Lösung aus diesem Dilemma gibt, dass der Darlegungspflicht nach § 131 a Landesverfassung Rechnung getragen worden ist.

Klagen Sie einmal! Ich bin da gelassen und vielleicht auch ein bisschen über die Kette der Ereignisse, denen Bremen unterworfen ist, amüsiert, nämlich, wir können die Verfassung nicht einhalten, über Jahre können wir sie nicht einhalten, was für ein riesiges politisches Problem, nimmt alles in Beschlag und macht uns viele Probleme! Wir befinden uns in einer extremen Haushaltsnotlage, die Große Koalition klagt, diese Regierung verhandelt, es gibt Sanierungsleistungen, und nun kommt die CDU und sagt, Mensch, wir halten die Landesverfassung nicht ein! Ich kann nur sagen: Guten Morgen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal für DIE LINKE zu Wort gemeldet, weil ich es in der Tat an vielen Stellen immer wieder unerträglich finde, wenn von der Koalition behauptet wird, ja, wir sparen und kürzen überhaupt nicht, es ist ja alles ganz prima, und es wird alles ganz prima gehen –

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner gesagt! – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das hat doch keiner gesagt!)

das wurde eben gesagt! –, und ihr malt immer nur schwarz, ihr macht immer nur Untergangsszenarien und so weiter.

Herr Böhrnsen hat zu Anfang seiner Regierungserklärung oder im mittleren Teil auch wiederum zur LINKEN gesagt, wir würden die Verfassung nicht rechtfertigen, weil wir immer noch gegen die Schuldenbremse wären. Auch das muss ich einmal mit aller

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Deutlichkeit zurückweisen! Die Schuldenbremse ist natürlich demokratisch beschlossen worden, daran gibt es überhaupt gar keine Zweifel. Sie wurde auch ins Grundgesetz genommen, das ist auch keine Frage, aber es ist doch keine Frage, dass man das dennoch kritisieren und auch sagen kann, irgendwann, wenn es die entsprechenden Mehrheiten gibt, werden wir das wieder ändern. Es ist unsere Aufgabe und unsere Sicht, dies zu ändern.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Doch, das sagen wir! Ich sage, wir haben ganz deutlich gesagt, wir kritisieren die Schuldenbremse. Wir sind der Meinung, dass viele Sachen daran unrealistisch sind. Wir glauben, dass der eingeschlagene Weg mit der Konsolidierung, wie er jetzt verabredet ist, möglicherweise einfach scheitert! Das, finde ich, ist eine Position, die man durchaus haben kann, darüber muss nicht immer gespottet werden.

(B) Ich denke auch, Herr Böhrnsen hat das am Rande erwähnt, wer über die Schuldenbremse reden möchte, der sollte in der Tat zuerst über Steuergerechtigkeit reden. Wenn man einmal bedenkt, wenn wir heute noch die Steuersätze für Reiche und Konzerne der Kohl-Ära hätten, dann verfügte der Sozialstaat – da gibt es unterschiedliche Berechnungen – aber pro Jahr über mindestens zwischen 80 und 100 Milliarden Euro mehr an Einnahmen. Das sind Einnahmen, die dann durch Rot-Grün, durch Herrn Schröder und durch Herrn Fischer, im Grunde genommen weggekürzt worden sind. Natürlich, nachdem man diese Einnahmen nicht mehr hat, bekommt man mit der Zeit einen armen Staat. Dieser arme Staat macht dann Schulden, wenn er trotzdem noch sozialstaatliche Aufgaben, weil sie gesetzliche Aufgaben sind, erfüllen will. Da braucht man sich in der Tat nicht besonders zu wundern.

Ich sage auch, natürlich kommt dann auch noch die Weltwirtschaftskrise dazu, oder ich will im Detail einmal die Bankenrettung nennen. Laut Deutscher Bundesbank beträgt die Erhöhung der Verschuldung des Staatshaushalts immerhin 89 Milliarden Euro für die Bankenrettung. Das ist nicht wenig, um es einmal deutlich zu sagen, und auch darüber muss man sich unterhalten. Deshalb sage ich auch in aller Deutlichkeit, wer über diese Schuldenbremse reden will, der sollte über Steuergerechtigkeit reden. Es ist ja nicht so, dass Steuergerechtigkeit in dieses Grundgesetz mit hineingeschrieben worden wäre. Das wird hier immer so behauptet, aber das ist doch nicht der Fall. Wenn das der Fall wäre, würden wir als DIE LINKE sagen, prima, das ist eine gute Sache, aber es ist eine Absichtserklärung, die im Grunde genommen zu nichts führt, außer wir schaffen andere politische Verhältnisse in diesem Land, und wir wollen es auch offen-siv angehen. Dann sind wir dabei, da machen wir gern mit.

(C) Deshalb fordern wir ganz deutlich nicht nur keine Mehrbelastung der Länder und Kommunen, sondern wir fordern in der Tat eine offensive Steuerpolitik. Banken, Reiche und Konzerne müssen endlich wieder zahlen. Das muss geändert werden. Das erwarte ich auch als eine offensive Position von SPD und Bündnis 90/Die Grünen!

(Beifall bei der LINKEN)

Aus diesem Grund glaube ich, in manchen Diskussionen, auch wenn es jetzt Realität ist, ist die Schuldenbremse immer nur ein vorgeschriebenes Thema. Im Wesentlichen geht es doch um die Auseinandersetzung, um den Sozialstaat, denn wenn dieser Konsolidierungspfad, wie er heute hier im Parlament beschlossen wird, und wir alle sagen, dann müssen in Bremen bis zum Jahre 2020 100 bis 120 Millionen Euro pro Jahr gekürzt, gespart oder wie immer man es nennen will, ich würde es kürzen nennen, gekürzt werden, und ich frage mich allen Ernstes: Was bleibt denn von einem Sozialstaat in Bremen noch übrig, wenn Frau Linnert und Herr Böhrnsen mit ihren Kürzungen am Ende fertig sind? Das frage ich wirklich ernsthaft. Das hat mit Schwarzmalerei nichts zu tun, sondern das ist eine ernsthafte Frage. Was glauben sie denn? Wie viele Polizisten werden wir dann noch haben? Wie viel Feuerwehr werden wir dann noch haben? Wie viele Kliniken werden wir noch haben? Wie viele Kitas werden wir noch haben? Im Grunde genommen weiß doch jeder, welche Unsummen an Einsparungen da vorgenommen werden müssen, und niemand hat einen Plan dafür, wie man damit tatsächlich noch ein solidarisches, soziales Gemeinwesen aufrechterhalten will, das ist doch die eigentliche Frage, und das ist die Frage des Sozialstaats!

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist mir auch klar, dass es Polizisten, Feuerwehr, Kindergärten und so weiter geben wird, aber die werden privatisiert sein, da wird der Zugang nur für die offen sein, die Geld dafür haben. Auch das ist ein übliches Problem, das immer wieder kommt, weil wir nicht in einer egalitären Gesellschaft leben! Wir leben in einer gespaltenen Klassengesellschaft!

(D) Ich will aber trotzdem versuchen, weil mich das so geärgert hat, Ihnen einmal kurz sechs Beispiele für Bereiche zu nennen, in denen die Schuldenbremse dazu führt, dass entweder direkt gekürzt wird oder einfach durch fehlende Mittel. Punkt eins, öffentlicher Dienst: Es wird von Frau Linnert und von allen klar gesagt, 950 VK sollen bis 2020 gestrichen werden. Das ist eine klare Ansage. Dazu sage ich, seit Jahrzehnten haben wir im öffentlichen Dienst PEP- und Sparquoten, die Luft für die Kolleginnen und Kollegen wird immer dünner, die Arbeitsbelastung wird immer größer. Man kann darüber vielleicht noch hinweggehen und sagen, gut, ihr müsst zufrieden sein,

(A) ihr habt einen Job! Man muss doch aber einmal sagen, das ist solch eine Verschlechterung des Gemeinwesens, es geht doch schon längst nicht mehr um Bürgernähe, sondern es geht einfach nur um Schließen und Abschalten von bestimmten Angeboten, die der Sozialstaat noch hatte nach diesen zehn Jahren Konsolidierung.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch alles nicht wahr, was Sie da sagen!)

Das ist wahr!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist totaler Blödsinn!)

Nein, das ist nicht wahr! Sie sagen selbst, 950 Vollzeitkräfte wollen Sie streichen. Was ist daran falsch? Was ist daran falsch, wenn ich das behaupte? Haben diese 950 Vollzeitkräfte, diese mindestens 950 Kolleginnen und Kollegen die ganze Zeit nur Kaffee getrunken oder Däumchen gedreht? Das, finde ich, ist wirklich eine bössartige Unterstellung von Ihnen.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Die kommt aber nur von Ihnen!)

Ich fahre fort.

(B) Punkt Nummer zwei: Die Nullrunde für Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII und der Erziehungshilfe nach SGB VIII, Herr Rupp hat das erwähnt, und es wurde doch in der Sozialdeputation ganz deutlich gesagt, wir wissen alle, wir haben den Befund, dass die Mengen steigen werden, also, die Bedürfnisse sind da, und es wurde jetzt mit den Trägern vereinbart, dass es eine Nullrunde geben soll, obwohl in den Papieren der Sozialdeputation deutlich steht – ich könnte es hier zitieren, aber das schenke ich mir, weil ich dann hier mit ganzen Ordnern antreten müsste – und immer wieder gesagt wird, ja, es gibt, oder es wird Steigerungen geben, sie bräuchten auch mehr Geld, und dann einigt man sich auf eine Nullrunde, und eine Nullrunde ist eine Kürzung. Ich weiß nicht, wer dem widersprechen soll, da wird die Inflation nicht einmal ausgeglichen. Das ist und bleibt eine Kürzung.

Dann sage ich Ihnen noch einmal: Ich finde auch das besonders perfide, wenn Sie so eine Nullrunde und diese Kürzungen bei diesen Einrichtungen machen, denn wen betrifft das denn? Das sind die körperlich und geistig Behinderten, das sind die Süchtigen, und das sind die Jugendlichen. Bei den Schwächsten fangen Sie an zu kürzen. Das ist der erste Schritt, wo diese Schuldenbremse wirkt.

(Glocke)

Warum haben Sie geklingelt?

Präsident Weber: Weil Ihre Redezeit, Herr Kollege, weit überschritten ist.

(C)

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE): Dann mache ich gerade noch den Abschluss. Es gibt noch mehrere Punkte, aber ich fand, die, die ich jetzt benannt habe, sind sehr deutlich. Wir werden in der Debatte der kommenden Tage noch einmal auf die Beamtinnen und Beamten zurückkommen, da ist ja Ähnliches, wo Sie deutlich kürzen wollen, ich weiß nicht, wie Sie das sonst nennen wollen.

(Glocke – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Kürzen, was kürzen Sie denn? Im Oktober machen alle das Gleiche! Sie erzählen vielleicht einen Blödsinn!)

Ja, kürzen! Genauso bei den Krankenhäusern, auch das werden wir noch einmal bereden. – Danke sehr!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Besuchtribüne recht herzlich eine zehnte Klasse der Schule in der Vahr begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(D)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens möchte ich meine Frage, die Herr Rupp nicht hören wollte, hier stellen und auch meine Antwort geben. Nach dieser nicht nur Kritik oder Absichtserklärung, man könnte das dann vielleicht auch später anders machen, wenn die Verhältnisse anders sind, nach dieser politischen Brandrede, die er dagegen gehalten hat, dass wir die Verwaltungsvereinbarung hier in Bremen unterschreiben, frage ich mich und frage ihn, wieso es denn in Berlin, wo die gleiche Verwaltungsvereinbarung unterschrieben wird, eigentlich möglich ist, die Unterschrift der LINKEN darunter zu setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bei dieser Brandrede, die Sie hier gehalten haben, wieso machen Sie in Berlin das eine und treten hier so auf? Das müssen Sie mir dann irgendwann doch noch einmal erklären, und ich sage, Sie reden mit gespaltener Zunge, Herr Kollege, das muss ich hier wirklich einmal ganz klar sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Das Zweite, es ist ja interessant, dass die zweite Fraktion in der Linken auch noch einmal aufgetreten ist. Sie haben ja recht, dieser Senat, diese Koalition spart, und wir werden auch weitermachen mit dem Sparen. Die eine Seite des Hauses sieht das nicht. Wenn man die Augen aufmacht, kann man sehen, dass wir das tun.

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Ich habe extra noch einmal eine neue Brille aufgesetzt, und ich sehe es immer noch nicht!)

Ja, Herr Dr. Möllenstädt, ich bin mir sicher, der Generationenwechsel wird bei Ihnen auch gelingen, und dann werden Sie da mehr Durchblick bekommen.

(Abg. Frau Bösch en [SPD]: Die Windelgruppe!)

Da frage ich mich auch immer, Herr Dr. Möllenstädt, wie es eigentlich ist, wenn man sich die Verschuldung im Bund ansieht, wo Sie ja maßgeblich innerhalb der Wirtschaftskrise mitregieren, war die Reaktion im Bund und den Ländern, in denen Sie mitregieren, etwa anders? Auch dieses Auftrumpfen hier, dass Sie meinen, wir könnten uns hier ganz und gar von der Tatsache der wirtschaftlichen Krise abkoppeln und gegen die Krise sparen, was wir einvernehmlich unter anderem mit dem Konjunkturprogramm nicht gemacht haben, ich verstehe es nicht.

(B)

Ich habe auch nicht verstanden, wieso die Bundesregierung das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das nachweislich einen dreistelligen Millionenbetrag an Steuermindereinnahmen gebracht hat, das Sie als Konjunkturprogramm verkauft haben, nicht nach der Konjunkturkrise, wenn es dann wieder hochgeht, wieder zurücknimmt. Wenn man etwas als Konjunkturbelebung macht, muss man das doch hinterher zurücknehmen. Ich verstehe auch nicht, wieso diese unglaubliche und unverschämte Minderung der Steuereinnahmen für die Hoteliers nicht endlich zurückgenommen worden ist. Das sind doch die Dinge, bei denen jeder sieht, dass Sie die Steuersenkungen auf Kosten der Menschen und für einige wenige machen, und das ist das, wo Sie im Bund genau das machen, was Sie hier beklagen, und da verstehe ich auch diese gespaltene Politik nicht.

Ich wollte aber eigentlich etwas zu den LINKEN sagen, Herr Dr. Möllenstädt hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass es ihn auch noch gibt. Sie haben ja vollkommen recht, dass wir in den nächsten Jahren hier weiter staatliche Leistungen genau ansehen werden, dass wir auch zum Beispiel bei Ausführenden, wie jetzt den Trägern der Sozialhilfe, schauen werden, dass auch sie einen Sparbeitrag leisten. Wir werden auch bei den ausgegliederten Bereichen schauen, dass sie sparsamer wirtschaften müssen, das ist so.

Auch die Menschen, da bin ich ganz sicher, das habe ich auch immer gesagt, werden hier in der Stadt merken, dass die nächsten zehn Jahre anders sind als bisher. Wir werden erstens darauf achten, dass wir die Schwerpunkte richtig setzen, wir werden aber niemandem versprechen, dass sich nichts ändert, denn das zu versprechen wäre wirklich verantwortungslos, aber so tun, ich sage es noch einmal, als sei das hier – –.

(C)

Schauen Sie doch bitte einmal auch die wirklichen Verhältnisse an, wenn ich jetzt heute in der Zeitung lese, dass der Vertreter der GEW die Alimentation der Lehrer für nicht mehr verfassungsgemäß hält! In Niedersachsen wie in Bremen ist das Jahresgehalt eines Lehrers 57 500 Euro. Ganz im Ernst, wenn mir jemand erzählen will, dass dies keine verfassungsgemäße Alimentation mehr sei, dann finde ich, dass die Maßstäbe da nicht mehr stimmen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der Hunger, von dem sie sprechen! Die Hungerjahre!)

Dann muss ich in der Lage sein, auch mit diesen Menschen darüber zu reden, dass sie gemeinsam mit uns darüber sprechen, wie Beiträge zur Haushaltssanierung gemacht werden.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Das kommt aus den Stadtteilen!)

(D)

Wir werden von allen solche Dinge erwarten, ja, das verschweigen wir auch nicht, aber so zu tun, als wäre das ein Einschnitt in soziale Verhältnisse, das finde ich vollkommen falsch, Herr Kollege. Das malt ein Bild dieser Stadt, das nicht stimmt, und gehen Sie einmal durch die Stadt, das entspricht auch nicht den Realitäten! Also, wir verschweigen nicht das, was wir machen wollen, aber was Sie für Bremen an die Wand malen, aber in anderen Städten und Ländern tun, halten wir für verantwortungslos. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja schon deutlich geworden, dass wir als FDP es nicht als Selbstzweck ansehen, dass hier Verwaltungsvereinbarungen geschlossen werden, sondern dass es um etwas Nachhaltiges geht, um nachhaltiges Wirtschaften mit Geldern der Bürger, die dem Staat anvertraut sind, damit der Staat damit Leistungen erbringen kann. Es geht darum, dass zukünftige Generationen, sprich meine und Ihre Kinder und Jugendliche, in Zukunft auch noch Gestaltungsmöglichkeiten haben und Zinsen nicht die Gestaltungsmöglichkeiten erdröseln und

(A) unmöglich machen. Deswegen sind Zinszahlungen zu reduzieren, und Zinszahlungen reduziert man am besten, indem man Schulden reduziert. Das wird nicht schnell gelingen, das wissen wir auch, das wird nur Schritt für Schritt gelingen, aber man darf sich durchaus mehr anstrengen, als es dieser Senat getan hat, und man kann das auch.

Sie haben ja noch einmal einen ordentlichen Schluck aus der Schuldenpulle genommen, der Nachtragshaushalt war senatsseitig konjunkturbedingt begründet, aber wenn man im Nachhinein einmal genauer hinschaut, stellt man fest, dass noch einmal eben 250 Millionen Euro aus alten Kreditermächtigungen für Finanztransaktionen, die notwendig waren, bewegt werden konnten. Man hätte also vielleicht auch alte Kreditermächtigungen zum Zweck der Minderung von Konjunkturproblemen nutzen können und nicht so handeln müssen, wie Sie gehandelt haben.

(Beifall bei der FDP)

Man darf auch sonst hingehen und schneller arbeiten, denn das Sanierungsziel, einen ausgeglichenen Haushalt vor 2019 zu erreichen, ist doch nicht verboten. Es wäre doch löblich, wenn man sich vornehmen würde, das auch anzustreben, und das muss man dann vielleicht auch einmal sagen: Wir wollen größere Schritte tun und überlegen, was da möglich ist.

(B) (Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Geisterfahrer!)

Ja, Sie sagen immer, Sie sparen. Wenn Sie wirklich sparen würden, würden Sie auch manches, das Sie zu Recht vorschlagen, weitaus schneller umsetzen, denn jeder Monat, in dem Sie Ihre Sparmaßnahmen nicht umsetzen, kostet zusätzliches Geld, das Sie auch nicht ausgeben wollen. Aber leider lassen Sie noch Monat um Monat in das Land gehen, dies lässt sich an vielen Dingen belegen,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Welchen Blödmann wollen Sie damit eigentlich überzeugen?)

Reisekosten sind hier zu nennen, Verwaltungsmodernisierungen oder der Umbau im Sozialressort und an ganz viele Stellen, an denen richtige Maßnahmen getroffen werden, die wir auch unterstützen, aber die sich um Monate verzögern. Insofern muss man dort doch sagen, es kommt nicht nur darauf an zu sparen, sondern auch zügig zu sparen, denn es ist nicht Ihr Geld, es ist das Geld der Steuerzahler, um das es hier geht, und es sind Dinge, die schneller angegangen werden müssen.

Wir als FDP schlagen deswegen nach wie vor vor, dass man einfach einmal dahin kommt, die nominalen Ausgaben einzufrieren. Wenn man sich dieses Ziel vornehmen würde, würde man schlichtweg aufgrund

der zu erwartenden Mehreinnahmen das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts schneller erreichen. Wir sagen, das ist ehrgeizig, aber ohne Ehrgeiz kommt man auch nicht an das Ziel und dazu, den Kindern und Jugendlichen hier noch etwas Spielraum zu lassen. Deswegen halten wir es auch für richtig, dass dezidiert begründet wird, wenn Kredite aufgenommen werden, um etwas zu finanzieren, wie diese Kredite in der Lage sind, die Probleme des Haushalts abzustellen. Das ist nämlich bisher nicht geleistet worden, und das ist der Kern unserer Klage, denn das war das Neue, dass der Verfassungsgerichtshof in Nordrhein-Westfalen in die Rechtsprechung eingeführt hat, dass diese Begründung gegeben werden muss. Das hat der Senat so nicht getan, und das ist der Grund für unsere Klage. Wir halten sie für sehr begründet und werden sie auch einreichen, Frau Dr. Mohr-Lüllmann ist darauf ja eingegangen.

(Beifall bei der FDP)

Also, wir mahnen mehr Ehrgeiz an, denn in der Tat geht es darum, hier nachhaltig zu wirtschaften und dafür zu sorgen, dass Zinsen dieses Gemeinwesen nicht erdrosseln und Handlungsspielräume frei bleiben, dafür gibt es Möglichkeiten. Die FDP hat immer wieder deutlich gemacht, wo noch gespart werden könnte, und wird es auch weiterhin tun. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, Drucksache 17/1714, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW], Abg. T i t t m a n n [parteilos] und Abg. W o l t e m a t h [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, den Gesetzesantrag nach der ersten Lesung an

(C)

(D)

(A) den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Wer dieser Überweisung des Gesetzesantrags zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. T i m k e [BIW], Abg. T i t t m a n n [parteilos] und Abg. W o l t e m a t h [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. M ü l l e r [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1731 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW], Abg. T i t t m a n n [parteilos] und Abg. W o l t e m a t h [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“ und von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/1715, Kenntnis.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die Anfrage Nummer 2 wurde inzwischen von den Fragestellern zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Muslimische Kinder und Jugendliche in der Schule**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Motschmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Motschmann!

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die vom rheinland-pfälzischen Bildungsministerium herausgegebene Handlungsempfehlung „Muslimische Kinder und Jugendliche in der Schule“?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die darin enthaltenen Empfehlungen im Hinblick auf den Schulalltag: Fördern sie die Integration, oder sind sie hinderlich?

Drittens: Welche Position vertritt der Senat im Hinblick auf eine Ausrichtung der Unterrichtsgestaltung, die die Grundprinzipien der Koedukation und des gemeinsamen Lernens im Klassenverband aushebelt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Othmer.

Staatsrat Othmer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Schulen stehen zunehmend vor der Herausforderung, sich auf die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ihrer Schülerinnen und Schüler einstellen zu müssen. Vor diesem Hintergrund fördern sie durch ihre Erziehungs- und Unterrichtsarbeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da die Vielfalt der Kulturen und die Verschiedenheit von Lebensweisen in Schulen auch zu Unsicherheiten führen kann, sieht der Senat Handreichungen, die allen am Schulleben Beteiligten Informationen, Orientierungen und Empfehlungen über die Integration muslimischer Schülerinnen und Schüler in das Schulleben geben, als hilfreich an und plant solche auch für das Land Bremen.

Zu Frage 2: Die Handlungsempfehlungen des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums wurden auf Basis der Empfehlungen der Arbeitsgruppe 2 der Deutschen Islamkonferenz von 2009 erstellt. Der Senat wird die Handreichungen anderer Bundesländer bei der Erstellung eigener sorgfältig sichten und bewerten.

Zu Frage 3: Der Senat misst der Koedukation im Unterricht eine hohe Bedeutung bei und hat dies im Schulgesetz zum Ausdruck gebracht. Eine Trennung nach Geschlechtern findet grundsätzlich nicht statt. Sofern es jedoch pädagogisch sinnvoll ist, kann in Teilbereichen nach Geschlechtern getrennt unterrichtet werden. Lerninteressen und Lernzugänge beider Ge-

(C)

(D)

(A) schlechter sind angemessen zu berücksichtigen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Motschmann, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Staatsrat, sind Sie mit mir der Meinung, dass es schwierig ist, wenn während des Ramadans keine Klassenarbeiten geschrieben werden sollen und man praktisch den Schulalltag an diese Riten der Muslime anpasst?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Frau Motschmann, ich bin mit Ihnen, jedenfalls, wenn ich Sie richtig verstanden habe, insofern nicht einig, als man das nicht berücksichtigen sollte. Auch das rheinland-pfälzische Modell, auf das Sie sich ja beziehen, sagt nicht, dass im Ramadan keine Klassenarbeiten geschrieben werden, sondern es soll Rücksicht genommen werden. Ich finde, die vom Rheinland-Pfalz vorgelegte Empfehlung sieht Integration als Integration und nicht als Anpassung vor, und ich glaube, das ist ein guter Weg, dass wir da, wo wir aus den verschiedenen Kulturen gemeinsam Gewinne ziehen können, das auch tun sollten.

(B) Von daher nehme ich nicht nur den Ramadan. Nehmen Sie den Schwimmunterricht, es gibt ganz viele Bereiche, wo sehr unterschiedlich darauf eingegangen werden muss! Beim Schwimmunterricht haben wir zum Beispiel – das ist übrigens auch die Empfehlung der Islamkonferenz – gar kein Problem bei Grundschulern. Bei jungen Mädchen, die in der Pubertät sind, muss man sehr wohl Rücksicht darauf nehmen und entsprechende Vorkehrungen treffen. Beim Ramadan, finde ich, muss man schon darauf achten, ob man bei Kindern, die dann tagsüber nichts essen können, da nun gerade eine Reihe von Prüfungsleistungen abfordern muss. Das muss nicht sein. Das kann durchaus vorher besprochen werden, und ich bin sicher, dass wir uns bei diesen Fragen an der Deutschen Islamkonferenz, die die Empfehlung sehr ausführlich, gut und geeint vorgelegt hat, orientieren werden. Die Bundesregierung hat übrigens diese Empfehlungen ausdrücklich vorgelegt.

(Vizepräsidentin **Dr. Mathes** übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Staatsrat, ist Ihnen ein Fall in der Bundesrepublik bekannt, bei dem man sich entsprechend an christliche Feiertage, Fastenzeiten oder Riten anpasst?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Frau Abgeordnete, wir haben eine Vielzahl von Feiertagen, die in den Schulen auch gefeiert werden. Es ist meistens sogar frei an diesen Tagen. Wir haben beim Ramadan keine Tage, an denen gesagt wird, weil es ein hoher Feiertag ist, geben wir den muslimischen Kindern frei. Von daher, das, was ich bei Ihnen heraushöre, eine Benachteiligung des Christlichen gegenüber dem Islam, findet nicht statt. Umgekehrt: Ich glaube, wir müssen als offene Gesellschaft auf die anderen zugehen, sie ernst nehmen und ihre Sorgen berücksichtigen.

Das Ganze ist im Spannungsfeld der Verfassung zu sehen, da haben wir eine praktische Konkordanz zwischen Artikel 4, 6 und 7, Religionsfreiheit, Elternrechte und Schulrecht, zu berücksichtigen. Ich finde auch, dass alle Schülerinnen und Schüler, die bei uns leben, sich an Gesetze halten müssen, aber sie haben auch die Rechte, die in der Verfassung stehen, und zu den Rechten gehört auch, dass wir ihre Religionsfreiheit so würdigen, wie wir das am besten hinkommen.

Im Übrigen, ich habe fast gar keine Fälle. Ich habe einen Fall, den wir vor Gericht bearbeiten müssen, weil es um Schwimmunterricht geht, ansonsten haben wir eine große Übereinstimmung, weil die Schulen mit den Eltern darüber reden und gute Lösungen hinkommen. Von daher, glaube ich, ist diese Debatte eigentlich eine theoretische. Überwiegend gelingt uns das, und wenn wir dann noch besser werden, werden wir in der Schule gar keine Probleme mehr haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Sind Sie mit mir der Meinung, Herr Staatsrat, dass die notwendige Integration, die wir alle wollen, egal, welcher Fraktion oder Partei wir angehören, nicht so aussehen kann, dass es eine einseitige Anpassung an andere Religionen gibt und darüber dann die christlichen in den Hintergrund geraten?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Frau Abgeordnete, ich habe das vorhin genau umgekehrt versucht zu beschreiben, nämlich dass die Integration keine Anpassung der Menschen ist, die zu uns kommen und bei uns leben,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sondern dass sie eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sind.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN – Abg. **Tittmann** [parteilos]: Was ist das denn sonst?)

(C)

(D)

(A) Von daher möchte ich sehr dafür werben, dass wir mit ihnen zusammen eine Regelung finden, die der Gesellschaft insgesamt gerecht wird, nämlich den bei uns herzlich Willkommenen wie auch uns selbst, weil ich glaube, dass wir dabei nur gewinnen können.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Staatsrat, eine weitere Nachfrage durch die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh! – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, ich bedanke mich für diese Aufklärung. Während der Ramadanzeit kann man ruhig Hausaufgaben machen. Ich komme ja aus so einem Land und kann mich an keine Ramadanzeit erinnern, auch in Deutschland, in der man keine oder weniger Hausaufgaben machen musste. Wenn man weniger isst, ist der Kopf frei, und deshalb soll man sogar mehr Hausaufgaben machen, so ist mir bekannt. Meine Frage: Als eine zentrale Empfehlung in der Deutschen Islamkonferenz, finde ich, wird ein Netzwerk im Stadtteil zwischen Schulen im Stadtteil, Elternvereinen und zum Beispiel anderen Vereinen, wie Moscheevereinen, vorgeschlagen. Wie sehen Sie diesen konkreten Vorschlag, wie wir das in Bremen vielleicht umsetzen können?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

(B) **Staatsrat Othmer:** Erst einmal begrüße ich den Vorschlag, dass wir noch mehr mit den Eltern sprechen müssen, weil wir darüber auch die Kinder erreichen und es selbstverständlicher wird, wie wir miteinander umgehen und nicht immer das Gegensätzliche voneinander sehen. Es gibt ja schon an vielen Stellen die Frage, wie wir Moscheebesuche veranstalten können. Die Kinder sind neugierig darauf, sie wollen das kennenlernen, und ich glaube, wir sollten auch schauen, dass wir diese Neugierde eher fördern, damit deutlicher wird, dass Unterschiedliches nicht trennend sein muss.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Tittmann! – Bitte sehr!

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Staatsrat, ist Ihnen bekannt, ob es zum Beispiel in der Türkei oder in anderen arabischen Ländern einen Zentralrat der Christen gibt?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Ich weiß nicht, ob es einen Zentralrat der Christen gibt, aber ich sehe im Moment auch keine Notwendigkeit, warum es den dort geben sollte, denn die Christen werden nach meiner Kenntnis – –

(Abg. **Tittmann** [parteilos]: Gejagt und auch teilweise getötet! Das ist ja auch bekannt!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, Sie müssen den Staatsrat ausreden lassen! (C)

Abg. **Tittmann** (parteilos): Also kann ich abschließend sagen, dass das ganze Prozedere nur einseitig vonstatten geht, und das ist für mich unerträglich! – Ich danke Ihnen!

(Staatsrat **Othmer**: Frau Präsidentin, ich möchte darauf nicht antworten! – Abg. **Röwekamp** [CDU]: Das war ja auch keine Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Staatsrat, es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Bevor ich die Fragestunde fortsetze, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir vor der Mittagspause die Fragestunde abschließen werden. Sie ist um 13.14 Uhr offiziell beendet, sodass wir dann in die Mittagspause eintreten und diese bis 14.45 Uhr verlängern.

Die zweite Anfrage, die sich auf das neue Zulassungssystem für Studienplatzbewerbungen bezieht, wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**Zeitarbeit im öffentlichen Dienst**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dr. Möllenstädt und Gruppe der FDP.

Ich sehe, der Fragesteller ist nicht anwesend, sodass wir diese Anfrage dann auch nicht stellen können. (D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die vierte Anfrage trägt den Titel „**Anonymisierte Bewerbungsverfahren in Bremen erproben**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Mahnke, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Abgeordnete Mahnke!

Abg. Frau **Mahnke** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche konkreten Möglichkeiten sieht der Senat, sich nach dem Vorbild anderer Länder und einiger großer Unternehmen mit Verwaltungen beziehungsweise Gesellschaften des Landes und der Stadtgemeinde Bremen am Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu beteiligen?

Zweitens: Welche alternativen Verfahren wendet der Senat gegebenenfalls an, um zu gewährleisten, dass bei Einstellungsverfahren in Verwaltungen und Gesellschaften des Landes und der Stadtgemeinde Bremen Alter, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung von Bewerberinnen oder Bewerbern zu keinerlei Benachteiligung führen?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

(A) **Bürgermeisterin Linnert:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Pilotprojekt läuft seit November 2010 und ist auf ein Jahr angelegt. Eine Anfrage bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat jetzt ergeben, dass eine direkte Beteiligung nicht mehr möglich und angesichts der begrenzten Laufzeit auch nicht sinnvoll ist. Der Senat verfolgt das Projekt jedoch mit großem Interesse und wird die Ergebnisse auswerten und für die bremische Praxis nutzen.

Zu Frage 2: Die Anforderungen an die Einstellungsverfahren in der bremischen Verwaltung und den Beteiligungsgesellschaften ergeben sich insbesondere aus dem Grundgesetz, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem Sozialgesetzbuch im Hinblick auf die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen und dem Landesgleichstellungsgesetz. Um die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, werden Fortbildungsveranstaltungen, unter anderen zu den Themen Personalauswahl und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, angeboten. Die Senatorin für Finanzen hat darüber hinaus einen Leitfaden für die Personalauswahl erarbeitet und veröffentlicht.

Der Senat ist davon überzeugt, dass den Dienststellen und ihren Interessenvertretungen damit gute Angebote und ein gesicherter Rahmen zur Verfügung stehen, um eine effektive und insbesondere benachteiligungsfreie Personalauswahl sicherzustellen. Die Personalauswahl erfolgt in den bremischen Dienststellen in der Regel in strukturierten Verfahren durch die Dienstvorgesetzten unter enger Beteiligung der Interessenvertretungen. Damit ist gewährleistet, dass die Bewerbungsverfahren transparent und nachvollziehbar sind.

Die Geschäftsführungen und die an der Personalauswahl beteiligten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Beteiligungsgesellschaften sind fachlich qualifiziert und können somit unter Einbeziehung der Interessenvertretungen eine nachvollziehbare, transparente und diskriminierungsfreie Personalauswahl gewährleisten. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Wechsel von Referendaren/Referendarinnen aus anderen Bundesländern**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Böschen, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Böschen!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Unter welchen Bedingungen können Referendarinnen und Referendare im Lehramt, die ihre Ausbildung in einem anderen Bundesland angetreten haben, nach Bremen wechseln?

Zweitens: Unter welchen Bedingungen ist dies in anderen Bundesländern möglich? (C)

Drittens: Sollte es unterschiedliche Regelungen in Bremen im Vergleich zu den anderen Bundesländern geben, wie begründet der Senat diese?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Othmer.

Staatsrat Othmer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Vorbereitungsdienst soll grundsätzlich in dem Bundesland abgeschlossen werden, in dem die Zulassung und der Antritt in den Vorbereitungsdienst erfolgt sind. Der grundsätzliche Anspruch auf einen Ausbildungsplatz gilt mit Einstellung in den Vorbereitungsdienst als eingelöst.

Abweichungen bedürfen einer besonderen Begründung, Wohnortwechsel der Familie, Betreuung von Angehörigen et cetera, aus der die unbedingte Notwendigkeit hervorgehen muss. Bedingung für einen Wechsel nach Bremen ist deshalb die Anerkennung eines besonderen persönlichen Härtefalls, der im Rahmen des Ermessensspielraums sorgsam geprüft wird. Bedingung für den Wechsel nach Bremen ist weiterhin, dass nicht mehr als drei Monate des Vorbereitungsdienstes in dem anderen Bundesland abgeleistet worden sind. Die Eingangsphase in den Vorbereitungsdienst dauert längstens drei Monate. In der Hauptphase des Vorbereitungsdienstes wird bereits eigenverantwortlich unterrichtet. Unter Ausbildungsgesichtspunkten ist deshalb ein späterer Wechsel nicht sinnvoll.

Zu Frage 2: Die rechtlichen Regelungen sind je Bundesland unterschiedlich, dennoch besteht Einvernehmen zwischen den Bundesländern, keine Referendare etwa aus bestehenden Auszubildungsverhältnissen zur Deckung des eigenen Fachlehrermangels herauszulockern und umgekehrt scheiternde Referendare nicht von Bundesland zu Bundesland wandern zu lassen. Das Bundesland Bremen orientiert sich an der Regelung im Bundesland Hamburg, fordert aber abweichend nicht, dass mindestens ein Mangelfach studiert worden ist.

Zu Frage 3: Jedes Bundesland hat seine eigenen rechtlichen Rahmenvorgaben, die aufgrund der Weiterentwicklung der Lehrerbildung überarbeitet werden. Eine Benachteiligung Bremer Referendarinnen und Referendare besteht nicht, zwischen den Bundesländern besteht grundsätzliches Einvernehmen. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Böschen, haben Sie noch eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Herr Staatsrat, bei der Antwort auf die Frage 2 haben Sie Hamburg ange-

(A) führt, das ebenfalls wie Bremen eine dreimonatige Spanne festhält, in der nur der Wechsel möglich ist. Meine Frage zielte aber auch auf andere Bundesländer. Können Sie mir sagen, wie das dort gehandhabt wird?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: In den anderen Bundesländern – ich nenne einmal die norddeutschen Bundesländer –, zum Beispiel in Schleswig-Holstein, gibt es Wechselmöglichkeiten bis zu acht Monate, allerdings mit der Maßgabe, dass sie sich vorher wieder bewerben haben müssen, und erst wenn sie in der Bewerbung erfolgreich waren, wird geprüft, ob die vorherigen Zeiten angerechnet werden können. Das heißt, es ist nicht automatisch sicher, dass sie nach dem achten Monat weitermachen können, sondern sie müssen sich neu bewerben. Die Frage ist in Niedersachsen ähnlich geregelt. Auch dort geht es darum, dass jemand, der wechseln will, sich neu bewerben muss, und dann wird über die Anrechnung entschieden. Da geht es sogar soweit, dass sie die bis zu neun Monate zulassen. Ich will aber auch gleich begründen, warum das in Hamburg und Bremen anders ist.

Hamburg und Bremen sind Stadtstaaten, wir haben im Verhältnis eine deutliche Überanfrage an Referendarplätzen, das ist in Niedersachsen nicht immer der Fall. Niedersachsen ist inzwischen soweit, dass es auch Menschen mit nicht so guten Noten einen Referendarplatz zuweist. Wir haben die Situation, dass relativ viele, die nicht gleich zum Zuge kommen und nicht auf Wartelisten stehen wollen, sich in Bremen und in Niedersachsen bewerben. Wir müssen schon aufpassen, dass man nicht über den Umweg mit einer schlechteren Note in Niedersachsen eingestellt wird, um dann anschließend durch die Härtefallregelung nach Bremen wechseln zu können. Daher macht die Regelung, die die beiden Stadtstaaten, Hamburg und Bremen mit ihrem Umfeld getroffen haben, einen Sinn und benachteiligt die Bremer Referendare deshalb nicht, denn jeder Wechsler, der von Niedersachsen nach Bremen käme, würde sonst einem gut geeigneten Referendar in Bremen einen Platz wegnehmen. Das hielte ich nicht für gerecht.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Ich habe eine Verständnisfrage, Herr Staatsrat. Wenn aber Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Regelung haben, dass bei einem Wechsel – -. Ich glaube, wir sind uns einig, dass solche Wechsel wirklich in einer ganz kleinen Anzahl praktiziert werden, zumindest meine Kenntnis ist, dass sie zahlenmäßig keine große Rolle spielen. Wenn aber ein junger Mensch im Referendariat aus unterschiedlichen Gründen – auch Mobbing, habe ich mir sagen lassen, kann da manchmal eine Rolle spielen – jetzt so einen Bundeslandwechsel in Angriff

nehmen möchte und sich wie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Bremen neu bewerben müsste, wäre doch nicht die Situation gegeben, dass mit einem schlechteren Abschluss hier jetzt ein vorrangiger Zugang in das Referendariat möglich wäre.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Frau Abgeordnete, Sie haben recht. Wenn man davon ausginge, dass der Bewerber vorher aus dem Referendariat in Niedersachsen ausschiede und sich dann neu bewerben würde, dann würde auch die Dreimonatsregel nicht gelten. Die Dreimonatsregel gilt nur, wenn man unter Anrechnung dieser drei Monate in Bremen das Referendariat weiterführen will. Wenn jemand ausscheidet, kann er sich wieder normal in das Verfahren in Bremen integrieren und kann auch ausgewählt werden, wenn die Noten das hergeben.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Liegen Ihnen Informationen vor, wie viele Fälle es in den letzten drei bis vier Jahren, also so lange Sie in Bremen tätig sind, diesbezüglich gegeben hat?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Ganz wenige, Frau Abgeordnete, weil diese Regelung gegriffen hat. Die meisten wollten sich gerade nicht neu bewerben, sie wollten nicht auf die Warteliste, wegen ihrer Noten, und haben dann, nachdem sie nachgefragt haben, davon Abstand genommen, weil sie entweder mit ihren Noten nicht zum Zuge gekommen wären oder aber, weil sie nicht neu beginnen wollten, sondern ihre Ausbildung in Bremen nach dem vierten, fünften, sechsten Semester fortsetzen wollten. Es hat genügend Anfragen gegeben, aber sie haben dann aus diesen Gründen davon Abstand genommen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Ich habe Sie richtig verstanden, dass in solch einem Fall, wie wir ihn gerade beschrieben haben, immer noch die Möglichkeit bliebe, aus dem Referendariatsverhältnis des heimischen Bundeslandes auszuschneiden, um über eine Neubewerbung unter Berücksichtigung der vorhandenen Noten zu versuchen, in Bremen einen Referendariatsplatz zu bekommen?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Selbstverständlich, Frau Abgeordnete! Noch eines hinzu: Es gibt natürlich Fälle, die

(C)

(B)

(D)

(A) Sie vorhin geschildert haben, es gibt Extremfälle. Auch dort wird man natürlich schauen, ob man diese drei Monate zwingend einhalten muss. Es darf nur nicht so sein, dass man sich über den Umweg von Doppelbewerbungen oder im Flächenland einen besonderen Vorteil verschafft. Das ist der Versuch von Hamburg und Bremen, unseren Referendaren in Bremen gerecht zu werden.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Wir kommen zur sechsten Anfrage, die die Überschrift trägt „**Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Öztürk, Frau Hoch, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Ehrenkodex der Bremer Sportjugend, der die Vorbeugung sexualisierter Gewalt fördern soll?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass die Sportvereine bisher auf Freiwilligkeit bei der Unterzeichnung des Ehrenkodexes setzen?

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt die Einführung eines Ehrenkodexes im Sport durch die Bremer Sportjugend. Der Ehrenkodex soll ein Problembewusstsein und eine Kultur des Hinsehens in den Sportvereinen und -verbänden schaffen. Er kann aber nur eine Maßnahme im Rahmen eines Gesamtkonzepts darstellen.

Zu Frage 2: Der Senat hält es für vertretbar, das Vorhaben in einem ersten Schritt auf freiwilliger Basis durchzuführen. Der Landessportbund erarbeitet derzeit weitere, dann verpflichtende Maßnahmen und Erklärungen. Diese sollen die Übungsleiterinnen und Übungsleiter in den Vereinen und Verbänden stärker als bisher in die Pflicht nehmen, dem Thema „sexualisierte Gewalt“ zu begegnen. Diese Absicht wird vom Senat ausdrücklich begrüßt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Abgeordnete Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, bis wann soll der Ehrenkodex verbindlich sein? Denn Sie sprachen davon, es handele sich um einen ersten Schritt, dem weitere folgten.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator! (C)

Senator Mäurer: Es ist so, wir respektieren die Autonomie des Sports, und wir setzen darauf, dass die Vereine die Ernsthaftigkeit dieses Themas sehen und dass sie von sich aus aktiv werden. Wir müssen sie dabei unterstützen und ihnen dazu auch fachlichen Rat geben, weil – wir wissen es alle – es ein ganz sensibles Thema ist, und es ist mit einem Appell nicht getan. Ich denke, dass in der weiteren Diskussion auch geschaut werden muss, wie schnell dies läuft, ob die Vereine von sich aus die Initiative ergreifen oder aber ob es notwendig ist, von staatlicher Seite aus einen etwas höheren Druck auszuüben. Wir haben heute die Möglichkeit, weil wir für die Übungsleiter Zuschüsse zahlen, durchaus zu sagen, wir zahlen nur dann, wenn wir oder die Vereine die Gewissheit haben, dass dies geschieht.

Das bedeutet, dass man auch durchaus daran denken kann, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis einzuführen. Der Vorteil dieser Regelung besteht darin, dass man dann auch Personen entdecken kann, die im Zusammenhang mit sexuellen Delikten schon einmal aufgefallen sind. Darum geht es. Ich weiß natürlich, dass es ganz schwierig ist. Wenn man im Verein einem verdienten Übungsleiter sagen muss, wir wollen von dir nach zehn Jahren noch einmal den Nachweis haben, dass das hier alles liebenswert ist und dass du mit Kindern gut umgehst, das ist schwierig. Ich denke aber, wir müssen dieses Thema ernst nehmen, und wir sollten das in einem vernünftigen Miteinander von staatlichem Einfluss und Sport angehen. (D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, das teile ich alles, was Sie sagen. Gibt es aber ein Datum, was anvisiert worden ist, bis wann eine Verbindlichkeit erzielt werden soll?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Nein, wir haben noch kein Datum, weil das eigentlich auch unserer Philosophie widersprechen würde. Wir wollen einmal schauen, wie in den nächsten Monaten dieses Thema in den Vereinen diskutiert wird. Ich bin eigentlich ganz guter Dinge, dass die meisten Vereine die Sensibilität und auch einfach die Vernunft haben, dass sie dieses Thema angehen müssen. Ich glaube, nachdem wir diese Diskussion im Zusammenhang mit den Kirchen hatten, kann der Sport sich diesem Thema nicht entziehen. Ich glaube, je schneller man dieses Thema angeht, desto besser für alle Beteiligten.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(A) Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt ja eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsressort und auch den Sportvereinen. Ich weiß gar nicht, ob Sie als Senator diese Vereinbarung auch mit unterzeichnet haben. Es kommen ja Trainer aus Sportvereinen in die Schulen, die als Lehrertrainer arbeiten, deswegen würde mich interessieren, welche Maßnahmen der Senat ergreift, damit Jugendliche in der Schule vor sexualisierter Gewalt weitreichend geschützt sind und es eben nicht bei einem Ehrenkodex verbleibt, sondern dass dort auch wirklich dafür Sorge getragen wird, dass niemand der vorbestraft ist – Sie haben es angesprochen – im Schuldienst als Lehrertrainer tätig ist.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, da darf es keine Unterschiede geben, ob ein hauptamtlicher Lehrer Sport unterrichtet oder ob jemand als Ehrenamtlicher aus dem Verein kommt. Den Nachweis, dass man nicht belastet ist, kann man in der Regel über ein polizeiliches Führungszeugnis führen. Das muss für beide Seiten gelten.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Schildt. – Bitte sehr!

(B) Abg. **Schildt** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass der Landessportbund Bremen in Bremen und Niedersachsen – Bremen ist gegenüber Niedersachsen im Vergleich sogar weiter – eine Broschüre zu der Thematik erarbeitet hat, die genau die Fragen meiner Kollegin aufgreift, dass es nicht nur um das Unterschreiben eines Papiers geht, sondern um ein nachhaltig verändertes Verhalten des Hinsehens. Ist Ihnen diese Initiative bekannt, und wie beurteilen Sie diese Kampagne?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Diese Initiative ist mir nicht nur bekannt, sondern diese Broschüre liegt auch nebenan auf meiner Bank, und ich habe vorher auch noch einmal hineingeschaut. Deswegen kann ich auch ganz entspannt sagen, dass wir da nicht gegeneinander arbeiten, sondern gemeinsam mit dem Landessportbund, ich glaube, sehr deutlich gesagt haben, dass dieses Thema in der Tat in den Vereinen diskutiert werden muss. Es ist in erster Linie natürlich wichtig für die Kinder, aber es ist auch für die Vereine und für ihre weitere Perspektive ganz entscheidend, dass die Eltern Vertrauen haben, wenn sie ihre Kinder dort abgeben, und wir wissen natürlich, es ist ein riesiges Vertrauen, das man damit verbindet, wenn man Kindern die Möglichkeit gibt, ins Trainingslager zu fahren. Das ist ein Freiraum, den man selten gewährt, und deswegen ist es umso wichtiger, dass die Vereine auch ihrer Verantwortung nachkommen, und ich

glaube, dass der Landessportbund dies auch gemeinsam mit den Vereinen voranbringt.

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Senator, teilen Sie meine Auffassung, dass diese Problematik, die wir jetzt in der Fragestunde diskutieren, nicht nur ein spezifisches Problem des Sports ist, sondern in alle Bereichen, wo Jugendliche mit Trainern, Sportlern, Kirchengemeinden, Sozialeinrichtungen zusammenkommen, dass es eigentlich ein viel breiteres gesellschaftliches Thema ist, das in allen Gesellschaftsgruppen, dort, wo Jugendliche für eine gewisse Zeit in Verantwortung gegeben werden, genauso nachhaltig wichtig ist, dass da das Gleiche getan wird wie in der Frage jetzt um den Bereich Sport? Teilen Sie diese Auffassung?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Es ist natürlich völlig klar, dass wir diese Risiken nicht nur im Sportbereich haben, sondern wir haben auch bereits das Thema Kirchen diskutiert. Wir sehen aber natürlich, bei der Polizei spricht man davon, dass man einfach Tatgelegenheiten hat. Das wissen wir natürlich. Das ist im Kindergarten der Fall, das ist in der Schule auch der Fall. Überall da, wo es im Sportbereich zu körperlichen Kontakten kommt, die im Training dazugehören, ist das natürlich auch potenziell ein Feld für Pädophile, die diese Gelegenheit nutzen und die sich da im Schutze des Sports betätigen, und deswegen ist es umso wichtiger, dass wir genau hinschauen.

(D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Schildt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schildt** (SPD): Ist Ihnen auch bekannt, dass die Sportvereine – das kann ich aus Bremerhaven sagen –, die für Jugendarbeit tätig sind, schon das erweiterte Führungszeugnis nachweisen müssen? Also da, wo Sportvereine im anerkannten Bewegungskindergarten Übungsleiter einsetzen, ist vom Amt für Jugend und Familie darauf hingewiesen, nach den entsprechenden Verordnungen des Bundes, dass das erweiterte Führungszeugnis nachgewiesen wird, also genau von denen, die für das Jugendamt tätig sind. Im Schulbereich ist es, glaube ich, noch nicht so weit. Ist Ihnen das auch bekannt?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, ich weiß, dass es das gibt, und ich glaube, dass Bremen da auch von Bremerhaven lernen kann.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Hoch! – Bitte sehr!

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, sind Sie auch mit mir einer Meinung, dass es nicht nur dabei bleiben kann, dieses Thema zu diskutieren, sondern dass es gerade bei diesem Thema, gerade auch für die Sensibilität notwendig ist, hier auch Fortbildungsangebote anzubieten? Ich erinnere zum Beispiel an die Möglichkeiten, die es hier gibt, diese Fortbildungen von Institutionen machen zu lassen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja! Ich glaube, es liegt auf der Hand. Man erkennt die Täter von außen nicht, und deswegen ist es natürlich umso wichtiger, dass man professionelle Hilfe leistet, das heißt, dass Schulungsmaßnahmen angeboten werden, damit die Vereine von sich aus auch die geeigneten sensiblen Maßnahmen treffen, weil man sie nicht allein lassen darf. Das ist ein Hauptproblem, dass sie alle guten Willens sind, aber es ist natürlich ganz schwierig, so etwas dann auch zu diskutieren, in der Praxis mit den Mitgliedern umzusetzen, und das ist nur so möglich, wie Sie es beschrieben haben. Das bedarf einer intensiven Präventionsarbeit, Begleitung und Schulung, nur so können wir dort Fortschritte erzielen.

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Besonders vor dem Hintergrund, dass gerade eine Kampagne in den Bremer Bädern läuft, darüber sind wir auch ganz froh, wir haben uns diese Kampagne auch im Gleichstellungsausschuss vorstellen lassen: Es ist ja oft so, dass es nicht nur zu körperlichem Kontakt kommt, sondern es hat dort jemand dargestellt, dass sozusagen die Bäder für Pädophile eine Tankstelle sind – so hat das derjenige bezeichnet –, eben durch sehen, schauen, diese Sachen, sich dadurch sozusagen vollzusehen. Wenn man so etwas nicht weiß, dass die Leute auch so unterwegs sind, ist es, denke ich, umso wichtiger, dort Fortbildungskampagnen zu machen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Dem kann ich mich nur anschließen!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf die „**Nutzung sozialer Netzwerke durch die Polizei**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Timke.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Timke!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

(C)

Erstens: Werden soziale Netzwerke, wie zum Beispiel Facebook oder MeinVZ, durch die Polizeibehörden in Bremen und Bremerhaven insbesondere im Rahmen von Personen- oder Sachfahndungen genutzt?

Zweitens: Teilt der Senat die Auffassung der Bürger in Wut, dass eine polizeiliche Nutzung von sozialen Netzwerken die Effektivität und Effizienz bei der Kriminalitätsbekämpfung erhöhen kann?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ja!

Zu Frage 2: Die Notwendigkeit von Ermittlungen in sozialen Netzwerken wird im jeweiligen Einzelfall geprüft. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, Sie haben gesagt, die Polizei nutze Facebook für Personen- und Sachfahndungen. Dann hätte ich gern gewusst, seit wann und welche Erfolge Sie da erzielt haben. Können Sie darüber etwas sagen?

(D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich vermute, man nutzt dieses Medium, seitdem es das gibt. Ich kann mir auch die Frage gar nicht so recht erklären. Wenn Sie einen Bankräuber suchen, und Sie kennen die Person, und Sie finden dann auch noch Hinweise, dass er über Facebook verfügt, was ist naheliegender, als einmal in seinen Bekanntenkreis hineinzuschauen, um möglicherweise herauszufinden, wo er sich aufhält? Insofern bin ich überrascht, dass der Senat einem Polizeibeamten diese Fragen beantworten muss.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Timke, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Herr Senator, das heißt also, die Polizei Bremen und möglicherweise Bremerhaven – Sie haben es ja für beide beantwortet – haben Seiten auf Facebook, und dort werden Fahndungsmaßnahmen eingestellt? Habe ich Sie da richtig verstanden? Das war nämlich meine Frage.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das heißt, wenn ein konkretes Ermittlungsverfahren ansteht und es Hinweise gibt, dass

(A) man in Facebook suchen sollte, dann wird dies natürlich getan.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Timke, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Mir geht es darum, Herr Innenminister, dass seit Februar 2011 die Polizei in Hannover eine eigene Seite bei Facebook hat, und darauf zielte meine Frage ab. Es geht nicht darum, dass Polizeibeamte, und deswegen müssen Sie mir das auch nicht erklären, bei Facebook nachschauen, sondern ob die Polizei in Bremen und Bremerhaven mit einer Seite ausgestattet ist, auf der Fahndungsmaßnahmen, wie auf der Hauptseite der Polizei Bremen, veröffentlicht werden. Darauf hätte ich gern eine Antwort.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Wir haben bisher keine Facebookseite, und bevor wir so etwas machen, muss man mir erst einmal den Sinn dieser Maßnahme erläutern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter Timke, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Die Polizei in Hannover, das hatte ich gesagt, ist ja schon seit Februar 2011 auf dem Portal Facebook verzeichnet und stellt dort Zeugenaufrufe und Fahndungsmaßnahmen ein. Haben Sie sich einmal gefragt, ob man so etwas hier in Bremen und Bremerhaven machen könnte, indem Sie dort einmal nachfragen, wie denn die Erfolgsquote in den letzten zwei Monaten war?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich bin ja durchaus lernfähig und nehme die heutige Debatte zum Anlass, um auch mit dem Polizeipräsidenten einmal darüber zu sprechen, welche Erfahrungen inzwischen aus Hannover vorliegen und ob diese bei der Fahndung zu einer Verbesserung beitragen oder nicht. Ich kann das heute so nicht aus dem Stand beantworten.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Timke, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Ihnen dürfte bekannt sein, dass Facebook bundesweit an Bedeutung gewinnt. Mittlerweile sind 60 Millionen deutsche Nutzer bei Facebook registriert, in Bremen sind es allein 148 000.

Glauben Sie nicht, dass es allein aufgrund dieser Vernetzungsstruktur schon sinnvoll wäre, diese Menschen in die Fahndungsmaßnahmen der Polizei mit einzubinden?

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Wir lassen das überprüfen, aber die Zahlen zeigen natürlich,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Zahlen stimmen nicht!)

dass wir es hier mit einem sehr ernsthaften Thema zu tun haben. Ob das nun wirklich gut ist, dass sich da alle bei Facebook einstellen, das ist eine ganz andere Frage. Ich sehe nur, dass mit diesem Medium natürlich auch wieder ganz neue Möglichkeiten entwickelt worden sind, um auch kriminelle Taten zu begehen. Wenn man bisher Stalking und Mobbing immer nur in einer direkten Beziehung hatte, wo eine Person attackiert worden ist, so sieht man jetzt, dass Stalker in der Lage sind, den gesamten Freundeskreis zu bedenken. Das zeigt auch, dass dieses Medium riesige Probleme mit sich bringt, und darauf werden wir eingehen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Timke, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(D)

Abg. **Timke** (BIW): Nur eine Anmerkung! Herr Senator, Ihr letztes Statement hatte nichts mit Facebook und der Polizei zu tun. – Danke schön!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Rechts- und Linksextremismus**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hinners, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Konsequenzen folgen aus der Äußerung von Frau Senatorin Rosenkötter am 23. Februar 2011 im Zuge der Beantwortung einer Frage für die Fragestunde in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), dass der Rechts- und Linksextremismus für den Senat bei der Bewertung nicht gleich ist?

Zweitens: Welche Auswirkung hat diese Äußerung auf die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz und der Polizei sowie auf die Beobachtung des Extremismus und die Verfolgung von Straftaten?

Drittens: Welche Auswirkungen hat diese Äußerung auf die Präventionsarbeit?

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat lehnt links- und rechtsextremistische Aktivitäten gleichermaßen ab. Allerdings sind bei ihrer Bekämpfung die unterschiedlichen Erscheinungsformen zu betrachten. Außerdem ist zu analysieren, aus welchen Motiven sich Menschen an extremistischen Aktivitäten beteiligen. Nur so lassen sich wirksame Gegen- und Präventionsmaßnahmen entwickeln. Insofern sind Rechts- und Linksextremismus nicht gleichzusetzen.

Zu Frage 2: Die Äußerung hat keine Auswirkungen auf die Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz oder die Arbeit der Polizei.

Zu Frage 3: Mit ihrer Äußerung hat Frau Senatorin Rosenkötter unterstrichen, dass Präventionsarbeit nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die unterschiedlichen Erscheinungsformen extremistischer Bestrebungen berücksichtigt. – Soweit die Antwort des Senats!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter Hinners, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Wie bewertet denn der Senat die Tatsache, dass es in anderen Bundesländern diese Differenzierung zwischen Rechts- und Linksextremismus nicht gibt?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das finde ich gut so, weil wir in der Tat – wir haben das auch diskutiert vor inzwischen drei Jahren – DIE LINKE nicht observieren. Das ist auch ein Beitrag zur Klärung, warum bei uns Rechtsextremismus und Linksextremismus nicht das Gleiche ist, und ich glaube, wir fahren mit dieser Linie gut.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Was?)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir sind etwas ratlos!)

Abg. **Hinners** (CDU): Sie werden mir doch noch gestatten, darüber nachzudenken, was der Senator gerade eben gesagt hat?

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Besser aber, der Senator würde darüber nachdenken!)

Herr Senator, wie beurteilen Sie denn die Gefahr, dass die Nichtgleichbewertung und Nichtgleichbehandlung dieser beiden Extremismusarten erst die Gefahr hervorruft, dass der Rechtsextremismus dadurch stärker wird?

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das halte ich für absurd!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden uns mit dem Rechtsextremismus am 1. Mai hier in Bremen auseinandersetzen, und die Bürgerschaft hat hier ein sehr klares Plädoyer abgegeben und aufgefordert, diesem Treiben deutlich Widerstand entgegenzusetzen. Deswegen verstehe ich den Sinn Ihrer Frage nicht!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Ich würde gern ganz kurz einmal den Sinn meiner Frage erklären, damit der Senator weiß, wie ich die Frage gemeint habe! Es ist doch ganz klar: Wenn Sie diese beiden Extremismusarten nicht gleich bewerten, dann rufen Sie doch durch diesen Hinweis geradezu auf, dass die Menschen sich für den Rechtsextremismus stärker interessieren. Dass Sie das als absurd bezeichnen: Es gibt Beispiele aus Holland, denen können Sie sich ja nicht verschließen!

(D)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, wir können diese Grundsatzdebatte endlos weiter fortführen, wir kommen dort zu keinem gemeinsamen Ergebnis. In der historischen Betrachtung der Entwicklung Deutschlands und der Bundesrepublik zu sagen, es ist alles egal, ob links, ob rechts, das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich habe gerade heute eine Einladung an Sie zur Eröffnung unserer Polizeiausstellung unterschrieben. Ich glaube, wer sieht, was nach 1933 in diesem Land passiert ist, kann nicht ernsthaft die Auffassung weiter aufrecht erhalten, dass dies alles völlig identisch sei und links und rechts nur die beiden Seiten einer Medaille seien. Dort sieht man durchaus, wo die historischen Wurzeln liegen, und die passen nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Es geht aber um die heutige Bewertung!)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter, haben Sie noch eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Sie wissen aber schon, dass es um die Bewertung heute geht?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja! Sie wissen auch, dass diese Entwicklung nicht losgelöst gesehen werden kann, sondern die Probleme, die wir heute haben, lassen sich weit in unsere historische Vergangenheit zurückverfolgen.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Auswirkungen der Hartz-IV-Reform**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Bartels, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Bensch!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den am 25. Februar 2011 im Bundesrat verabschiedeten Hartz-IV-Kompromiss?

(B) Zweitens: Welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Senat aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für das Land und seine Städte?

Drittens: Welche finanziellen Entlastungen entstehen für Bremerhaven und Bremen durch die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Rahmen des Kompromisses konnten die Grundlagen für mehr Unterstützungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im Bereich Bildung und Teilhabe geschaffen werden. Der Bund wird sich in erheblichem Maße an den Kosten der Länder und Kommunen im Bereich Bildung und Teilhabe und in Zukunft auch in stärkerem Maße an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beteiligen. Allerdings konnten nicht alle Befürchtungen des Senats ausgeräumt werden, dass der gefundene Kompromiss eventuell doch nicht in allen Punkten den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Urteil vom 9. Februar 2010 gerecht werden könnte.

Zu Frage 2: Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sind antragsabhängig. Da nicht absehbar ist, in welchem Umfang Anträge auf die einzel-

nen weiteren Leistungen gestellt werden, können die finanziellen Auswirkungen derzeit nur annähernd geschätzt werden. Abgeleitet aus den Daten des Bundes, die den Beratungen im Vermittlungsausschuss zugrunde lagen, ist mit Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket, ohne die Kosten für Schulsozialarbeit, Hortessen, Verwaltungs- und Warmwasserkosten, in der Stadtgemeinde Bremen in Höhe von bis zu 19,3 Millionen Euro und in der Stadtgemeinde Bremerhaven in Höhe von bis zu 5,4 Millionen Euro zu rechnen.

Der Bund beteiligt sich lediglich an den Kosten, die den Kommunen für den Bereich Bildung und Teilhabe nach SGB II beziehungsweise Bundeskindergeldgesetz für Kinder mit Kinderzuschlag oder Wohngeldbezug entstehen. Eine Kostenbeteiligung des Bundes an den entsprechenden Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz konnte im Vermittlungsverfahren nicht erreicht werden. Durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben der Kosten der Unterkunft werden insgesamt für die Stadtgemeinde Bremen 19,9 Millionen Euro und für Bremerhaven 4,9 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2013 erfolgt eine Neuberechnung.

Zu Frage 3: Bestandteil des ausgehandelten Kompromisses ist die Zusage des Bundes, die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise bis zum Jahr 2014 vollständig zu übernehmen. Eine entsprechende Gesetzesänderung liegt noch nicht vor. Die Übernahme der Kosten war bereits Gegenstand der Erörterungen der Gemeindefinanzkommission zum Ausgleich der wachsenden Belastungen der Kommunen. Zur Kompensation der den Kommunen für das Bildungs- und Teilhabepaket entstehenden Kosten ist der Erstattungsanteil bei den Kosten der Unterkunft angehoben worden. An den Ausgaben des Landes Bremen für die Grundsicherung im Alter in Höhe von 64 Millionen Euro im Jahr 2010 hat sich der Bund mit rund acht Millionen Euro beteiligt. Bei Umsetzung der oben genannten Bundesbeteiligung würden Bremerhaven und Bremen ab 2014 hiervon vollständig entlastet werden. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, haben Sie noch eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Herr Staatsrat, Sie sprachen am Anfang Ihrer Ausführungen davon, dass Sie zumindest teilweise der Auffassung sind, dass der unter Vorsitz von Bürgermeister Böhrnsen im Vermittlungsausschuss des Bundesrats erzielte Kompromiss verfassungswidrig sei. Hierzu ist meine Frage: Hat es denn eine rechtsförmliche Prüfung des Justizresorts gegeben und wenn ja, was war das Ergebnis?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

(C)

(D)

(A) **Staatsrat Dr. Schuster:** Ich habe für den Senat nicht ausgeführt, dass wir der Überzeugung sind, dass einzelne Punkte nicht verfassungskonform sind, sondern ich habe gesagt, dass nicht alle Befürchtungen ausgeräumt werden konnten. Das wird gegebenenfalls im Laufe des Prozesses durch Gerichte zu überprüfen sein. Insofern ist damit, glaube ich, die Position des Senats hinreichend beschrieben.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Ich versuche etwas präziser nachzufragen: Hat es überhaupt vor dem Abstimmungsverhalten des Bundeslandes Bremen eine rechtmäßige Prüfung des Justizressorts gegeben, und wenn ja, wie war dieses Ergebnis?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Da es kein eigenes Gesetz von uns ist, haben wir keine rechtsförmliche Prüfung des Gesetzes vorgenommen. Das muss der Bund leisten.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Frehe, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, sind Ihnen die Bedenken bei der Berechnung des Regelsatzes der Verbände gegenüber der Verfassungsmäßigkeit bekannt?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Die sind uns bekannt. Das sind auch die Punkte, bei denen wir nicht sicher sind, ob das am Ende, falls jemand klagt, vor dem Verfassungsgericht Bestand haben wird.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Einsatz von Anti-Schummel-Software an Bremer Hochschulen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Ella, Dr. Möllenstädt und Gruppe der FDP.

Bitte, Herr Abgeordneter Ella!

Abg. **Ella** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sogenannte Anti-Schummel-Software systematisch eingesetzt, um gefälschte wissenschaftliche Arbeiten zu entdecken?

Zweitens: Unterstützt der Senat die Absicht, durch den Einsatz solcher Programme die Qualität der akademischen Ausbildung und die Integrität akademischer Titel zu schützen?

Drittens: Welche Anstrengungen zur Plagiatsdetektion und -prävention werden darüber hinaus an den bremischen Hochschulen vorgenommen, und für wie ausreichend hält sie der Senat?

(C)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Staatsrat Othmer.

Staatsrat Othmer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Plagiatsdetektionssoftware kommt in den staatlichen Bremer Hochschulen nicht flächendeckend zum Einsatz. In einzelnen Fachbereichen und Fakultäten werden Softwarelösungen zur Plagiatserkennung eingesetzt. Zum Teil macht der Einsatz einer solchen Software aufgrund der Art der Prüfungen beziehungsweise der Prüfungsinhalte keinen Sinn.

Zu Frage 2: Der Senat hält es für unabdingbar, die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung sicherzustellen und entsprechend auch die Integrität akademischer Titel zu schützen. Die Wahl der dafür erforderlichen Mittel steht im pflichtgemäßen Ermessen der Hochschulen und darf sich nicht im Einsatz von dafür entwickelter Software erschöpfen. Diese kann keine hundertprozentige Sicherheit bieten. Viele Programme finden nur exakt kopierte Stellen. Schon bei minimaler Veränderung der kopierten Stellen kann dies bedeuten, dass der Einsatz dieser Programme daher nicht zum gewünschten Erfolg führt.

(D)

Zu Frage 3: Die Hochschulen haben darüber hinaus Vorkehrungen in ihren Prüfungsordnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge getroffen. Werden danach Arbeiten Dritter oder Teile daraus ohne oder mit irreführender Quellenangabe übernommen, Plagiat, wird dies als Täuschungsversuch gewertet. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht bestanden und muss wiederholt werden. Studierende, die wiederholt oder in besonders schwerwiegender Weise einen Täuschungsversuch begehen, werden in der Regel exmatrikuliert. Der Sorgfalt und peniblen und kritischen Lektüre und Durchsicht der akademischen Prüfungsaufgaben und -arbeiten durch die Lehrenden und Prüfenden kommt nach Auffassung des Senats beim Unterbinden von Plagiaten und Täuschungen eine wichtige Rolle zu. Entsprechend ist dies als Verpflichtung aller Lehrenden in Paragraph 7 a BremHG verankert worden. Das heißt, die Lehrenden sind gehalten, Studierenden die Grundsätze redlichen wissenschaftlichen Arbeitens nachdrücklich zu vermitteln. – Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter Ella, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Ella** (FDP): Ist nach den jüngsten Ereignissen beabsichtigt, am bisherigen Verhalten etwas zu verändern?

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Sie meinen die Causa zu Guttenberg?

(Abg. E l l a [FDP]: Richtig!)

Ich wollte mich nur vergewissern, dass gerade Sie diese Frage stellen. Es gibt eine Initiative der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, in der der Vorsitzende, Prof. Dr. Zöllner, mit der Hochschulrektorenkonferenz darüber beraten will, ob es darüber hinaus Notwendigkeiten geben wird. Ich glaube grundsätzlich, dass es aus meiner Sicht nicht erforderlich ist, denn normalerweise ist die Betreuung durch die Doktorväter so sichergestellt,

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Und Mütter!)

dass es solche Auswüchse nicht gibt. Insbesondere wird es kaum Situationen geben, in denen jemand seine eigene Doktorarbeit am Wochenende noch einmal lesen muss, bevor er sich dazu äußern kann.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Frau Böschen, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Vor dem Hintergrund Ihrer Äußerungen, Herr Staatsrat, habe ich noch eine Nachfrage. Sie haben erläutert, wie die Hochschulen damit umgehen, und ich finde, dass es der Angelegenheit sehr angemessen ist. Teilen Sie in diesem Zusammenhang die Einschätzung einiger Menschen, dass es sich in Bezug auf solche Täuschungsvergehen um ein Kavaliersdelikt handelt, dem man eigentlich nicht so einen Wert beimessen dürfe, wie es in der Person von Herrn zu Guttenberg geschehen ist?

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Frau Abgeordnete, ich habe in Erinnerung, dass man bei solchen Arbeiten wie Examensarbeiten, aber auch Doktorarbeiten, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben hat, dass man sie selbst angefertigt hat. Eine fälschlich abgegebene eidesstattliche Versicherung ist ein Straftatbestand. Daher kann von einem Kavaliersdelikt keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Sie haben eine weitere Zusatzfrage, Herr Dr. Möllenstädt? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Das Thema ist ja nicht uninteressant. Herr Staatsrat, inwiefern ist Ihnen bekannt, ob es eine Praxis an Bremer Hochschulen gibt, regelmäßig möglicherweise auch Jahre zurückliegend

angefertigte Arbeiten einer Überprüfung in den Fachbereichen zu unterziehen?

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wir haben nicht so viele Adelige!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Herr Abgeordneter, es ist mir keine Regel bekannt, nach welchen Kriterien auch zurückliegende Arbeiten durchgesehen werden, aber Personen des öffentlichen Lebens müssen damit leben, dass man sich dafür interessiert und man sich so etwas anschaut, jedenfalls anders als bei anderen. Ich weiß nicht, aber ich glaube, ich kann Ihnen vergewissern, dass im Moment niemand dabei ist, bei Ihnen nachzuschauen.

(Abg. D r . M ö l l e n s t ä d t [FDP]: Ich hatte das auch nicht aus eigener Betroffenheit gefragt!)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Wir sind am Ende der Fragestunde angekommen. Derweil sind ziemlich exakt 60 Minuten um, und das bedeutet, dass ich damit jetzt die Landtagssitzung unterbreche und wir um 14.45 Uhr fortfahren.

(Unterbrechung der Sitzung 13.13 Uhr)

★

(B)

(D)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.45 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Studenten der Hochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, und Mitglieder des Sportverein TURA Bremen. Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Wir setzen die Tagesordnung fort.

Netzausbau vorantreiben

Antrag der Gruppe der FDP
vom 16. März 2011
(Drucksache 17/1695)

Wir verbinden hiermit:

Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. März 2011
(Drucksache 17/1697)

s o w i e

(A) Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 1. April 2011
(Drucksache 17/1726)

s o w i e

Energiewende mit Augenmaß

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU
vom 5. April 2011
(Drucksache 17/1740)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Zuerst rufe ich den Kollegen Dr. Buhlert auf.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir ganz allgemein sprechen würden, bestünde schnell Einigkeit. Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie möglich. Doch diese Einigkeit ist trügerisch,

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

(B) denn die Frage ist: Was heißt „so schnell wie möglich“, was versteht man darunter, und was hält man auch angesichts der Gefahren, die uns in Japan noch einmal so deutlich vor Augen geführt worden sind, für verantwortbar?

Wir als FDP in der Bremischen Bürgerschaft haben immer wieder deutlich gemacht, dass wir Kernenergie für eine Energieform von gestern für heute und morgen halten, aber nicht für übermorgen, und die Frage gestellt, wie man dorthin kommen kann und auf welchem Weg, wie man das leisten kann. In der Tat wurde uns dann immer wieder vorgehalten, wir würden vieles nicht richtig bewerten und nicht richtig sehen. Angesichts der Katastrophe in Japan muss man bedenken, welche Folgerungen aus Fukushima gezogen werden können und welche Überlegungen angestellt werden müssen.

Man muss zugleich sagen, auch wenn der Atomkonsens, so wie er damals von Rot-Grün beschlossen worden ist, noch in Kraft wäre, würde das nicht heißen, dass heute kein Kernkraftwerk mehr läuft, sondern es würden immer noch Anlagen laufen. Allerdings ist damals bis heute eines versäumt worden, und dabei bleibe ich! Es ist versäumt worden, dafür zu sorgen, dass diese politisch wünschenswerte Sache, nämlich irgendwann auf Kernenergie verzichtet zu können, auch realistisch umgesetzt werden kann. In der Tat muss man hierfür einige Weichen stellen. Die Fragen, die sich stellen, sind Fragen nach Speichertechnologien, nach höherer Energieeffizienz,

nach Einsatz von erneuerbaren Energien, nach Abbau von Stand-by-Schaltungen und natürlich nach Ausbau des Netzes. Insofern muss man doch fragen, wie man das erreichen kann. Wenn man Klimaschutz ernst nimmt, kann es auf der einen Seite nicht sein, dass wir Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke dafür länger nutzen, und es kann auf der anderen Seite auch nicht sein, dass wir Energie aus Frankreich und Tschechien importieren und damit dafür sorgen, dass die Kernkraftwerke beispielsweise in Temelin gut ausgelastet sind.

(Beifall bei der FDP)

Das ist sicherheitstechnisch Augenwischerei!

Auf der anderen Seite, muss man auch schlichtweg sagen, ist das volkswirtschaftlich dann auch eine Problematik, denn natürlich hat unser Energiepreis – Energiepreise sind die Brotpreise unseres Jahrhunderts – Auswirkungen auf das, was hier volkswirtschaftlich geschieht, was sich am Ende sogar bis in unsere Leistungsbilanz auswirken wird, denn hohe Energiepreise werden dazu führen, dass Produkte teurer werden, dass das Leben teurer wird. Das trifft vielleicht nicht Leute, die viel verdienen, aber es trifft jeden Hartz-IV-Empfänger, der natürlich am Ende mehr für den Strom bezahlen muss, den er bezieht, und darauf wird er auch in Zukunft nicht in dem Maße verzichten können.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden also diskutieren müssen, und deswegen begrüßen wir, dass es dieses Moratorium gibt, was ist realistisch, wie sind die Risiken neu zu bewerten, und wie können wir dann ein realistisches Ausstiegsszenario hinbekommen? Angesichts der Katastrophen, die wir in Japan sehen, die jeder sehen kann, muss man sich dabei auch fragen, wie schnell es gelingen kann, Kernkraftwerke abzustellen. Ich bin aber nicht der Meinung, dass das morgen gelingen wird, sondern noch einige Zeit braucht.

(Abg. **Frau Dr. S c h a e f e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie lange denn?)

Damit diese Zeit nicht so lang ist, kann man das kürzer organisieren als das, was die Bundesregierung im Herbst letzten Jahres vorgeschlagen hat. Dann muss man aber so ehrlich sein und den Menschen sagen, das hat Auswirkungen auf die Strompreise, und es setzt voraus, die Blockadehaltung zu überdenken, dass auch gerade die Grünen die Blockadehaltung überdenken, wenn es darum geht, Täler zu nutzen, um Speichertechnologien zu machen,

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Behauptet er gern, ist aber Quatsch!)

dass auch Blockadehaltungen überdacht werden, die es gegen den Netzausbau gibt, dass dort geschaut

(C)

(D)

(A) wird, dass wir das vorantreiben, denn beim Netzausbau gibt es ganz viele Menschen, die vor Ort sagen, wir wollen diese Stromleitungen nicht bei uns haben. Das kann man verstehen. Es wird an vielen Stellen nicht ohne unterirdische Leitungen gehen, das ist teuer, aber das muss man dann den Menschen auch ehrlich sagen, diskutieren und dafür einen ausgewogenen Prozess schaffen, der sagt, wir können euch die günstige Energie nicht sicherstellen. Wenn ihr als Bevölkerung einen schnelleren Ausstieg wollt, dann müsst ihr auch bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen, und das ist ein volkswirtschaftlich nicht geringer Preis, das muss man den Menschen dann auch so ehrlich sagen. Dafür die Zeit zu nutzen, ist redlich und ehrlich, und deswegen unterstützen wir das Moratorium. Andererseits fordern wir in unserem Antrag einen beschleunigten Netzausbau. Dort ist Etlliches möglich, damit der Ausstieg schneller passieren kann.

Senator Dr. Loske hat ja den guten Vorschlag gemacht, man möge doch mehr Offshore-Windkraftanlagen aufbauen. Ja, wenn man das tut, muss man sie aber bekommen, die Produktionskapazitäten ausweiten und so weiter. Das kann man alles tun, dann muss dieser Windstrom aber auch bis Süddeutschland transportiert werden können. Dafür fehlen rund 3500 Kilometer im Übertragungsnetz. Dann muss man doch schlichtweg sagen, das muss schnell gebaut werden, und wenn man das nicht innerhalb kürzester Zeit hinkommt, kann man dort nicht darauf verzichten oder muss, wie jetzt, Importe haben in Höhe von 2 500 Megawatt. Das kann doch nicht Sinn und Zweck des ganzen Unterfangens sein.

(B) Man muss den Menschen auch sagen: Ihr braucht eine ganze Menge mehr Windkraftanlagen, Offshore mag euch nicht so stören, aber auch ohne Windkraftanlagen Onshore wird das nicht gehen! Wenn Sie einmal realistisch rechnen, brauchen Sie pro einem Megawatt eines Kernkraftwerks fünf Megawatt Windkraftleistung installiert, weil die Verfügbarkeit eine ganz andere ist. Dann brauchen Sie noch eine Speichertechnologie, um die Verfügbarkeit sicherzustellen, denn die Verfügbarkeit ist ungefähr ein Fünftel – 1 500 Stunden zu 7 500 Stunden – eines Kernkraftwerks.

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Guidos Märchenstunde hier, oder was?)

Wenn man das also im Kopf hat, weiß man, dass man ungefähr bei den leistungsstarken Windkraftanlagen pro Kernkraftwerk weit mehr als 1 000 Windkraftanlagen aufstellen muss. Die stellen Sie nicht einmal eben so hin! In ganz Bremen stehen keine 100 Anlagen. Insofern muss man doch realistisch sein und den Leuten sagen, welche Perspektiven das hat. Wir brauchen also Speicher, wir können auch Stromkabel aus Norwegen hierher bekommen, damit wir dort die Speicherkapazitäten nutzen können, aber wir brauchen es.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann auch einmal sagen, man hat sich geirrt mit der Kernkraft, Herr Dr. Buhlert!)

(C)

Dann will ich zu den anderen Vorschlägen kommen, und warum ich auch der Meinung bin, dass wir dieses Moratorium realistisch brauchen. Wir müssen überlegen, welche Sicherheitsmaßnahmen tatsächlich noch notwendig sind und getroffen werden müssen. Da gibt es leider nach jeder Katastrophe Dinge, die überlegt werden müssen. Wir müssen darüber diskutieren, wie das mit der Nachwärmeabfuhr und wie es mit Notstromaggregaten aussieht. Wie sieht es mit Möglichkeiten aus, Notstromaggregate irgendwohin zu schaffen, wenn sie versagen? Wie sieht es mit Wasserauffangmöglichkeiten aus? Das ist ja eines der Probleme, die wir gerade sehen, dass dort schwach radioaktives Wasser in den Pazifik gepumpt wird, um das stärker verseuchte Wasser auffangen zu können. Eine grauenvolle Vorstellung!

Wie sieht es mit genügend Süßwasservorräten in der Nähe aus, denn Kühlung mit Meerwasser, das hat wohl jeder gelernt, führt zu Salzkrusten, das kann es auch nicht sein! Das ist eine Frage, die wir hier eher in Norddeutschland haben als bei den süddeutschen Kraftwerken. Sicherlich gibt es auch Fragen der Geologie, die neu gestellt werden können. Ich glaube aber, dass diese Probleme, die zu den Ausfällen in Fukushima geführt haben, nämlich ein Tsunami mit einem Erdbeben der Stärke neun, hier an den Standorten nicht so gegeben sind. Auch da muss man aber schauen, wie die Auslegung ist, ob unsere Erwartungen realistisch gewesen sind. Das muss man überlegen.

(D)

Man muss überlegen, wie es mit den Druckentlastungsstrecken aussieht. Gibt es da Gefahren für Wasserstoffexplosionen? Ist diese Wasserstoffexplosionsgefahr, die wir ja alle im Fernseher live verfolgen konnten, gegeben, und kann man diese reduzieren? Auch da gilt es, neu nachzudenken. Man muss über Schadenskombinationen nachdenken, und man muss in der Tat noch einmal darüber nachdenken, ob die Betreiber zuverlässig sind. Ich glaube nicht, dass wir einen so unzuverlässigen Betreiber haben wie die Japaner.

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wenigstens fängt die FDP endlich an nachzudenken, das ist ja schon einmal etwas!)

Wir müssen aber nachschauen, was das Ganze denn heißt.

Am Ende werden wir wieder diskutieren müssen und weiter diskutieren müssen, wie wir denn zu Entsorgungsmöglichkeiten kommen. Es ist in der Tat – es wird auch in der Debatte wieder genannt werden – die Entsorgungsfrage nicht geklärt. Sie muss geklärt werden, aber dass sie immer noch nicht geklärt

(A) ist, liegt zu einem guten Teil daran, dass der rot-grüne Atomkonsens dazu geführt hat, dass diese Frage zehn Jahre nicht bearbeitet worden ist, und das war sträflich.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Ich würde mich jetzt schon ein bisschen schämen! – Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Halten Sie es doch einmal wie Herr Brüderle mit der Ehrlichkeit!)

Ich bitte abschließend noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag! Es besteht seit langer Zeit Einigkeit, dass Kernkraftwerke so schnell wie möglich durch den Einsatz von regenerativen Energien und vermehrter Anstrengung beim Energiesparen ersetzt werden sollen. Allerdings besteht nach wie vor ein Streit darüber, was realistisch möglich ist. Ich sage, Sie versprechen den Menschen hier auf ihren Wahlplakaten und in Ihren Reden Dinge, die unrealistisch sind. Seien Sie redlich, und sagen Sie den Menschen, dass das, was Sie wollen, nur mit höheren Kosten zu finanzieren ist! Dann müssen wir dafür sorgen, dass es dazu kommt, dass hier dann politisch entschieden wird, welche Risiken tragbar sind. Wir haben da eine Debatte,

(Glocke)

(B) und die können wir offen führen. Streuen Sie aber bitte den Leuten nicht weiter Sand in die Augen! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Zuruf vom Bündnis 90/ Die Grünen: Das sagt der Richtige!)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich den Freundeskreis Kultur und Tradition und Mitarbeiter des Café Blocksberg begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen in unserem Haus!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Möglicherweise sollten wir auch in dieser Debatte ein Stück weit an den Beginn der heutigen Tagesordnung anknüpfen. Wir haben völlig berechtigt der betroffenen Opfer und vielen Menschen in Not in Japan, in Fukushima, gedacht. Ich würde es begrüßen, wenn wir die Debatte mit dem Ziel führen, wie man am schnellsten aus der Atomkraft aussteigen kann, und eher weniger, wer recht gehabt und es schon immer gewusst hat.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Unter dem Eindruck der Ereignisse – und das betrifft mich ein Stück weit persönlich, weil ich in solchen Zusammenhängen in Kraftwerken, in großen technischen Anlagen als Ingenieur und Elektriker gearbeitet habe – gilt deswegen mein Mitgefühl vor allen Dingen den Menschen, die dort versuchen, die Lage in den Griff zu bekommen. Das schmälert das andere nicht, aber ich habe eine ungefähre Idee, wie es denen gerade geht. Das ist für mich sehr bedrückend, insbesondere wenn es darum geht, das eigene Leben einzusetzen, um das Leben anderer zu schützen mit der Chance auf einen schleichenden Tod in naher Zukunft. Das sind Dinge, die ich mir nicht vorzustellen wage. Das sind auch die Gründe, warum ich diese Debatte eigentlich mit dem Ziel führen würde, möglicherweise das zusammenzuführen, was es an Anträgen gibt.

Wir haben unter dem Eindruck der Ereignisse einen Antrag gestellt: Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt! Wir erwarten vom Senat – das ist auch in den anderen Anträgen oder im Antrag von SPD und Grünen –, dass es Initiativen gibt zur Rücknahme der Laufzeitverlängerung. Ich weiß, dass es eine Bundesratsinitiative gegeben hat, möglicherweise kann man sie erneuern. Jetzt, da möglicherweise die Mehrheitsverhältnisse anders sind, kann man da vielleicht mehr Druck machen.

Wir sind auch der Meinung, dass man neben allen anderen Fragen einmal klären kann, wie eigentlich der Sicherheitsstandard und die Sicherheitssituation in den umliegenden Kernkraftwerken um Bremen ist. Das fehlt mir ein Stück weit bei dem Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ich glaube, das ist eine Frage, die sehr interessant und auch sehr aufschlussreich ist und die möglicherweise auch dazu führt, dass klar wird, dass man sie keinesfalls wieder an das Netz gehen lassen darf.

Das Ziel ist von allen oder von der überwiegenden Mehrzahl definiert. Erstens muss die Laufzeitverlängerung zurückgenommen werden. Zweitens muss ein unverzüglicher Atomausstieg in Betracht gezogen werden. Das kann nicht ohne Energiewende passieren. Selbstverständlich kann man das nur gemeinsam diskutieren. Drittens dürfen die jetzt aufgrund des Moratoriums abgeschalteten Atomkraftwerke nicht wieder an das Netz, und ich bin auch nur sehr begrenzt bereit, das als pures Wahlkampfmanöver abzutun.

Ich bin froh, dass zumindest jetzt erst einmal sieben Atomkraftwerke abgeschaltet sind. Das ist etwas, bei dem sich die Bundesregierung in der Tat mit den Energiekonzernen angelegt hat, und ich sage auch, das ist etwas, das möglicherweise durch die Ereignisse bestärkt wurde. Wir hatten auch Tschernobyl, und ich finde die Kritik am Atomkonsens der rot-grünen Bundesregierung insofern berechtigt, als wir heute wissen, dass es möglicherweise auch schneller gegangen wäre. Ich erwarte jetzt in der Tat, dass man auch von Rot-Grün da jetzt deutlicher wird und

(C)

(D)

- (A) mehr Bereitschaft zeigt, sich mit den Atomkonzernen anzulegen.

Wir haben uns die Frage gestellt, wie nahe ist eigentlich Fukushima? Diese Frage steht auch im Raum, und zwar geht es dabei nicht um die geografische Entfernung, sondern um die Frage, kann das auch bei uns passieren, und die Antwort ist erschreckenderweise: Ja. Wir haben uns neulich auf einer Veranstaltung das Kraftwerk Unterweser oder Esenshamm, wie es auch heißt, angeschaut, und die Bedingungen für einen GAU, für eine Kernschmelze, für einen Unfall, so wie er in Fukushima passiert ist, sind da ziemlich eindeutig ähnlich. Die äußere Hülle ist zu dünn, die innere Hülle ist zu dünn, und was überhaupt nicht zu verstehen ist, redundante Sicherheitssysteme wie zum Beispiel Kühlpumpen stehen in einem Raum. Für mich ist das unvorstellbar, und wir wissen auch, dass die Hochwasserereignisse in der Weser zunehmen und wir schon einmal relativ knapp an einer Überschwemmung vorbeigekommen sind. Die Chance, dass dort durch eine Überschwemmung Deiche brechen, dass Esenshamm unter Wasser steht, dass dann beide Kühlpumpen ausfallen und es dann zu einer vergleichbaren Situation kommt, ist nicht so klein. Im Gegenteil! Sie ist sogar vergleichsweise groß. Von daher ist es geboten, diese und andere Reaktoren keinesfalls wieder an das Netz zu holen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Klar ist auch, dass habe ich schon gesagt, wenn man das will, dann muss man sich mit vergleichsweise mächtigen Wirtschaftsunternehmen, mit Konzernen wie EWE, E.ON, RWE und Vattenfall und so weiter anlegen. Die Gewinne, die da jeden Tag mit abgeschriebenen Atomkraftwerken erzielt werden, werden auf eine Million Euro pro Tag geschätzt. Das mögen auch möglicherweise nur 500 Euro sein oder 500 000 Euro, aber das ist natürlich eine ungeheure Verlockung. Da kommt natürlich zum Tragen, dass die Eigenerinnen und Eigner, die Aktienbesitzer, keinesfalls auf diese Form von Profit verzichten wollen und dass man ihnen diese Profitmöglichkeit nehmen muss, wenn man diese Atomkraftwerke abschalten will. Ich finde, das ist eine Pflicht und ein richtig gutes Beispiel für das, was wir hier schon öfter diskutiert haben, nämlich Gewinnerzielung auf Kosten von Mensch und Umwelt. Im Übrigen sind wir da von den Betreiberinnen und Betreibern oder von den Betreibern in Japan möglicherweise gar nicht so weit entfernt.

Ich erinnere daran, dass vor Kurzem im Kernkraftwerk Krümmel ein Transformator explodiert ist. Ich habe mir jetzt Informationen eingeholt. Die Betreiber wollten zunächst mit einem alten Transformator wieder an das Netz gehen. Erst als der zweite dann auch explodierte, haben sie einen neuen dahin gestellt. Die Tendenz, zugunsten von Betriebsergebnissen und Profiten Sicherheitsrisiken herunterzuspielen, kleinzureden oder gar nicht erst zu beach-

- ten, von dieser Tendenz sind auch die Atomkonzerne in Deutschland überhaupt nicht frei. Deswegen ist eine Frage des Atomausstiegs auch eine Frage, in welchen Strukturen erzeugen wir Energie in nächster Zukunft, und wir werden uns über die Frage unterhalten müssen, ob das eigentlich ausschließlich in privater Hand bleiben kann. (C)

Ich bin sehr dafür, dass man die Energieversorgung rekommunalisiert, und zwar nicht einfach nur verstaatlicht, denn auch staatliche Organe waren in der Vergangenheit von diesem Virus des Herunterspielens, des Kleinredens und des Handelns zugunsten von Geld angesteckt und haben die Kernkraftwerke einfach nicht sicher gemacht.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Tschernobyl zum Beispiel!)

Ja, natürlich in Tschernobyl. Herr Kollege Dr. Güldner, da müssen Sie mich nun wirklich nicht katholisch machen.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich wollte es nur sagen!)

- Ich weiß das. Es hätte Fukushima eigentlich gar nicht gebraucht. Tschernobyl hat eigentlich gereicht. Es wurde immer so getan, das sind die Russen, und sie bekommen das nicht so hin und sie sind da --. Erstens stimmt das ein Stück weit nicht, und zweitens, wie gesagt, dieser Virus, dass man auf Kosten von Mensch und Umwelt solche Kernkraftwerke betreibt, ist unabhängig von der Eigentumsform. Deswegen sind Beteiligungsstrukturen, kommunale Strukturen eher dazu geeignet, diese Dinge langfristig zu verhindern und im Übrigen auch die Energiewende voranzutreiben. (D)

Wir werden uns auch über die Frage unterhalten müssen, wie ist es eigentlich bestellt um eine Situation, falls in Deutschland tatsächlich so etwas passiert? Gibt es Katastrophenpläne? Haben wir genug Dekontaminationsmöglichkeiten, falls irgendwie größere Mengen Strahlung austreten? Ich war bei der Bundeswehr in der ABC-Abwehrkompanie und weiß, wie es mit der Dekontamination aussieht. Da wird man nur gewaschen, und es dauert lange, bis man einen Menschen oder ein Fahrzeug halbwegs wieder dekontaminiert hat. Ich bin mir relativ sicher, dass Kapazitäten, um Menschen da herauszuholen und zu dekontaminieren, nicht vorhanden sind.

Ich bin mir auch relativ sicher, dass es keine vernünftigen Katastrophenpläne, keine vernünftigen Evakuierungspläne, nicht die notwendigen Notunterkünfte gibt, falls so etwas organisiert werden müsste. In dem Zusammenhang ist es auch eine Frage, und das wäre auch vielleicht noch eine Aufgabe für den jetzigen und vielleicht auch für den zukünftigen Senat, einfach offenzulegen, wie es eigentlich damit aussieht. Sind wir einigermaßen für einen ernst zu nehmen-

(A) den Unfall präpariert, oder stehen wir dann noch hilfloser als die japanischen Menschen in Fukushima da? Es gibt also eine ganze Reihe von Argumenten, die eigentlich dazu geeignet sind, dass wir hier in diesen Fragen einen Konsens finden. Es wird ein bisschen schwierig, vor allen Dingen deswegen, weil in dem Antrag der CDU auf wesentliche Dinge nicht eingegangen wird. Sie wollen meines Erachtens kein Atomreaktorausschalten mit Augenmaß, sondern eher mit „Warten wir es noch einmal ein bisschen ab“. Ich finde das falsch.

Die Bundesregierung hat die Laufzeitverlängerung vereinbart, sie kann sie zurücknehmen und kann jetzt sagen, dass Moratorium dauert nicht drei Monate, die Atomkraftwerke bleiben abgeschaltet, und sie kann natürlich dafür sorgen, dass die Geschwindigkeit, mit der man aussteigt, nicht ein Zurück zu dem vorhergegangenen Atomkonsens ist, sondern schneller passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann die jetzige Bundesregierung machen, und das ist meine Aufforderung an die Kollegen von der CDU und der FDP, das auch einzubringen.

Es bringt überhaupt nichts, wenn man jetzt wieder versucht, den Mythos von Stromlücke und brauchen wir neu zu beleben. Das ist natürlich noch immer purer Unsinn. Es ist technisch kein Problem mehr, Atomkraftwerke und auch große Kohlekraftwerke in relativ kurzer Zeit, also nicht in zwei Tagen, aber in wenigen Monaten teilweise und möglicherweise in wenigen Jahren abzuschalten, herunterzufahren und durch alternative Energien oder Sparen zu ersetzen. Technisch ist das kein Problem mehr. Es ist eine gesellschaftliche Frage. Es ist eine politische Frage, ob man das will, und letztendlich ist es auch wieder eine Frage, ob man sich mit großen Energiekonzernen anlegt oder nicht. Will man weiterhin, dass sie Kraftwerke betreiben und Millionengewinne auf Kosten von und mit Risiken für Mensch und Umwelt einstreichen? Das geht meines Erachtens nicht mehr.

Deswegen habe ich folgende Bitte: Wir würden dem Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Bitte zustimmen, dass vielleicht der Punkt zwei unseres Antrags unterstützt wird, dass nämlich möglichst zügig hier ein Bericht über die Sicherheit der umliegenden Atomkraftwerke vorgelegt wird, sodass man damit auch arbeiten kann.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Kleine Anfrage ist schon eingebracht! Es gibt sie schon!)

Okay! Da kann man diesem Punkt auch zustimmen, dass wir das wollen, und dann lasse ich das einzeln abstimmen. Möglicherweise entscheiden Sie sich ja dafür, diesem Punkt zuzustimmen, und dann stimmen wir Ihrem Antrag auch zu. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

(C)

Abg. **Dennhardt** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am 6. und 9. August 1945 musste Japan schon die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erleiden. Dem haben viele Menschen weltweit die Vision von der friedlichen Nutzung der Atomkraft entgegengestellt, und sie ist sicherlich auch viel besser als der Einsatz von Atomkraft für Waffen. Am 26. April 1986 gab es den Super-GAU in Tschernobyl, der heutigen Ukraine, und bis vor Kurzem haben viele Menschen hier solcherlei Vorkommnisse nur dem Sowjetkommunismus zugeordnet. Am 11. März 2011 gab es nun das Erdbeben und den Tsunami in Japan. Dadurch kam es zu der Katastrophe in Fukushima, und es wurde uns allen deutlich, dass das Restrisiko auch in einem Hochtechnologieland nicht gänzlich auszuschließen ist. Wir sehen täglich Bilder von einer nicht enden wollenden Katastrophe in Fukushima. Es ist unvorstellbar, welchen persönlichen Gefahren sich die Helfer vor Ort aussetzen. Auch in Tschernobyl, hier sehen wir nicht mehr so genau hin, ist die Katastrophe noch lange nicht zu Ende, dort wird permanent weitergearbeitet, damit der Sarkophag hält und nicht weitere Radioaktivität austritt und die Katastrophe wieder größer wird.

Die Laufzeitverlängerung war ein schwerer Fehler von Schwarz-Gelb!

(D)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland hat das Risiko schon mit der Tschernobyl-Erfahrung als zu hoch eingeschätzt, um auch noch die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Auch unwahrscheinliche Dinge passieren. Der Schaden eines Atomunglücks ist zu groß, um sich auf diese Technologie weiter einzulassen.

Seit dem Jahr 2000 hat es allein in Deutschland weit über 1 000 meldepflichtige Ereignisse gegeben, davon 33 sogenannte INES-1-Fälle, auch Störungen genannt, zwei INES-2-Fälle, Störfälle genannt. Dabei ist INES die siebenstufige internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse, bei der Tschernobyl mit der Stufe 7 eingestuft wird und Fukushima bei den öffentlich bekanntgegebenen Bewertungen bisher zwischen 5 und 6 rangiert. Auch beim Atommüll ist das bisherige Umgehen damit keinesfalls vertrauenerweckend. Ich nenne nur die Stichworte Gorleben, Asse oder die aktuelle Diskussion um 2 285 radioaktive Brennelementekugeln aus dem 1988 stillgelegten Forschungsreaktor in Jülich, die nun fieberhaft gesucht werden. Das sogenannte Moratorium reicht nicht. Wir brauchen nicht nur eine Rücknahme der Laufzeitver-

(A) längerung, sondern wir brauchen den schnellstmöglichen Atomausstieg!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Die sieben ältesten Atomkraftwerke und das Atomkraftwerk Krümmel müssen sofort und endgültig vom Netz genommen werden!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Deshalb fordert unser Antrag auch vom Senat, dass er alle erforderlichen rechtlichen Schritte unternimmt, um das Atomkraftwerk Unterweser endgültig stillzulegen. Dies ist ganz erheblich im Interesse Bremens, denn wir sind von sechs Atomkraftwerken umzingelt. Das Atomkraftwerk Unterweser ist uns am nächsten und stellt damit auch das größte Risiko für uns dar.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

In Bremen und Bremerhaven gilt es nun auch, den Ausbau der erneuerbaren Energien, also insbesondere der Offshore-Windenergie oder auch der Photovoltaik auf den öffentlichen Dächern in der Stadtgemeinde Bremen, voranzutreiben, ebenso wie die Energieeinsparung und die Energieeffizienz verstärkt zu fördern.

(B) Auf Bundesebene gilt es, zum Beispiel die Förderung der Entwicklung und Errichtung von Energiespeichern auch von bremischer Seite aus voranzutreiben und zu unterstützen. Zum Beispiel wäre es hierfür auch denkbar, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu nutzen.

Wir dürfen außerdem grenzüberschreitende Atomrisiken nicht länger ignorieren. Wir brauchen internationale Sicherheitsstandards, die uns zum Beispiel auch vor französischen Schrottreaktoren an unseren Grenzen schützen. Außerdem dürfen zum Beispiel auch keine Atomkraftwerke in Erdbebengebieten mehr betrieben werden.

Der Antrag der LINKEN ist unserem Antrag sicherlich sehr ähnlich, allerdings ist er um einen Legislativepurtaktivismus erweitert. Das heißt, man bekommt das sicherlich alles gar nicht so schnell hin, weil diese Legislaturperiode fast schon zu Ende ist. Jetzt sind wir wirklich kurz vor der Wahl, Herr Rupp. Des Weiteren war ich von der Gutgläubigkeit überrascht, mit der Sie CDU und FDP entgegneten. Ich würde mir wünschen, dass Sie öfter in unsere Initiativen solches Vertrauen setzen würden, wie Sie es an dieser Stelle in CDU und FDP und deren Atompolitik setzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die FDP muss sich energiepolitisch noch finden. Herr Dr. Buhlert war zuletzt immer noch auf seinem Irrweg, den er Brücke nennt. Ich glaube, er hat ein Interview, das Herr Kohl in der „Bild“-Zeitung gegeben hat, sehr gelobt. Die Ausführungen, die er soeben vorgetragen hat, haben deutlich gemacht, dass es letztlich bei all den vielen Wenn und Aber, die er über den Atomausstieg hier vorgetragen hat, ein Sankt-Nimmerleins-Tag wäre, auf den der Atomausstieg verschoben würde, wenn wir uns nach ihm richten würden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Er hat dabei viel Energie in Gedanken darüber gesteckt, was man tun müsste, um die Atomkraft weiter zu ermöglichen. Diese Energie sollte er besser verwenden, um die erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Der Netzausbau, der in Ihrem Antrag gefordert wird, ist bereits Thema hier in der Bürgerschaft gewesen, und zwar im Rahmen unseres gemeinsamen Antrags mit der CDU zur Offshore-Windenergie. Deswegen ist er hier, glaube ich, nur ein untaugliches Ablenkungsmanöver von ihrer untauglichen Energiepolitik als FDP.

Dann hat uns jetzt noch ein umfänglicher Last-Minute-Antrag der CDU erreicht. Wer sich noch die Zeit hat nehmen können, ihn genauer anzuschauen, der sieht, dass der Verdacht, den viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land hatten, dass es sich bei den Verlautbarungen der Merkel-Regierung und ihrer Vertreter um eine Mogelpackung handelt, die im Wesentlichen von den Wahlterminen der Landtagswahlen beeinflusst ist, bestätigt. Herr Röwekamp hatte uns die Laufzeitverlängerung im Dezember noch als Weihnachtsgeschenk verkaufen wollen, das sogenannte Energiekonzept der Bundesregierung gepriesen und uns gesagt, dass ein schnellerer Atomausstieg technisch und wirtschaftlich unmöglich sei. Ich bin sehr gespannt, was hier heute von der CDU-Fraktion kommt.

Weil sie in dieser Diskussion zuletzt so eine exponierte Rolle eingenommen hat, ein Appell zum Schluss an Frau Merkel: Lassen Sie die Atomkraftwerke von den Betreibern ordentlich versichern, und stellen Sie den Betreibern die Kosten der sehr langen kontrollierten Atommülllagerung voll in Rechnung, dann hat die Lüge vom billigen Atomstrom endlich ein Ende, und dem Atomgeschäft wird endlich seine hoch subventionierte Grundlage entzogen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Dr. Güldner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich den

(C)

(D)

(A) Frauentreff Blaues Kreuz Deutschland, Ortsverein Bremen. Herzlich Willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Herr Dr. Güldner, Sie haben das Wort.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie können sich vorstellen, dass das für die Grünen eine sehr wesentliche Debatte ist. Als der Zwischenfall in den USA in Harrisburg stattfand, gab es Erklärungen, die Technologie sei ja damals noch nicht ganz ausgereift gewesen, gewisse amerikanische Schlamperei sei vielleicht auch im Spiel gewesen. Man hatte jedenfalls eine Erklärung, warum es bei uns nicht passieren könnte.

Zu Tschernobyl hat man gesagt, das ist sowieso veraltete Technik, diesmal hat man gesagt, es ist sowjetische Schlamperei und die Geheimhaltung der Behörden in der damaligen Sowjetunion. Es gibt immer noch Menschen, und man kann sie manchmal im Fernsehen sehen oder auch in der Presse nachlesen, die sagen, Fukushima liegt in einem Erdbebengebiet, es gab einen Tsunami, all das haben wir in Deutschland nicht, und deswegen sind die Kernkraftwerke in Deutschland immer noch sicher. Deswegen traue ich nicht so ganz dem Frieden, der zurzeit in der Politik herrscht, weil wir alle die Erfahrung gemacht haben, dass man sehr schnell bei aktuellen Ereignissen einmal auf eine andere Linie umschwenkt, aber wenn es dann darum geht, langfristig die tatsächlichen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, dann verschwinden viele doch wieder. In dieser Debatte geht es darum, dass wir auch wirklich Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen ziehen und diese festschreiben, und das ein für alle Mal, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es hat mit dem Tsunami und den anderen Dingen, die gesagt worden sind, gar nichts zu tun. Im schwedischen Forsmark an der Ostsee, 2006, gab es einen Netzkurzschluss im dortigen Stromnetz, der sich so ausgewirkt hat, dass er auf das dortige Atomkraftwerk durchgeschlagen hat und die Notstromaggregate versagten. Die Betriebszentrale war in Dunkelheit gehüllt, es gab keinen Strom mehr, und der damalige Betriebsingenieur von Vattenfall, der heute ja auch dankenswerterweise sehr viel für die Aufklärung über dieses Phänomen tut, sagt, es war genau 7 Minuten vor einer Kernschmelze. Kein Tsunami, keine Sowjetunion, keine Gründe, die immer wieder vorgetragen werden, sondern in Schweden, in einem Hochtechnologie-land, einfach nur wegen einem Kurzschluss

*) Vom Redner nicht überprüft.

im Netz! Nun hoffe ich, dass keiner mehr kommt und sagt, dass es in Deutschland keinen Netzkurzschluss geben kann. Wir haben Ereignisse in deutschen AKWs gehabt, die in der Tat darauf hindeuten, dass wir, wenn wir das Problem haben, schnell abschalten müssen und es keine Notstromversorgung gibt, dass die gleichen Ereignisse ablaufen würden, wie sie zurzeit in Fukushima ablaufen.

Ist das also, wie man es international manchmal nennt, die sogenannte german Angst, dass wir Deutschen vor allem, was wir nicht so richtig beurteilen können, tiefe Angst haben? Oder ist es nicht viel mehr so, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir in Deutschland Glück haben, dass wir froh sein müssen, dass es seit vielen Jahrzehnten eine kritische öffentliche Bewegung gibt, dass es Menschen gibt, die sich in Bürgerinitiativen, in der Wissenschaft, in den Medien, überall engagieren und dass wir heute deswegen auch sehr viel weiter sind, nicht nur in der Frage der Gefahrenabwehr für die Bevölkerung, weil wir erkannt haben, dass wir mit der Atomkraft in Deutschland auf einem völlig falschen Weg sind, sondern dass wir natürlich auch bei der Entwicklung regenerativer Energien sehr viel weiter sind, wie wir in Zukunft ohne dieses Risiko die Energieversorgung in Deutschland sicherstellen können?

Woran erkennt man denn, dass Atomkraftwerke gar nicht sicher sein können? Es ist ganz einfach, und manche Menschen wissen es nicht: Atomkraftwerke können Sie nicht versichern! Es gibt niemanden, der ein Atomkraftwerk versichert, der Betreiber ist von der Haftung freigestellt, es haftet der Staat und damit der Steuerzahler. Das ist einmalig in der Geschichte, und das zeigt, dass dieses Risiko nicht beherrschbar ist. Wir wissen es seit vielen Jahrzehnten, und wir Grünen haben seit vielen Jahrzehnten dagegen gekämpft, dass mit diesem Wahnsinn in diesem Land Strom erzeugt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen, weil es angesprochen worden ist, ein kleiner Hinweis: Das heißt aber auch, dass wir auch international auf die Atomwaffen gänzlich verzichten müssen, denn wenn in der zivilen Nutzung die Atomkraft so unsicher ist, wie es uns Fukushima im Moment lehrt, was heißt das dann, wenn die gleiche Atomkraft im Dienste von Geheimhaltung, Militärs und Waffenarsenalen genutzt wird? Das heißt, wir müssen auch genauso schnell wie aus der zivilen Nutzung der Atomkraft auf die endgültige Abschaffung aller Atomwaffen weltweit dringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Japan, in Fukushima werden alle Vorhersagen über die Unbeherrschbarkeit von Störfällen, über die Unumkehrbarkeit von Kernschmelze und über die

(C)

(D)

(A) radioaktive Verstrahlung, für die Sie uns oft kritisiert haben – ich führe diese Debatte seit 25 oder 30 Jahren –, die wir als Grüne getroffen haben, übertröfen. Es wirkt extrem hilflos, wenn Sie im Fernsehen die Herren der Betreiberfirma in ihren seltsamen Plastikuniformen vor die Mikrofone treten sehen, und Sie haben wirklich nicht das Gefühl, und ich kenne sehr viele Menschen, denen das so geht, dass hier Menschen durch diese Herrschaften geschützt werden, etwa vor Strahlung. Sie haben das Gefühl, diese Herrschaften haben gerade ein Problem, ein Ikea-Regal aufzubauen, und bekommen es nicht hin und treten so vor die Menschheit, um sie vor Verstrahlung zu retten.

Das bedeutet das, was die Kollegen Rupp und Dennhardt angesprochen haben: Hier übernehmen Konzerne ein Risiko, das sie am Ende auf sehr viele Tausende von Menschen oder sogar manchmal Hunderttausende von Menschen übertragen, das sie selbst niemals zu beherrschen gelernt haben. Nur ihre Illusion, die sie immer geschaffen haben, und es gibt politische Parteien, die diese Illusionen allzu gern geglaubt haben, auch hier in dieser Bürgerschaft, hat dazu geführt, dass es ihnen zeitweise erlaubt war, ein solches Risiko unter die Menschheit zu bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Hier muss man schon noch einmal sagen, Sie haben sich von diesen Aussagen und von der Verheißung auf einen angeblich billigen – dazu ist schon viel gesagt worden, zu den Preisen könnte man sehr viel sagen – und vor allen Dingen angeblich sicheren Strom verlocken lassen. Sie haben uns als Dagegen-Partei bekämpft, Sie haben die Anti-Atomkraft-Bewegung als teilweise sogar systemgefährdend bezeichnet, ich kann mich an diese Zeiten noch gut erinnern. Sie haben immer suggeriert, dass dann, wenn man das eine oder andere Atomkraftwerk abschalten würde, die große Stromlücke käme, Sie haben es etwas bildlicher ausgesprochen, Sie haben gesagt, dann gehen in Deutschland die Lichter aus.

Es ist sehr dankenswert, dass Herr Brüderle nicht nur sein Protokoll vom Bundesverband der Deutschen Industrie offengelegt hat, es ist auch sehr dankenswert, dass er am selben Tag noch, als die Bundesregierung das Moratorium beschlossen hat, sich hingestellt und mit einem breiten Lächeln gesagt hat, Probleme mit der Stromversorgung, wenn wir jetzt acht Atomkraftwerke auf einmal abschalten und diese drei Monate vom Netz nehmen, gäbe es überhaupt nicht, und er wisse gar nicht, wie man darauf kommen könne, dass es da Probleme mit der Stromversorgung gibt. Da kann man wirklich sagen, trink, Brüderle, trink! Mehr fällt einem dazu wirklich nicht mehr ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C) Wenn jemand sich so vor die Menschen stellt und glaubt, man könne sie noch im 21. Jahrhundert derartig verdummen, wie das teilweise – –.

(Unruhe – Heiterkeit)

Prost! Es war leider kein Wein darin, insofern war der Anlass nicht ganz gut gewählt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal dazu kommen, wie wir nun die politische Lage in Deutschland einzuschätzen haben! Mich macht es, und da geht es mir so wie dem Kollegen Dennhardt, und ich habe einen Dissens zu dem Kollegen Rupp, eher nachdenklich und skeptisch, wenn nun plötzlich alle ganz schnell aus der Atomkraft heraus wollen. Ich will es aber gleichwohl nutzen, selbstverständlich will ich es gleichwohl nutzen und will auch mit allen zusammenarbeiten, die das jetzt so sagen. Der Hamburger CDU-Vorsitzende Schira, der noch vor ganz Kurzem für die Laufzeitverlängerung war, sagte in Hamburg in der Presse, er finde, die Atomkraft sei sowieso etwas völlig Mittelalterliches. Das ist interessant, wenn man es so von dem einen auf den anderen Tag kann.

Auch Frau Dr. Mohr-Lüllmann, die jetzt leider nicht im Saal ist, die Spitzenkandidatin der CDU, hat im bremischen Fernsehen bekannt, dass sie als Naturwissenschaftlerin schon immer gewusst hätte, dass die Atomkraft hochgefährlich sei.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen: Hört, hört!)

(D) Wir werden aber nicht den Fehler machen, sehr verehrter Herr Röwekamp und liebe Kollegen der CDU, jetzt zu sagen, das interessiert uns alles nicht, was Sie sagen, und wir haben sowieso immer Recht gehabt, sondern wir werden das Gegenteil machen, wir werden versuchen, Sie auch auf der Bundesebene zu verpflichten, dass Sie jetzt bei einem möglichst schnellen Atomausstieg mitmüssen, bei einem endgültigen Abschalten dieser acht Atomkraftwerke und bei einem Besiegeln, dass wir in wenigen Jahren – und ich glaube, das ist in wenigen Jahren technisch und juristisch machbar – aus dieser Atomkraft aussteigen. Dann können Sie beweisen, ob diese Wende eine wirkliche Erkenntnis oder nur ein Lippenbekenntnis war, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es werden immer noch, und das war auch heute in einigen Reden der Fall, extrem viele falsche Dinge erzählt, zum Beispiel, dass wir jetzt über Nacht Mengen von Atomstrom aus Europa importieren müssten. Die Wahrheit ist, dass Deutschland ein Nettoexportland von Strom ist, und zwar in horrenden Zahlen. Wir haben im Jahr 2010 14 Milliarden Kilowattstunden Strom in das Ausland exportiert, unsere aktu-

(A) elle Kraftwerkleistung liegt bei 135 000 Megawatt und der maximale Bedarf in Deutschland bei 77 000. Das heißt, wenn Sie und auch die Herrschaften der Stromkonzerne den Leuten nach wie vor das Märchen erzählen, dass wir Strom importieren müssten und dass dann die Franzosen und andere mit ihren Atomkraftwerken quasi einstehen müssten, ist das totaler Blödsinn.

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss!

(Zuruf des Abgeordneten D r . B u h -
l e r t [FDP])

Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden in der Lage sein, Strom nach wie vor in ausreichendem Maß zu produzieren, wir müssen aber, und das haben wir Grüne seit Jahr und Tag gesagt, den Ausbau der regenerativen Energien extrem beschleunigen. Wir stehen selbstverständlich dafür ein, dass wir dafür Netze brauchen, dass wir dafür Flächen brauchen, dass wir dafür möglichst große Windräder an Land brauchen, dass wir dafür Offshore-Anlagen brauchen, dass wir dafür Speicheranlagen brauchen, dass wir dafür Solaranlagen auf Dächern brauchen. Das muss jetzt möglichst schnell geschehen, und dann werden wir eine Situation – und das nehme ich allen ab, das nehme ich Ihnen ab und jedem Menschen, der auch nur ein bisschen sensibel die Medien aus Japan verfolgt –, wie sie die japanischen Kraftwerksbetreiber, die japanische Politik und die führenden Damen und Herren ihrer eigenen Bevölkerung zurzeit zumuten, in Deutschland niemals erleben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächsten rufe ich auf den Kollegen Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte mit den unterschiedlichen Anträgen gibt uns die Gelegenheit, das Thema, wie ich finde, mit möglichst wenig Polemik und mit möglichst viel Blick nach vorn zu diskutieren, das in diesen Tagen, Wochen, ja, man kann fast sagen, Stunden und Minuten die meisten Menschen in der ganzen Republik bewegt. Es gibt uns auch die Gelegenheit, denke ich, die Debatte nicht so zu führen, dass wir uns zu sehr vorwerfen, wer wann in der Vergangenheit vielleicht welchen Fehler gemacht hat.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Frei nach Adenauer: Was schert mich mein dummes Geschwätz von gestern!)

Fakt ist, Herr Dennhardt, das, was zurzeit, wenn auch nur für den Übergang, Realität in Deutschland ist, nämlich dass die sieben alten Atomkraftmeiler vom Netz genommen sind und dass Krümmel wegen Sicherheitsüberprüfungen zusätzlich vom Netz genommen ist, ist eine Situation, die politisch in den vergangenen Jahren weder die SPD noch die Grünen, noch die CDU, noch die FDP gefordert haben. Wir befinden uns in einem Zustand, in dem so wenige Atomkraftwerke zurzeit für einen Zeitraum von nur drei Monaten am Netz sind, wie noch keine politische Partei in Regierungsverantwortung in den letzten Jahrzehnten umgesetzt hat.

(C)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Für drei Monate bringt es nichts!
– Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen, finde ich, sollten wir, weil Politik insgesamt natürlich von der aktuellen Diskussion betroffen ist, nicht zu sehr in die Reflexe verfallen, uns die wechselseitigen Fehler vorzuwerfen, wer hat sich wann nicht um die Endlagerfrage gekümmert, wer hat wann welchen Erkundungsstopp erlassen. Ich finde, wir sollten uns nicht zu sehr verstricken, ohne den Blick dafür zu verstellen, dass wir alle wahrscheinlich in der Vergangenheit in dieser Debatte Fehler gemacht haben. Ich sage das für die CDU-Bürgerschaftsfraktion ausdrücklich. Nach Fukushima und nach Japan ist uns wie im Übrigen vielen Menschen in Deutschland und vielen Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven klar geworden, dass die Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke falsch war.

(D)

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Diese wesentliche Erkenntnis trägt, glaube ich, alle Anträge, die uns heute vorliegen, und wir werden, das war schon bei der Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke der Fall, uns selbstverständlich die nächsten Tage, Wochen und Monate darüber Gedanken machen müssen, wie schnell der Ausstieg aus dieser Energieerzeugung nun tatsächlich möglich sein wird. Darüber gehen, das ist auch in dieser Debatte deutlich geworden, die Vorstellungen auseinander. Ich will für die CDU-Bürgerschaftsfraktion sagen, wir haben noch gar keine genaue Vorstellung, wie viel schneller das tatsächlich gehen kann. Deswegen finde ich es richtig und vernünftig, dass mit dem sofortigen Außernetzstellen der sieben alten Meiler durch das Moratorium der Bundesregierung die Gelegenheit geschaffen worden ist nicht nur zur technischen Überprüfung dieser Meiler, sondern mit der Ethikkommission auch die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, in einen gesellschaftlichen Dialog einzutreten mit dem Ziel des Konsenses über den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Atomenergie.

(A) Ich sage das ganz bewusst auch deswegen, weil ich glaube, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Leiter dieser Ethikkommission, dem vormaligen Bundesminister Klaus Töpfer, eine ausgezeichnete Wahl für die Organisation dieses Dialogs gefunden hat. Klaus Töpfer hat über die Parteigrenzen der CDU hinaus bis in die Umweltverbände hinein große Akzeptanz für seine Tätigkeit. Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass er in dem Verfahren als Moderator und Leiter dieser Kommission, die sehr unterschiedlich zusammengesetzt worden ist, auch am Ende zu einem tragfähigen Ergebnis kommt.

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen, dass ich sehr dankbar dafür bin, dass sich die SPD und die Grünen bereit erklärt haben, mit der Bundesregierung in diesen Dialog einzutreten. Das macht mir deutlich, dass wir die nächsten Tage und Wochen – Monate sind es ja fast schon gar nicht mehr – dazu nutzen sollten, den Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen geben, tatsächlich anzunehmen und auch umzusetzen, nämlich uns darüber zu verständigen, wie wir möglichst schnell aus der Atomenergie aussteigen können, und nicht darüber zu streiten oder in einen Wettbewerb einzutreten, wer die schnellste Forderung erhebt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht an dieser Stelle darum, die durch Fukushima und Japan zusätzlich vermehrten Ängste und Betroffenheiten der Bevölkerung aufzunehmen, zu bündeln und einen gesamtgesellschaftlichen Konsens über den Ausstieg aus dieser Energie zu finden. Ich glaube, dass der Weg dahin schwierig werden wird, weil es keine einfache Lösung in dieser Frage gibt. Ich glaube auch, dass das allen Betroffenen und Beteiligten klar ist.

(B) Ja, Herr Dr. Güldner, es stimmt, in der Summe, im Saldo sind wir, was Energie betrifft, ein Exportland, aber es stimmt auch, dass die Auslastung und die Nachfrage nach Strom in unserer Industrienation so unterschiedlich sind, dass wir zwischendurch auch immer wieder auf den Import von Strom angewiesen sind. Es ist kein Geheimnis, dass wir seit dem Abschalten dieser sieben Meiler phasenweise in Spitzenzeiten zurzeit aus Tschechien und Frankreich Strom importieren müssen, der zu 39 oder zu 75 Prozent aus atomarer Energie gewonnen wird. Ich sage das nicht, um das Moratorium und den Ausstieg infrage zu stellen, ich sage das aber nur, um deutlich zu machen, es nützt uns nichts, Herr Dennhardt, dafür zu kämpfen, dass das nächstgelegene Atomkraftwerk abgeschaltet wird. Es nützt uns auch nichts, nur dafür zu kämpfen, dass die Atommeiler in Deutschland vom Netz gehen. Es muss unsere gemeinsam politische Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass perspektivisch Atomstrom nicht mehr in Deutschland verwendet und nicht nur nicht mehr produziert wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die zweite Sache, über die man sich bei der Frage, dass das ein ehrgeiziges Projekt ist, unterhalten

muss, ist die Frage, wodurch wir das eigentlich ersetzen. Da ruhen natürlich unser aller Hoffnungen in erster Linie auf den regenerativen Energien. Es ist übrigens eine riesige Chance für den Standort Bremen und Bremerhaven. Es bedeutet aber auch, dass wir in der Entwicklung und insbesondere in dem Ausbau nicht nur der Produktion, sondern auch des Transports und der Speicherung dieses so gewonnenen Stroms an sich noch Innovationssprünge machen müssen. Deswegen, glaube ich, ist es vernünftig, jetzt darüber nachzudenken, wie wir auch diese Prozesse beschleunigen können. Wie wird es uns zum Beispiel gelingen, beschleunigte Genehmigungsverfahren für die Netze zu bekommen? Können wir die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass es nicht nur darauf ankommt, in der Energiewende auf regenerative Energien umzusteuern, sondern dass es im Zweifel auch bedeuten kann, dass die Stromleitung für regenerative Energien durch ihr Dorf, ihre Straße, ihre Gemeinde oder in ihrer Nähe laufen wird? Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz eben auch dafür, dass wir in Zukunft in Netze und Netzinfrastruktur investieren müssen. An dieses Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger müssen wir an dieser Stelle, finde ich, auch gemeinsam appellieren. Es geht nur in einem gesamtgesellschaftlichen Konsens.

(Beifall bei der CDU)

(D) Der dritte und letzte Punkt aus meiner Sicht, der in den nächsten Tagen und Wochen uns sehr viel beschäftigen wird, ist nicht nur die Frage, wie wir ersetzen können, wir werden uns noch viel konzentrierter als bisher der Frage zuwenden, wie wir vermeiden können. Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass das wesentliche Einsparpotenzial für auch atomar erzeugte Energie darin liegt, dass wir insbesondere in die Energievermeidung investieren. Das bedeutet zum Beispiel, wie der Bundesumweltminister auch in dieser Woche angekündigt hat, dass wir wieder in die Gebäudesubstanz investieren müssen, um entsprechende Energieverschwendungen zu minimieren. Wir müssen in Technologie, aber auch in Substanz investieren, und das wird – da machen wir uns alle nichts vor – eine erhebliche Kraftanstrengung bedeuten, die auch Geld kosten wird. Die Umsteuerung, die Energiewende in regenerative oder anders erzeugte Energien ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das muss man den Menschen, die in diesen Tagen besorgt auf die Ereignisse in Japan und Fukushima schauen, auch sagen. Es wird ein gemeinsamer Kraftakt werden, der es eben auch erforderlich macht, alle Finanzmittel in die Frage von Technologien und Umsetzung von Substanz zur Vermeidung von Energieverschwendung zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird in diesen Tagen in dieser Debatte eine ganze Menge über Glaubwürdigkeit geredet.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Zu Recht!)

(A) Natürlich zu Recht, und es ist auch völlig klar, dass der Sachverhalt, über den wir reden, von den politischen Parteien in der Vergangenheit auch unterschiedlich bewertet worden ist. Deswegen kann natürlich eine Partei, die sozusagen mit der Anti-Atomkraft-Bewegung groß geworden ist, mit sehr viel mehr Glaubwürdigkeit den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie vertreten und fordern. Meine herzliche Bitte und mein Appell ist eben nur, Herr Dr. Güldner, dass uns dies – und da bin ich sehr froh über das, was Sie gesagt haben – nicht den Weg verstellt. Es nützt uns nichts, wenn wir rückblickend sagen, wir haben es schon immer besser gewusst. Das, was die Menschen jetzt von uns erwarten, ist,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Handeln!)

dass wir gemeinsam eine tragfähige, akzeptierte und nicht nach politischen Opportunitäten ausgerichtete Lösung finden. Ich sage Ihnen zu, dass die Bremer CDU diesen Weg gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und unserem Bundesumweltminister gehen will. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(B) Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Rupp, die Kosten in Milliardenhöhe, die die Bundesregierung an die Betreiber jetzt wahrscheinlich bezahlen muss, sind Kosten, die natürlich wie immer der Steuerzahler zahlen muss. Insofern, wenn ich dafür nicht die finanzielle Verantwortung trage, kann ich mich natürlich auch mit jedem anlegen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, bin ich auch für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, aber gleichzeitig bin ich auch ein realistisch denkender Mensch, und ich frage mich, wenn wir von heute auf morgen, wie es ja viele fordern, alle 17 Kernkraftwerke abschalten würden, was dann? Tatsache ist doch, es geht leider nicht von heute auf morgen, und wir können leider noch nicht den gesamten Energiebedarf – nicht einmal ansatzweise – durch erneuerbare Energie bedarfsgerecht abdecken. Deutschland ist weltweit die einzige Industrienation, die aus der Kernenergie aussteigt. Wir brauchen aber für den Endverbraucher eine sichere und bezahlbare Stromversorgung.

Das heißt, während andere europäische Länder und gerade die osteuropäischen Länder wie zum Beispiel Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und so weiter ein Kernkraftwerk nach dem anderen mit weitaus weniger Sicherheitsstandards als bei uns planen und bauen, müsste Deutschland nach der Abschaltung aller Kernkraftwerke den Strom sehr teuer

zum Beispiel aus Bulgarien, wie schon erwähnt, Frankreich, Tschechien, Ungarn, Polen und so weiter importieren, wo selbst neugebaute Kernkraftwerke einen erheblichen katastrophalen und extrem risikoreichen Sicherheitsstandard haben. Ich will damit sagen, der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein gesamteuropäisches, wenn nicht sogar weltweites politisches Problem. Was nützt ein sofortiges Abschalten aller Kernkraftwerke in Deutschland, wenn wir von weitaus unsicheren Kernkraftwerken nur so umzingelt und bedroht sind? Radioaktive Gefahren und Strahlungen machen bekanntlich vor Grenzen nicht halt, und das sage ich in aller Deutlichkeit!

Viele Menschen sind zwar mit dem Gewissen gegen Atomkraft, aber mit dem Geldbeutel für die Atomkraft, bestes Beispiel: Das Magazin „Extra“ hat vor Kurzem eine Umfrage gestartet, Kernkraftwerke abschalten. Alle, aber auch alle Personen haben gesagt, sofort alle Kernkraftwerke abschalten, sofort abschalten! Aber bei der zweiten Frage, von welchem Anbieter sie ihren Strom beziehen, kam heraus, dass alle befragten Personen ihren Strom aus Kernenergie beziehen. Ich weiß nicht, wie Sie das nennen, ich jedenfalls nenne das heuchlerisch mit einem unrealistischen Wunschdenken.

Was mich an der ganzen Kernkraftdebatte besonders aufregt, ist die Unehrllichkeit – verlogen darf ich gar nicht sagen – vom Bündnis 90/Die Grünen, die aus dieser schrecklichen Katastrophe in Japan auch noch ihre guten Wahlergebnisse erschleichen. Da sitzt zum Beispiel der grüne Oberguru Jürgen Trittin lächelnd und arrogant in fast jeder Talkshow und wettet heuchlerisch gegen Kernkraft. Da kann ich nur sagen, er war doch in einer rot-grünen Bundesregierung sogar Bundesumweltminister, er hätte doch als Bundesumweltminister die politische Macht dazu gehabt, Kernkraftwerke abschalten zu können, sogar abschalten zu müssen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Es sind ja schon welche abgeschaltet worden!)

Lieber Herr Dr. Güldner, mein politisches Motto ist, sei nett zu deinem politischen Gegner, und du treibst ihn langsam in den Wahnsinn. Bei Ihren Zwischenrufen scheint meine Methode ja schon ziemlich erfolgreich zu sein.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich muss es jetzt noch machen, bald geht es nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, er hat als Bundesumweltminister die politische Macht dazu gehabt, Kernkraftwerke abschalten zu können, ja sogar zu müssen, denn dass die jetzt sieben bis acht abgeschalteten Kernkraftwerke ziemlich unsicher sind, das wusste der damalige Minister Trittin doch auch schon

(C)

(D)

(A) lange. Er hat als Bundesumweltminister, aus welchen Gründen auch immer, ich weiß es ja nicht, nichts gemacht. Das Gegenteil! Waren es nicht Bündnis 90/Die Grünen, die im Wahlkampf in Hamburg gegen das Kraftwerk in Moorburg gewesen sind?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, absolut!)

Als Sie die politische Macht hatten, war dies ganz anders. Damals haben sie ganz anders regiert. Regieren ist immer ein grobes Eingeständnis, nicht wahr?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Welt ist eine Scheibe, und Männer sind klüger als Frauen!)

Kompromisse aus Machtgehab und Machtgefühl eingehen zu müssen, tut schon weh. Ich bin bestimmt kein Sympathisant der CDU, mit Sicherheit nicht,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Toi, toi, toi!)

aber was Recht ist, muss Recht bleiben! Ja, nun lachen Sie nicht, Sie können gleich lachen!

(B) Erstens waren es die CDU und die FDP, die überhaupt erst einmal einige Kraftwerke abgeschaltet haben. Das hätte ich eigentlich viel eher vom Bündnis 90/Die Grünen, also von der sogenannten Anti-Atomkraft-Bewegung, erwartet. Zweitens blieb dieser Regierung nach dieser schrecklich verheerenden Katastrophe in Japan doch gar nichts anderes übrig, als ihre Kernpolitik neu zu überdenken und neu zu bewerten. Das hätte jede andere Regierung auch machen müssen. Hätte sie nämlich gar nicht gehandelt, ja, dann hätte der aufgeblähte, kluge Oberguru Trittin – –. Das möchte ich nicht erleben, was er dann gesagt hätte.

(Glocke)

Dann hätte ich das kluge Geschrei vom Bündnis 90/Die Grünen nicht erleben mögen.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bleiben Sie ganz ruhig, bleiben Sie ganz ruhig!

Wir müssen schnellstens die erneuerbaren Energien ausbauen, noch mehr fördern, damit der Strom in Deutschland kostengünstig

(Glocke)

und bedarfsgerecht mit erneuerbarer Energie abgedeckt werden kann, und das so schnell wie möglich.

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. (C)

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt hat er es uns aber gegeben! – Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Lügen haben kurze Beine!)

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern auf zwei Dinge eingehen, die Herr Dennhardt genannt hat. Natürlich ist es nicht irgendeine Form von Ende-der-Wahlperiode-Aktionismus, sondern wir haben eine Situation, in der jetzt erst einmal drei Monate dieses Moratorium in Kraft ist. Das ist in meinen Augen auch mehr als nichts. Ich bin aber in der Tat skeptisch, ob das durchgehalten wird, da brauchen sie mich nicht katholisch machen! Ich akzeptiere nur, dass es jetzt erst einmal so ist. Ich finde sie abgeschaltet besser, als wenn sie weiter liefen.

Wir haben jetzt natürlich die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in diesen drei Monaten möglichst viele Argumente, Tatsachen und Sachzusammenhänge auf den Tisch kommen und möglichst viele Menschen – unabhängig von ihrer parteilichen Präferenz – davon überzeugt werden, dass es der richtige Weg ist, aus der Atomenergie auszusteigen. Zu diesem Zweck haben wir gesagt, wir selbst in Bremen können kein Atomkraftwerk abschalten, aber wir können ein paar Dinge tun. (D)

Wir können nämlich erstens, wie wir es auch in unserem Antrag gefordert haben, die Menschen möglichst zügig darüber informieren, wie es um die Sicherheit der umliegenden Kernkraftwerke bestellt ist. Dies können wir als Bürgerschaft tun, und ich finde, das kann auch die rot-grüne Landesregierung. Wir können die Menschen auch darüber informieren, wie wir es unter Punkt drei gefordert haben: Wie ist es denn eigentlich mit bestehenden Katastrophenplänen und allem, was damit zusammenhängt? Ich bin relativ sicher, wenn diese Informationen auf den Tisch kommen und wenn wir dem Senat diese konkreten Handlungsschritte mit auf den Weg geben, sind Sie in der Lage, jetzt noch diese Dinge auf den Tisch zu legen, und wir können sie in der Tat auch im Wahlkampf diskutieren.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wahlkampf und Katastrophenpläne?)

Selbstverständlich muss man dies tun, weil es dann noch eine ganze Reihe mehr Argumente gibt.

Ich bin davon überzeugt, dass Atomkraft keine Lösung ist und man sie dringend abschalten muss. Des-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) wegen haben wir diese beiden Forderungen aufgestellt und gesagt, darüber müssen die Leute informiert werden. Ich finde, das ist in der zeitlichen Abfolge, insbesondere vor dem Hintergrund des dreimonatigen Moratoriums, eine machbare Aufgabe.

Nebenbei bemerkt, in dem Antrag „Energiewende jetzt“ von der SPD und den Grünen sind vergleichsweise wenig konkrete Handlungsaufforderungen. Darin sind eine ganze Reihe sehr vernünftiger und sehr richtiger Aussagen hinsichtlich der Frage, was die Bürgerschaft will und welche Position sie hat. Es ist aber auch notwendig, konkrete Schritte zu unternehmen und sehr genau zu sagen, was man in der verbleibenden Zeit tun kann. Möglicherweise kann man sich das eine oder andere ja auch schon einmal für nach den Wahlen vornehmen und dem dann im Amt befindlichen Senat auch ein paar Aufträge mit auf den Weg geben, um diese Informationen dann herauszuholen.

(B) Noch einmal zu der Frage der Skepsis: Ich habe es bewusst vermieden, diese Frage hier zu diskutieren. Die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Anti-AKW-Bewegung wissen aber, dass Skepsis bei der Frage, ob bestimmte Dinge dann auch durchgesetzt werden, wenn man Wahlen gewonnen hat und in der Regierung ist, nicht nur bei SPD und CDU angebracht ist. Ich habe eine ganze Reihe von Jahren rot-grüne Bundesregierung miterlebt. Ich kenne Ihre Wahlprogramme. Ich weiß, was dann beschlossen worden ist, unter anderem, was den Atomkonsens angeht, aber auch andere Dinge. Dies macht mich in vielen Fragen skeptisch, ob die Dinge, die wir heute anders wollen, anders wären, wenn die Rot-Grünen wieder regierten. Das ist jetzt aber nicht der Punkt. Heute ist die Frage der Skepsis in dieser Frage nur begrenzt angebracht.

Wenn man einen gemeinsamen Beschluss will, ist meine Bitte noch einmal, dass Sie Punkt zwei und drei unseres Antrags in Ihren Beschlussantrag übernehmen. Ich werde deswegen einzelne Abstimmung der Punkte eins bis vier unseres Antrags beantragen. Dies tue ich hiermit für das Protokoll und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (parteilos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist von der FDP ganz zu Anfang über die Energiepreise gesprochen worden. Meine Herren, wenn Sie über Energiepreise aus Atomkraftwerken sprechen, dann müssen Sie auch das ganze Bild sehen, Sie müssen die Realität betrachten! Zum einen ist feststellbar, dass für die vier Energieriesen über das Abschreiben dieser alten Atomkraftwerke ein Herstellungspreis von circa zwei Cent

pro Kilowattstunde zu erzielen ist. Aber warum ist das so niedrig?

(C)

Ganz einfach, weil die Gesellschaft nämlich die ausgegrenzten Folgekosten zahlt! Das heißt, die Atomtransporte werden ausgegrenzt, auch die Entsorgung beziehungsweise die Lagerung und die Lagerzeit werden von der Gesellschaft gezahlt. Wenn man solche immensen Positionen, die über Tausende von Jahren praktisch laufen, nicht berücksichtigt, dann haben sie natürlich günstige Preise. Wenn sie diese aber einrechnen, dann haben sie einen Energiepreis von ungefähr über einem Euro pro Kilowattstunde. Wenn sie dann noch von günstiger Atomenergie sprechen, dann frage ich mich, wie sie dies berechnen.

Auch ist darüber gesprochen worden, wir würden zu wenig Energie haben, weswegen wir importieren müssten. Das ist auch nicht richtig, denn in einer der letzten Erhebungen ist herausgekommen, dass es für die vier Energieriesen eigentlich günstiger ist, im Ausland Energie einzukaufen, zum Beispiel aus Frankreich. Frankreich ist hauptsächlich wegen der Atomkraftwerke günstiger, dementsprechend gibt es dort nicht den Energiemix, wie wir ihn vorhalten. Das heißt, im Vergleich zur eigenen Herstellung ist der Einkauf von Energie noch günstiger, aber das kann man doch nicht unterstützen! Wenn wir Tschernobyl noch einmal Revue passieren lassen, das vorhin auch schon angesprochen worden ist, ich glaube, dass viele es vielleicht vergessen haben, an dieser Katastrophe im Jahr 1986 habe ich heute noch zu kauen. Dann all die Störfälle, die wir in Europa und international haben, die als leicht eingruppiert werden, aus meiner Sicht aber schon nicht als leicht anzusehen sind!

(D)

Nun wieder diese Katastrophe in Japan, die uns aufzeigt, dass wir dadurch eine internationale und globale Schädigung haben! Zum einen haben die Einwohner, die in Japan direkt betroffen sind, gesundheitliche Schäden. Die Menschen, die dort dafür kämpfen, dass nicht noch mehr passiert, riskieren wesentlich ihr Leben. Wenn man vor 14 Tagen gesehen hat, wie der Einsatzleiter mit sich rang, als er erzählte, wie sie ihren Einsatz führen, dann erkennt man die Katastrophe. Aber auch die weltweiten Auswirkungen haben Sie schon aus den Medien entnommen. Zum Beispiel ist in Amerika aufgrund der Problematik die Produktion bei Toyota eingestellt worden, da die Teile nicht mehr vorhanden sind. Dies ist nur ein Blitzlicht. Wir selbst haben in der letzten Hafenausschusssitzung darüber gesprochen, dass ja auch Ware von Japan nach Deutschland, also zu uns kommt. Hier haben wir das Problem, dass eventuell Kontamination vorhanden ist. Im Großen und Ganzen spricht dies alles für einen Weg heraus aus der Atomkraft.

In der „Zeitung für kommunale Wirtschaft“, die haben sie auch im Postfach gehabt, mit dem Titel „Deutschland will energetisch umdenken. Konsequenzen fürs Energiekonzept. Abschaltung verkraftbar“ wird ganz klar erklärt, dass die derzeitige Abschaltung der Kernkraftwerke keinerlei Engpässe in

(A) sich birgt, dass eher davon gesprochen wird, dass 8 000 Megawatt als Kaltreserven und 2 500 Megawatt zusätzlich in stillgelegten, für die Energieriesen nicht ganz so angenehmen Kraftwerken noch vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, der Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich muss unser aller Antwort darauf sein. Den Antrag der CDU, verschiedene Forderungen sind richtig, aber sehr viele aus meiner Sicht sind falsch, kann man nicht unterstützen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist gut, geht aber nicht weit genug, weil er lediglich die deutsche Richtung einschlägt, während der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wesentlich weiter geht. Er hat klare Lösungswege aufgezeigt, er geht über deutsche Grenzen hinaus und fordert Europa auf, sich in das Umdenken mit einzubeziehen. Aus diesem Grund kann man ihm nur voll zustimmen, und dementsprechend werde ich ihm zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf drei Punkte noch einmal eingehen. Herr Röwekamp, Sie haben gesagt, Sie wollen, dass die Ängste der Menschen ernst genommen werden und dass Lösungen gefunden werden. Ich finde das richtig. Sie haben ja auch gesagt, Sie sind an einem gemeinsamen Weg interessiert.

(B)

Aus Fukushima müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. Sie stellen auch zu recht die Frage: Wie und woher beziehen wir zukünftig unseren Strom? In vielen Punkten, glaube ich, stimmen wir überein, aber in einem sicherlich nicht, und der befindet sich in dem Vorspann Ihres Antrags, in dem Sie sagen, „um den fehlenden Atomstrom darüber hinaus zu kompensieren, ist über den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke kurzfristig zu entscheiden“. Beim Thema Gaskraftwerke sind wir bestimmt nicht weit auseinander, aber was wir garantiert nicht brauchen, sind noch mehr Kohlekraftwerke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich warne davor, diese klimaschädliche Energieform durch die Hintertür des Atomausstiegs wieder zu hofieren. Zu diesem Schluss kommt im Übrigen, weil vorhin auch von Herrn Buhlert immer wieder gesagt wurde, „jetzt seien Sie doch einmal ehrlich, jetzt belegen sie das doch auch einmal“, auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Sondergutachten, das „Wege zu 100 Prozent erneuerbarer Stromversorgung“ heißt. Es ist im Januar dieses Jahres geschrieben worden, also noch vor Fukushima. Darin heißt es, „signifikante Laufzeitverlängerung oder neue Kohlekraftwerke sind für den Übergang nicht

nötig. Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung sind notwendig. Bereits der Bestand an konventionellen Kraftwerken mit einem geringen Zubau an Gaskraftwerken“, darüber sind wir uns einig, „reicht als Brücke zu einer regenerativen Stromversorgung aus“.

(C)

Herr Güldner hat schon darauf hingewiesen: Derzeit produzieren wir sehr viel mehr Strom, als wir wirklich brauchen, und sind Stromexport-Weltmeister. Es wurden heute von mehreren Rednern, vor allen Dingen auch von Herrn Buhlert, immer wieder die Kosten angesprochen. Ich habe das Gefühl, man erkennt jetzt, dass die Mehrheit der Deutschen gegen Atomkraft ist, und will trotzdem wieder irgendein Gespinnst erzeugen: Wenn ihr dagegen seid, dann müsst ihr aber damit rechnen, dass es jetzt irgendwie doch mehr Geld kostet. Auch da sagt der Sachverständigenrat für Umweltfragen wieder, die inflationsbereinigten Stromerzeugungskosten einer regenerativen Vollversorgung im Jahr 2050 werden insgesamt unter denjenigen eines CO₂-armen konventionellen Energiemixes liegen, da steigende Brennstoffkosten und die Kosten für Emissions-Zertifikate für CO₂ vermieden werden können. Es ist also nicht zwangsläufig so. Ich warne davor, jetzt einfach so ein Gespinnst aufzubauen – das muss man sich doch ganz genau anschauen – und jetzt immer wieder höhere Kosten für erneuerbare Energien anzupreisen.

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Wie ist es bis 2050?)

(D)

Herr Buhlert, ich habe es doch nun gerade vorgelegt.

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Das haben Sie nicht vorgelesen, Frau Dr. Schaefer!)

Natürlich, das habe ich sogar am Anfang meines ersten Satzes vorgelesen!

Gleichwohl möchte ich noch einmal zu Herrn Rupp sagen: Sie haben gesagt, was können wir in Bremen konkret tun? Klar, wir fordern, dass das AKW Unterweser abgeschaltet wird. Ich finde, dies ist auch eine berechtigte Forderung. Herr Röwekamp, wenn man sich nämlich einmal ansieht, wie die Sicherheitsbilanz ist, dass seit Inbetriebnahme dort über 300 meldepflichtige Ereignisse stattgefunden haben, dass es laut Gutachten nicht hochwassersicher ist, nicht terrorssicher und mit einer veralteten Technik ausgestattet, dann finde ich, ist das schon einmal Berechtigung genug, das AKW dauerhaft und endgültig vom Netz zu nehmen.

Aber, Herr Rupp, in Ihre Richtung muss ich auch noch einmal sagen, was können wir in Bremen tun? Wenn wir den Atomausstieg fordern und wenn wir sagen, wir wollen in Richtung erneuerbare Energien, und, da bin auch wieder bei Ihnen, Herr Röwekamp, müssen wir natürlich noch viel mehr in Rich-

- (A) tung Einsparung tun. Wir müssen aber auch auf Bundesebene die KfW-Förderung, die gerade zurückgefahren wurde, wieder aufstocken und zusehen, dass wir die Förderprogramme für die erneuerbaren Energien auch wieder aufstocken und nicht weiter kürzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das kostet Geld!)

Aber, Herr Rupp, dann müssen wir auch hier vor Ort konsequent sein. Ich sage, es nützen dann auch keine Lippenbekenntnisse, wenn es hier in Bremen darum geht, eine effiziente Windkraftanlage am Riespot zu genehmigen, von der 500 Haushalte mehr profitieren könnten als von einer 150-Meter-Anlage, und DIE LINKE dann vor Ort, wenn es konkret wird, sich davor drückt und dagegen stimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam diesen Ausstieg vorbereiten! Wir haben unsere Forderungen genannt. Deswegen bitte ich Sie, unterstützen Sie unseren Antrag!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) **Vizepräsident Ravens:** Ich begrüße auf der Besuchertribüne recht herzlich die Schafferinnen des Jahres 2011. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, ich freue mich sehr, wenn die CDU erkennt, dass ihre bisherige Energiepolitik insbesondere im Bereich der Atompolitik ein Fehler war. Ich glaube, Sie werden viel Energie dafür brauchen, wenn Sie daran mitwirken, die Scherben, die der Handel mit den vier großen Atomkonzernen produziert hat, dort wieder zusammenzukehren.

Sie haben außerdem gesagt, dass Ihnen das Thema Energiesparen und Energieeffizienz auch am Herzen liegt. Ich schlage in diesem Fall vor, dass Sie als eine der ersten konkreten Taten zu Ihrem Unionsfreund Herrn Ramsauer nach Berlin fahren und sich mit ihm darüber unterhalten, wie Sie das Gebäudesanierungsprogramm wieder aufstocken können, damit wir hier auch tatsächlich Fortschritte erzielen. Da können Sie anfangen, Glaubwürdigkeit zu beweisen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Debattenverlauf zeigt, glaube ich, das ernsthafte Bemühen aller demokratischen Parteien, an der Bewältigung dieser großen Aufgabe mitzuwirken. Ich glaube, es ist allen bekannt und bewusst, dass es keine einfache Lösung geben wird. Zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Dr. Schaefer, möchte ich nur noch kurz ergänzen, ich sage es ganz ehrlich, es wird die nächsten Tage und Wochen brauchen, um das Energiekonzept der Bundesregierung, das ja mit laufzeitverlängerten Atomkraftwerken sozusagen einen zeitlichen Weg zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie aufgezeigt hat, zu überarbeiten.

Ich sage nur, und deswegen haben wir das in den Antrag aufgenommen, für uns gibt es dort keine Denkverbote. Das bedeutet zum Beispiel auch, wenn ich zu dem Ergebnis komme, dass ich das ehrgeizige CO₂-Reduzierungsziel erreichen will und es dazu vielleicht erforderlich ist, bestehende Alntechnologie – Kohlekraftwerke – vom Netz zu nehmen und sie durch neue CO₂-schonende Kohlekraftwerke zu ersetzen, dass das für uns als CDU kein Denkverbot ist. Auch das trägt dazu bei, dass wir ressourcenschonend Energie in Deutschland erzeugen. Dazu muss man auch bereit sein, neue Kraftwerke zu bauen. Das ist unsere Auffassung, und deswegen steht es auch in unserem Antrag. Es geht nicht nur darum, zusätzliche Kraftwerke zu bauen, sondern es geht vielleicht auch darum, bestehende alte Kohlekraftwerke gegebenenfalls durch neue Kohlekraftwerke zu ersetzen, wenn wir diesen Energiemix für erforderlich halten.

Ich sage auch, Herr Dennhardt, ich glaube, das ist für Sie vielleicht auch ein bisschen schwierig gewesen, weil Sie mit einer anderen Debattenlage gerechnet haben, hier jetzt keine Rosinenpickerei zu machen, das Falsche wäre jetzt, dass der eine zu Herrn Ramsauer fährt und der andere zur rot-grünen Regierung in München und der Dritte zu den neuen EnBW-Eigentümern nach Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, wenn wir wieder sofort reflexartig in diese Verhaltensmuster verfallen und sagen, das ist deine Aufgabe, und das ist deine Aufgabe,

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Also, Sie wollen es nicht!)

dann sage ich Ihnen voraus, werden wir das so nicht schaffen. Wir schaffen es entweder gemeinsam, Herr Dennhardt, oder gar nicht. Diese Debatte eignet sich nicht zur Spaltung, sondern zur Versöhnung der Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bin ich der festen Überzeugung – das unterscheidet uns in der Antragslage ja auch, ich will zum Abstimmungsverhalten etwas sagen, das ent-

(C)

(D)

(A) gegen der Annahme von Rot-Grün das Moratorium der Bundesregierung eben gerade richtig ist. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, wir wollen keine neuen Scherben entstehen lassen, und gleichzeitig ein Gesetz einbringen, das übrigens in diesem Fall den Bundesrat ja gar nicht beteiligen soll, wogegen Sie ja umgekehrt wiederum klagen, mit dem Ziel, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Wenn wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog brauchen, dann dürfen wir nicht von Anfang an Fakten schaffen, die aus meiner Sicht das Klima so verderben, dass es am Ende keine gemeinsame Anstrengung mehr geben wird. Ich weiß nicht, wie schlau Sie sind, ob ein sofortiges Abschalten, ein endgültiges sofortiges Abschalten, nicht gegebenenfalls Schadenersatzansprüche aus den zwischen Rot-Grün und der Energiewirtschaft und vielleicht aus den von Schwarz-Gelb mit der Energiewirtschaft geschlossenen Verträgen nach sich ziehen würde. Ich weiß es nicht. Es kann aber natürlich sein, dass Sie das wissen. Dann kommen Sie hier nach vorn und sagen, es ist definitiv klar, der sofortige Ausstieg wird keinerlei Schadenersatzansprüche auslösen, und deswegen können wir das auch miteinander beschließen. Das wissen Sie eben nicht.

(B) Bevor wir mit Halbwissen vollendete Tatsachen schaffen, bin ich dafür, dass wir die Zeit des Moratoriums, in der in Bezug auf diese acht Meiler nichts passieren kann, nutzen, um mit der Sachverständigenkommission die Sicherheit der bestehenden Meiler und die Sicherheitsbedenken zu überprüfen, dass wir mit der Ethikkommission versuchen, einen gemeinsamen Weg zu einem noch schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie zu finden, als Rot-Grün damals vereinbart und Schwarz-Gelb verlängert hat. Aber vergiften Sie diesen Weg nicht schon gleichzeitig wieder durch parteipolitische Dissonanzen! Das ist das, was die Menschen in Deutschland eben gerade nicht erwarten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss noch ein, zwei Worte zum Antrag der FDP sagen. Ich finde diese Initiative sehr begrüßenswert. Wir werden über genau die Fragen, die darin angesprochen werden, reden müssen. Wir werden reden müssen, wie man solch einen Netzausbau organisiert. Wir werden uns aber bei diesem Antrag enthalten, weil er, glaube ich, eine Frage in diesem Zusammenhang nicht endgültig klärt, nämlich die Frage, wem die Netze gehören. Da sind wir ganz deutlich der Meinung, dass wir insbesondere, was die Netze

*) Vom Redner nicht überprüft.

ze hier in Bremen angeht, in der nächsten Legislaturperiode ein Projekt für die Rekommunalisierung der Netze ins Auge fassen und deutlich prüfen müssen, ob und wie wir das schaffen. Die entsprechende Initiative ist auch von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angekündigt.

Weil eben diese Perspektive in Ihrem Antrag ausgeschlossen wird, werden wir uns enthalten. Wir weisen aber wirklich ausdrücklich darauf hin, dass das eine Aufgabe ist, der wir uns hier in Bremen widmen können und bei der wir ganz deutlich sagen, das Ziel ist die Rekommunalisierung der Netze in Bremen. – Vielen Dank!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist mehrfach von der europäischen Dimension dieser Debatte geredet worden. Auch im Antrag der Koalitionsfraktionen ist das ein wesentlicher Punkt, dass wir dort handeln müssen. Ich will nur kurz darlegen, dass das keine abstrakte Aufgabe ist, die wir irgendwann einmal machen, sondern dass dies ein konkretes Handlungsfeld ist, bei dem ich auch hoffe, dass wir gemeinsam tätig werden. Es ist ja in keiner Frage wie bei der Atomenergie so klar, dass Grenzen keine Rolle spielen. Ob das Fessenheim an der deutsch-französischen Grenze ist oder Temelin zwischen Tschechien und Österreich, natürlich spielen Grenzen keine Rolle, aber man muss gegenwärtig sagen, Europa ist, anders als in sehr vielen anderen Umwelt- und Naturschutzfragen, bei denen Europa eine Bank war, ein Fortschrittsmotor, dies in der Atompolitik gegenwärtig noch nicht, damit muss man umgehen.

Ich will von einer Initiative für den Ausschuss der Region berichten – damit man auch einmal weiß, warum wir dort immer hinfahren –, bei der wir in der vergangenen Woche aktiv gewesen sind. Ja, es macht auch wirklich Sinn, dass wir da für Bremen aktiv sind. Wir haben auf Bremer Initiative dort eine Entschließung verabschiedet, man muss sich wundern, mit sehr großer Mehrheit, die mehrere Punkte beinhaltete, nämlich dass wir gefordert haben, dass diese Stress-tests nicht freiwillig, sondern verbindlich sind, dass wir nur solche Kernkraftwerke am Netz haben wollen, die auch versichert sind – ich meine, die Forderung müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen –, Ausbau erneuerbarer Energien und der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie. Es ist das erste Mal, dass auf europäischer Ebene eine solche Entschließung gefasst werden konnte. Ich will damit sagen, es gibt große Mitgliedsstaaten, die noch blockieren, lange Traditionen, aber es kommt etwas in Bewegung.

Ich möchte ganz herzlich bitten, dass auch diejenigen hier auf der rechten Seite des Hauses, die bisher auf der europäischen Ebene im Europäischen Parla-

(C)

(D)

(A) ment keine Treiber gewesen sind, und auch der EU-Kommissar Oettinger, sich dieser gemeinsamen Aufgabe dann auch anschließen. Europa, da so weit zu kommen, wie wir das hier heute diskutieren, das ist noch ein weiter Weg, aber ich wollte mit dem Beispiel sagen, dass er keineswegs aussichtslos ist, sondern dass es selbstverständlich überall in den Rathäusern Menschen gibt, die darüber nachdenken, was die Folgen aus diesem Unglück sind. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach Tschernobyl und Harrisburg, nach Majak und Windscale wird sich ein weiterer Ort des nuklearen Grauens in unser Gedächtnis einbrennen: Fukushima.

Auch hier hat die friedliche Nutzung der Kernenergie ihre wahrhaft unfriedliche Seite gezeigt, ihr hässliches Gesicht gewissermaßen. Auch hier hat sich die Kategorie des Restrisikos als fatale Fehleinschätzung erwiesen, und auch hier hat sich gezeigt, dass die Atomkraftnutzung ethisch und praktisch nicht verantwortbar ist, weil sie ganz und gar lebensfeindlich ist, weil sie für Mensch, Tier und Pflanze Luft, Wasser und Boden verdirbt. Deswegen kann ich für den Senat der Freien Hansestadt Bremen sagen, wir wollen heraus aus dieser menschenverachtenden Technologie, und zwar so schnell wie möglich.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was sich im Atomkraftwerkspark – so heißt er tatsächlich – Fukushima im Anschluss an das starke Erdbeben und den verheerenden Tsunami vom 11. März 2011 abgespielt hat, mag in dem Sinne, wie die Bundeskanzlerin es gesagt hat, unfassbar gewesen sein, dass es ausgerechnet in Japan geschah, jenem Land, das als Hochtechnologieland par excellence gilt, dem Land, dessen Katastrophenvorsorge mindestens bis vor Kurzem weltweit als beispielhaft gerühmt wurde, und jenem Land, das mit der untergegangenen Sowjetunion so ganz und gar nichts zu tun hat.

Dennoch muss man sagen, eine solche verheerende Katastrophe, wie sie jetzt stattgefunden hat, ist auch vorher denkbar gewesen. Sie ist auch vorher möglich gewesen, ja, nach den Regeln der Wahrscheinlichkeitsrechnungen sogar früher oder später absehbar. Es ist sehr traurig, dass Fukushima erst geschehen musste, damit manche Atomideologen endlich bereit sind, den Tatsachen ins Auge zu schauen. Es mutet durchaus befremdlich an, möchte ich sagen, wenn etwa der ansonsten geschätzte Bundesumweltminister Röttgen nun argumentiert, mit Fukushima

habe sich alles von Grund auf verändert, man müsse fortan die Zeitrechnung in ein Davor und ein Danach unterteilen. Nun darf man vielleicht nicht erwarten, auch wenn man es sich wünschen würde, dass der Kollege Röttgen vielleicht die Bücher von Robert Jungk aus den Sechziger- und Siebzigerjahren gelesen hätte oder dass er sich einmal in Ruhe die lange Liste der Reaktorunfälle und Störfälle angeschaut hätte, aber nun schlicht und einfach Überraschung zu rufen, nun ist alles anders, das ist wirklich beim besten Willen nicht glaubwürdig.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kann man immerhin sagen, dass Minister Brüderle aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht hat. Er wurde gewissermaßen beim Ehrlichsein erlappt, auch wenn es hinterher nicht so gewesen sein soll. Ich gehe einmal davon aus, dass er diese Aussagen in vollem Bewusstsein getroffen hat. Nun, Herr Röwekamp, Sie haben in guter und freier Rede hier dafür plädiert, man solle versöhnen, statt spalten in dieser Angelegenheit, und haben gesagt, nun sei die Zeit des parteipolitischen Streits beendet. Das ist im Prinzip richtig, nur wird man darauf hinweisen müssen, dass Sie und Ihre Koalition es waren, die den Atomkonsens, den wir in unserer Gesellschaft hatten, ohne jede Not aufgekündigt haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Es ist gerade einmal ein paar Monate her, dass die Bundesregierung die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke deutlich verlängert hat, darunter mehrere, die sehr alt und störanfällig und noch nicht einmal adäquat gegen Flugzeugabstürze gesichert sind. Faktisch haben Sie das rot-grüne Atomausstiegsgesetz, dass in toto dazu geführt hätte, dass im Jahr 2020 Schluss ist mit der Atomkraftnutzung in diesem Lande, geändert in ein Laufzeitverlängerungsgesetz, das bis zum Jahr 2040 und darüber hinaus den Betrieb von Atomkraftwerken ermöglicht hätte und auch noch in Kraft ist. Deswegen bin ich doch etwas reserviert, wenn ich sage, es dürfe nicht polarisiert werden. Polarisiert haben Sie, das muss man ganz klar so sagen! Das betrifft übrigens auch die Verfahrensfragen, das ist bekannt. Sie haben das so durch den Bundestag gepeitscht, dass selbst der Bundestagspräsident, Norbert Lammert, immerhin ein Unionsmann, sich beschwert hat wegen der groben Verstöße gegen parlamentarische Regeln.

Die Bundesregierung hat das am Bundesrat vorbei gemacht, und das hat sie in zwei Verfahren geführt, einmal von fünf Ländern beim Bundesverfassungsgericht, nämlich Bremen, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, Hamburg wird sich anschließen – ich gehe auch davon aus, dass Baden-Württemberg sich anschließen wird –, und auch

(A) von den Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen. Vor allen Dingen haben Sie das nicht nur ohne jede Not gemacht, sondern Sie haben das gemacht, um vier großen Konzernen einen großen Gefallen zu tun, das darf man auch nicht vergessen. Sie sind dabei über alle Argumente hinweggegangen, die es gab, und zwar über die Argumente, die in der Atomkraft selbst liegen.

Ich nenne nur die Unfallgefahren, die Missbrauchsgefahren, die Terrorismusgefahren und die ungeklärte Endlagerungsfrage. Sie haben es auch gegen allgemeine Argumente der Energiepolitik gefahren. Sie haben beispielsweise die Argumente nicht ernst genommen: Wie ist das eigentlich mit einer Verfestigung der Energiemonopole? Wie ist das eigentlich mit der Benachteiligung kommunaler Stromversorger? Wie ist das eigentlich mit der Unterminierung der dezentralen Energieerzeugung, und wie ist das mit der Verlangsamung des Ausbaus erneuerbarer Energien? All dies haben Sie gemacht, und im Rückblick muss man wirklich sagen, welch eine schräge Weltsicht, die Sie noch vor vier Monaten hatten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Nun also Fukushima und nun die mindestens rhetorische, hoffentlich auch inhaltliche Kehrtwendung der Bundesregierung! Jetzt klingt alles irgendwie anders, irgendwie nachdenklicher und einfühlsamer. Es ist von einer Ausstiegspolitik – das haben Sie aus dem Antrag der Bundeskanzlerin übernommen – mit Augenmaß die Rede. Man nimmt für drei Monate sieben alte Meiler vom Netz und lässt den stör anfälligen Reaktor Krümmel abgeschaltet, um ihre Sicherheit zu überprüfen. Man will die Sicherheitsanforderungen insgesamt verschärfen. Man will jetzt auch bei Energieeinsparungen und erneuerbaren Energien mehr tun.

Hört, hört, könnte man da sagen. Was war eigentlich vorher, als man – ich zitiere aus der Bundestagsdebatte vom November 2010 – von dem „weltweit anspruchsvollsten Klimaschutz- und Energieprogramm“ gesprochen hat und davon – ich zitiere wieder –, dass „in Deutschland erstmalig ein Energieprogramm vorgelegt wird, dass einen begehren Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien aufzeigt“. Abgesehen davon, dass diese Tonlage anmaßend und weitgehend faktenfrei ist, erscheint sie heute im Rückblick doch wirklich ziemlich daneben, muss ich sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich möchte jetzt dazu kommen, was wir als Senat selbst machen. Ich werde zunächst die Inhalte vortragen, was unsere Position ist, um das ganz klar zu sagen. Wir wollen, dass die elfte und zwölfte Atomgesetznovelle – das ist faktisch die Laufzeitverlänge-

– zurückgenommen wird. Das ist für uns sehr wichtig, und am Gesetzgebungsverfahren hierfür sind ordnungsgemäß Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat zu beteiligen. Eine dreimonatige Aussetzung des Atomgesetzes nach Gutsherrenart ist für uns inakzeptabel, weil wir meinen, dass wir nicht in einer Bananenrepublik leben, sondern in einem Rechtsstaat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir wollen, dass die sieben alten, vor dem Jahr 1980 gebauten Atomkraftwerke und der Pannereaktor Krümmel für immer vom Netz gehen und nicht wieder eingeschaltet werden. Wir wollen überdies, dass die sogenannten Reststrommengen dieser Atomkraftwerke, die ja ohnehin nur eine theoretische Größe sind, nicht auf neue Kraftwerke übertragen werden dürfen, weil dies bei im Übrigen gleichbleibendem Atomgesetz nur zur Folge hätte, dass in Deutschland bis zum Jahr 2050 Atomkraftwerke betrieben werden könnten. Das ist ganz und gar unvernünftig. Diese acht Atomkraftwerke müssen vom Netz! Wichtig ist für uns auch, dass wir so schnell wie möglich aussteigen. Es gibt verschiedene Verlautbarungen. Ich kann hier nur für den Senat sprechen, wir haben uns da noch nicht festgelegt, die Zahl 2017 ist im Raum, bis zum Ende dieser Dekade ist im Raum. Wir werden aber jedenfalls alles dafür tun, dass das auch tatsächlich möglich wird.

Was die Frage der internationalen Politik betrifft, hat der Kollege Kuhn schon einiges gesagt. Ich glaube, die Bundesrepublik muss sich in Zukunft verstärkt in der Europäischen Union, in der internationalen Energieagentur, in den Gremien der Vereinten Nationen und auch in der Entwicklungszusammenarbeit dafür einsetzen, dass die Atomkraftwerke nicht weiter gefördert werden, dass wir zu einer Energieversorgung kommen, die insgesamt zukunftsfähig ist. Aus diesem Grund werden wir in die nächste Bundesratssitzung gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern einen Antrag einbringen, der diese Punkte enthält. Insofern glaube ich, dass ein guter Teil Ihres Antrags damit abgedeckt ist.

Wir werden des Weiteren einen zweiten Antrag in den Bundesrat einbringen, in dem wir – wir nennen das Aktionsplan Offshore –, ich hoffe, zusammen mit anderen norddeutschen Ländern und anderen ALändern dafür plädieren, dass wir die Offshore-Windenergie voranbringen, und zwar in der ganzen Breite. Die erneuerbaren Energien sind definitiv Teil der Lösung. Gerade bei uns im Nordwesten liegen riesige Potenziale, das ist schon von mehreren Rednern gesagt worden. Wir schlagen in dem Antrag drei Elemente vor, einmal das sogenannte Sprinterpaket, zum Zweiten das Finanzpaket und zum Dritten das Technologiepaket. Hinter dem Sprinterpaket verbirgt sich im Großen und Ganzen, dass diejenigen, die jetzt zü-

(C)

(D)

(A) gig bei der Offshore-Windenergie agieren, belohnt werden, dass sie günstigere Konditionen bekommen.

Das Zweite, das Finanzpaket, enthält verschiedene Elemente. Es betrifft die Frage des Netzanschlusses, die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und vor allen Dingen auch die Bürgerschaftsprogramme, die dringend notwendig sind, weil – das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal aus ordnungspolitischen Gründen sagen – wir natürlich auch wollen, dass sich neue Investoren, Stadtwerke, Gemeinschaften und andere daran beteiligen können, weil wir nicht wollen können, dass sich auf dem Meer das wiederholt, was wir an Land schon längst nicht mehr haben wollen, dass nämlich vier große Stromkonzerne 100 Prozent der Stromerzeugung kontrollieren. Das ist nicht sinnvoll.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das dritte Element ist eben der Technologiebonus.

Wenn wir das so zusammenfassen, können wir sagen, wir sind auf der Strecke Bundesrat, sowohl an der – wenn man es einmal so martialisch sagen darf – Ausstiegsfront mit einem eigenen Antrag präsent, der übernächsten Freitag im Bundesrat diskutiert wird, als auch an der Einstiegsseite, wo wir eben neben Energieeinsparungen, die über allem steht, die gewissermaßen zentral ist – da stimme ich ausdrücklich zu – und der Verbesserung der Energieeffizienz den Ausbau der erneuerbaren Energien vorsieht.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann für den Senat sagen, wir glauben, dass das Fenster der Möglichkeiten für eine Energiewende jetzt sperrangelweit offen steht, und dass wir die Chance nutzen sollten. Wir werden als Bremen, als norddeutsche Länder auf nationaler Ebene, auf europäischer Ebene, aber auch zu Hause, denn da beginnt die Glaubwürdigkeit, aktiv sein, so aktiv, wie wir sein können. Wir bewerben uns – das darf ich vielleicht abschließend noch sagen – mit der Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen für den Spitzencluster-Wettbewerb in diesem Jahr. Letztes Jahr hat es ja leider nicht geklappt. Wir glauben, weil die Fragen, die dort behandelt werden, genau die Netzfrage, die Speicherfrage und die Offshore-Frage sind, dass wir eine faire Chance haben, damit zu einer der europäischen Modellregionen in Sachen erneuerbare Energien zu werden.
– Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt (FDP) ***: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Schluss der De-

*) Vom Redner nicht überprüft.

batte macht es Sinn, vielleicht noch einmal auf das eine oder andere, was hier gesagt worden ist, mit einigen Argumenten einzugehen. Es ist ja hier vermehrt, auch in dem Beitrag von Herrn Senator Loske, der Begriff der Glaubwürdigkeit genannt worden. Ich glaube in der Tat, dass wir schlecht beraten sind, wenn wir in diesem Prozess, der jetzt begonnen hat mit der Ethikkommission und mit verschiedenen Experten, die sich zu Wort melden und dort auch Vorschläge machen können, so wie Sie, Herr Kollege Dr. Güldner, vorgeschlagen haben, heute etwas festschreiben und etwas festzurren, was dann nicht mehr verändert werden darf.

Ich glaube, das ist genau etwas, das nicht glaubwürdig und nicht seriös ist, denn die Menschen erwarten von uns, auch in den nächsten Monaten wirklich in einer vernünftigen Art und Weise abzuwägen und die Konsequenzen und Schlussfolgerungen mit Bedacht zu ziehen, die sich für ein Energieversorgungskonzept für eine entwickelte Industrienation ergeben. Wir sind keine Bananenrepublik, aber auch gerade in der Energieversorgung nicht. Vieles hängt davon ab, ein großer Teil unseres Wohlstands. Energie ist ja nicht nur der Strom aus der Steckdose, sondern es gibt einen hohen Energieanteil an vielen Produkten, die hier hergestellt, die aber auch hier konsumiert werden, sowohl in der Metallverarbeitung als auch in der Kunststoffverarbeitung sind das sehr hohe Anteile an dem Wert der Produkte.

(D) Dementsprechend kann es dramatische Auswirkungen für die Veränderungen haben. Ich glaube, das sollten wir ernst nehmen. Wir haben vor einigen Jahren ja auch ganz andere Diskussionen gehabt, auch mit Blick auf die Energieträger, die hier heute angesprochen worden sind. Erinnern Sie sich an die Diskussion über Versorgungssicherheit, die wir vor einigen Jahren am Beispiel der Ukraine geführt haben! Auch solche Dinge müssen bedacht werden, wenn man zu einem gesellschaftlich tragfähigen Konsens kommen will. Deshalb haben wir als Liberale heute auch gesagt, wir machen Ihnen einmal einen konkreten Vorschlag, in dem wir uns unserer Meinung nach darauf verständigen können, dass das ohne Frage notwendig ist. Gleichwohl erfordert aber auch eine solche Konzeption, die Überarbeitung eines energiepolitischen Konzepts einer Regierung, mehr Sorgfalt und kann sich nicht in Schnellschüssen ergehen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb lege ich großen Wert darauf, dass wir dies heute auch nicht tun.

Lieber Herr Güldner, das will ich auch noch einmal sagen: Wir sollten bei aller Emotion, die in uns oder in manchen von uns bei diesem Thema steckt, doch im Blick behalten, welche Wortwahl wir hier treffen. Ich fand die Bemerkung, in der Sie einen Vergleich zwischen einem Kernkraftwerk und einem Ikearegal

(A) gezogen haben, nicht passend und der Situation auch nicht angemessen. Genauso – –.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Lieber Herr Güldner, ich glaube, dass eines damit doch sehr deutlich wird, dass Sie die Finger nicht davon lassen können, solche Dinge hier polemisierend zu verwenden

(Beifall bei der FDP)

und Ihnen das Leid der Menschen dabei eigentlich völlig egal ist. Das, finde ich, geht so nicht! Das ist etwas, das wir uns in dieser Debatte abgewöhnen müssen, sonst wird Glaubwürdigkeit darunter noch erheblich mehr leiden, als wir uns heute vorstellen können.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wo ist denn Ihre Glaubwürdigkeit? – Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, lieber Herr Güldner, so funktioniert das nicht.

Ich will auch noch einmal mit einem Ammenmärchen, das hier vermehrt vorgetragen worden ist, aufräumen. Wir haben vor dem Moratorium ungefähr 3 500 Megawattstunden täglich exportiert. Heute sagt der Präsident der Bundesnetzagentur, also nicht jemand, der irgendwie in meiner Partei irgendeine Rolle spielt, sondern jemand, der unabhängig Verantwortung trägt, dass wir im Augenblick im Schnitt täglich 2 500 Megawattstunden importieren

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Belästigen Sie uns nicht mit Ihrer Glaubwürdigkeit!)

mit den Restriktionen, die hier geschildert worden sind. Es bleibt also nicht ohne Konsequenz, es ist nicht einfach alles gleich geblieben. Das muss man hier zur Kenntnis nehmen, Frau Kollegin Schaefer.

(Abg. Frau D r . S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, weil es billiger Atomstrom ist!)

Dementsprechend muss auch klar sein, dass eine Diskussion, die am Ende in einem Konsens enden kann, die aber auch vernünftig, wirtschaftspolitisch und ethisch vertretbar sein muss, diese Fakten auch zur Kenntnis nehmen muss.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre Rede macht meine Bedenken eher größer!)

Ich glaube, mit Geschrei kommen wir da wirklich nicht weiter, lieber Herr Güldner!

Ich glaube, dass auch die Partei der Grünen – das ist ja hier schon angesprochen worden – nicht einmal in der Lage war, bei ihrem Energiekonsens in irgendeiner Form weitere Sicherheitsauflagen festzuschreiben, wovon Sie heute auch nichts mehr wissen wollen. Das können wir auf dem Niveau beliebig lang weiterdiskutieren. Ich glaube nicht, dass das sehr viel weiterführend ist.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt ja auch nicht!)

Am Ende, lieber Herr Güldner, muss doch stehen, dass wir miteinander und auch vernünftig vertretbar, aber dann auch argumentierbar, den Menschen gegenüber stehen können, und nicht heute sagen, jetzt muss aber ein Schnellschuss gemacht werden. Warum sollte man sich denn – und das ist natürlich etwas, das uns beschäftigt hat – jetzt nicht in einer vernünftigen Debatte die Zeit dieses Moratoriums auch nehmen,

(Glocke)

um tatsächlich diese Diskussion und die Ergebnisse der Experten abzuwarten? Ich halte das für geboten, und ich glaube, dass das die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse erheblich stärken kann. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

(B)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Gruppe der FDP abstimmen.

Wer dem Antrag der Gruppe der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/1695 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. M ü l l e r [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

(C)

(D)

- (A) Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.
Zuerst lasse ich über die Ziffer 1 des Antrags abstimmen.
Wer der Ziffer 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/1697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür DIE LINKE)
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 1 des Antrags ab.
Jetzt lasse ich über die Ziffer 2 des Antrags abstimmen.
Wer der Ziffer 2 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/1697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür DIE LINKE)
- (B) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 2 des Antrags ab.
Nun lasse ich über die Ziffer 3 des Antrags abstimmen.
Wer der Ziffer 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/1697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür DIE LINKE)
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 3 des Antrags ab.
- Nun lasse ich über die Ziffer 4 des Antrags abstimmen.
Wer der Ziffer 4 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/1697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür DIE LINKE)
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 4 des Antrags ab.
Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.
Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.
Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1726 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. M ü l l e r [parteilos])
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen CDU, DIE LINKE, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
(FDP)
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
Zum Schluss lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen.
Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/1740 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür CDU, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. M ü l l e r [parteilos])
- (C) Nun lasse ich über die Ziffer 4 des Antrags abstimmen.
Wer der Ziffer 4 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/1697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür DIE LINKE)
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 4 des Antrags ab.
Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.
Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.
Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1726 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. M ü l l e r [parteilos])
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen CDU, DIE LINKE, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 2 des Antrags ab.
Nun lasse ich über die Ziffer 3 des Antrags abstimmen.
Wer der Ziffer 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/1697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür DIE LINKE)
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 3 des Antrags ab.
- (D) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen CDU, DIE LINKE, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Stimmenthaltungen?
(FDP)
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
Zum Schluss lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen.
Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/1740 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür CDU, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. M ü l l e r [parteilos])

(A) Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Transport von Kernbrennstoffen über
das Land Bremen verhindern**

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011
(Drucksache 17/1666)

Wir verbinden hiermit:

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafens-
betriebsgesetzes**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. März 2011
(Drucksache 17/1696)
1. Lesung

s o w i e

**Bremische Häfen so bald wie möglich für Kern-
brennstoffe sperren**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 5. April 2011
(Drucksache 17/1730)

(B)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlage.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben über die Frage der Atomtransporte über bremische Häfen und durch das Land Bremen hier schon mehrfach diskutiert. Die Anfrage, die wir vor geraumer Zeit gestellt haben, hat gezeigt, Bremen ist Drehscheibe von internationalen Atomtransporten. Über bremische Häfen gehen Atomtransporte in alle Länder der Welt. Aus fast allen Länder der Welt kommt Uranhexafluorid hierher, wird über Bremen nach Gronau transportiert, dort werden Brennelemente hergestellt. Die Brennelemente werden von hier aus, durch bremisches Gebiet oder durch hamburgische oder bremische Häfen in alle Welt verschickt. Das angereicherte

*) Vom Redner nicht überprüft.

Uranhexafluorid ist auch über bremisches Gebiet nach Russland transportiert worden und liegt dort in Größenordnungen von etlichen Tausend Tonnen unter freiem Himmel.

(C)

Wir haben diskutiert, dass von diesen Transporten einerseits eine unmittelbare Gefährdung für die Bevölkerung ausgeht für den Fall, dass ein solcher Lastwagen – in aller Regel werden sie dann auf Lastwagen über Bremen transportiert – einen Unfall hat, dass dann in Größenordnungen eine Gefährdung eintritt, je nachdem, wo es passiert, im Umkreis von 500 bis 1 000 Metern lebensgefährliche Verletzungen durch Fluorwasserstoff erzeugt werden. Wir haben andererseits auch festgestellt, dass das Risiko eines Unfalls nicht besonders klein ist, vor allen Dingen deswegen, weil vor einem Jahr auf der bremischen Autobahn ein solcher Transport von der Polizei dankenswerterweise aus dem Verkehr gezogen worden ist, weil der Rahmen, in dem der Behälter, in dem Uranhexafluorid war, durchgerostet war. Das gab deutlich Anlass, darüber zu diskutieren, ob wir solche Transporte über Bremen überhaupt wollen.

Der zweite Aspekt ist: Kann man es als Bundesland richtig finden, dass man ein Teil von internationaler Atomlogistik ist? Das Ziel, nämlich Gronau, hat Kapazitäten für die Herstellung von Brennelementen, die weit über den Bedarf von deutschen Atomkraftwerken hinausgehen, und es kommt zwangsläufig, erstens, zu mehr Transporten. Zweitens wäre Deutschland, auch wenn Atomkraftwerke abgeschaltet worden wären, immer noch Teil der Atomindustrie, und das ist etwas, das zumindest drei Fraktionen in diesem Haus nicht richtig finden.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, wir haben uns mit der Frage auseinandergesetzt: Was kann man in Bremen eigentlich tun, um Atomtransporte zu unterbinden? Es sind mehrfach durch diese Bürgerschaft Beschlüsse gefasst worden, die im Wesentlichen deutlich machen, wir wollen diese Atomtransporte nicht, und wir werden jetzt schauen, was wir dagegen tun können.

Es liegt jetzt ein Bericht des Senats vor, der mehrere Fragen behandelt, unter anderem die Frage: Welchen Einfluss hat Bremen eigentlich auf die bremischen eigenen Unternehmen? Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass es formal nicht leicht sein wird, dort entsprechende Unternehmensbeschlüsse zu fassen, weil die entsprechenden Mehrheiten es nicht hergeben, dass aber eine große Bereitschaft dieser Unternehmen zu spüren ist, sich gemeinsam dieser Aufgabe zu widmen und entsprechende Unternehmenspolitik zu formulieren, die Atomtransporte zu verhindern. Das finde ich gut, das ist richtig. Entsprechende tatsächliche Beschlüsse stehen meines Erachtens aber noch aus.

(A) Wir haben uns weiterhin mit der Frage beschäftigt: Was kann man eigentlich formalrechtlich, gesetzlich unternehmen, um Atomtransporte über bremische Häfen und das Land Bremen einzuschränken? Da kam lange Zeit nichts. Wir haben uns als Fraktion dann entschlossen, ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, das diese Frage einmal klärt: Kann man zum Beispiel das Bremische Hafengebietsgesetz entsprechend ändern, um solche Transporte über bremische Häfen nicht mehr zu gestatten? Das hat eine sehr interessante juristische Debatte auch mit den beauftragten Rechtsanwälten ausgelöst, und zunächst sah es so aus, als wäre das nicht möglich. In einer ersten Einschätzung waren die Rechtsanwälte zu dem Schluss gekommen, dass es rechtlich eher nicht möglich ist, so etwas zu tun.

Wir sind aber der Frage dann weiter nachgegangen und sind im Kern zu folgendem Schluss gekommen: Erstens, man kann das Bremische Hafengebietsgesetz wirksam ändern, und zweitens, auch der Bund und auch das Bundesamt für Strahlenschutz können sich einer solchen Entwidmung nicht entziehen und müssen andere Routen wählen. Wir haben also als Land Bremen das Recht, unsere Hafengebietssatzung so zu ändern, dass bestimmte Güter nicht transportiert werden dürfen.

(Glocke)

(B) Ich komme zum Schluss! Das Gutachten sagt auch aus, dass wir uns, wenn wir das tun, mit dem europäischen Recht auf Dienstleistungsfreiheit und Warentransportfreiheit anlegen müssen und die Frage geklärt werden muss, was Priorität hat, die Gesundheit und das Wohl der Menschen oder diese Freiheit. Ich komme dann vielleicht noch einmal argumentativ in einer zweiten Runde darauf zurück. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Rupp hat schon eingangs auf die verschiedenen Papierlagen hingewiesen. Lassen Sie mich eingangs sagen: Mit unserem vorgelegten Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen sollen Umschlag und Transport von Brennelementen über die bremischen Häfen unterbunden werden, weil sie eine unmittelbare Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven bedeuten. Das wird nicht noch viel klarer, als eben in der Debatte von Japan zu sehen, dass wir sehr weite Diskussionen führen, aber sehr mittelbar auch Entscheidungen hier in Bremen vornehmen können. Deswegen bringt unser Antrag zum Ausdruck, wie schon die Debatte im Oktober letzten Jahres, als die Ant-

*) Vom Redner nicht überprüft.

wort des Senats im Februar entsprechend gebracht wurde: Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen, rechtliche Möglichkeiten und die Beteiligungsmöglichkeiten, die Sie, Herr Kollege Rupp, angesprochen haben, um über die bremischen Häfen den Transport von Kernbrennstoffen zu verhindern. Klare Botschaft hier im Parlament!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es geht in dem Zusammenhang nicht nur um die befürchteten Störungen, die durch Kernbrennstoffelementtransporte entstehen können, aber natürlich, auch viel wichtiger, um die Gesundheitsgefährdung in und um die Häfen. Wir nehmen gerade wahr, dass nach Japan auch bremische Häfen sich darauf vorbereiten müssen, was passiert, wenn Ladung angelandet wird, wie weit kann da schon eine entsprechende Kontaminierung vorhanden sein. Das heißt, viele Debatten sind weit weg und mittelbar bei uns, und deswegen haben wir eine Verantwortung, für die Beschäftigten auch in den bremischen Häfen sicherzustellen, dass keine Kernbrennstoffelemente über Bremen und Bremerhaven verschifft werden. Ich sehe auch keine Gefahr, dass der Universalhafen gefährdet ist, im Gegenteil, ich finde, dass es ein klares Bekenntnis dazu geben muss – auch von den Unternehmen –, diese Elemente werden über bremische Häfen nicht verschifft. Damit kann man auch ein positives Signal geben, ohne die Universalhäfen Bremen und Bremerhaven zu gefährden.

Sie haben dann, Herr Kollege Rupp, für die Fraktion DIE LINKE einen entsprechenden Antrag in Gesetzesform vorgelegt. Zu Ihrem Gutachten ist auf der Internetseite dann an einer Stelle mit der Überschrift „Zwischenergebnis“ zu lesen: „Wegen der europarechtlichen Vorgaben kommt daher die Teilentwidmung der Bremer Häfen nicht ohne Weiteres als Mittel in Betracht, Atomtransporte in und durch Bremen vollumfänglich rechtlich zu verhindern.“ Der Gutachter kommt in dem Gutachten selbst dazu, dass es europarechtlich durchaus schwierig ist, ob wir das machen können.

In Anbetracht des baldigen Endes der Legislaturperiode halten wir es für nicht zielführend, bei diesem wichtigen und einschneidenden Thema einer Veränderung unserer Hafenstrukturen mit der Herausnahme von Kernbrennelementen herbeizuführen, weil wir es nicht mehr schaffen, in dieser Legislaturperiode das Thema in zwei Lesungen sachlich und fachlich aufzuarbeiten. Wir werden deswegen Ihren Antrag aus dieser Begründung heraus ablehnen und mit unserem Antrag das klare politische Bekenntnis Ihres Gutachtens aufnehmen, das der Senat auch schon attestiert hat, dies mit einfließen zu lassen in die Senatsbegutachtung der Frage: Wie weit können hafentechnische Dinge vorgenommen werden, um Kernbrennelemente nicht mehr über bremische Häfen durchführen zu können?

(C)

(D)

(A) Wir benötigen auch nicht eine lange Diskussion, denn wir waren im Oktober in der ersten Debatte, im Februar legte der Senat eine Antwort vor, in der sehr detailliert über die Beteiligungen Auskunft gegeben wurde. Da sind wir abhängig von Dritten, die mitentscheiden müssen. Viel wichtiger ist, dass der Senat ganz klar zu seiner Beurteilung kommt, um die Verhinderung des Transports von Brennelementen über Bremerhaven vollziehen zu können. Dazu sind juristische Überlegungen anzustreben, die nicht ganz einfach sind, und er hat deswegen im Rahmen der Senatsbefassung einen Gutachter über eine Senatsgruppe damit beauftragt herauszufinden, welche rechtlichen Möglichkeiten wir haben. Dieses vom Senat in Auftrag gegebene Gutachten muss in Ihre Begutachtung einfließen, die Sie schon vorweggenommen haben, beides zusammen, und der Senat hat signalisiert, dies auch zu tun.

Unser Antrag formuliert Ihren Antrag entsprechend mit als Gutachten, und diese beiden zusammenhängenden Punkte sollen dann zu einer endgültigen Bewertung kommen, welche Möglichkeiten wir in Bremen haben, um Transport von Kernbrennelementen nicht mehr über bremische Häfen durchführen zu können oder um welche Differenzierung es noch von weiteren Stoffen im Bereich der Brennelemente geht.

(B) Also, lassen Sie mich für die Fraktion der SPD ein klares Bekenntnis ausgeben: Wir möchten über die bremischen Häfen alle rechtlichen Notwendigkeiten ausschöpfen, damit es nicht mehr zur Verschiffung von Kernbrennelementen kommt, halten Ihr Gutachten – so, wie es mein Fraktionsvorsitzender auch gesagt hat – für durchaus dienlich, nach vorn entwickelt, sich darüber mit auseinanderzusetzen. Dann wollen wir in der nächsten Legislaturperiode mit dem dann vorliegenden Gutachten des Senats zu einer Beurteilung kommen, um dann den europarechtlich fundierten, aber auch anspruchsmäßigen Forderungen, die im Raum stehen, so begegnen zu können, dass über Bremen und Bremerhaven keine Kernbrennelemente mehr verschifft werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vorhin über die Risiken von Atomkraftwerken debattiert, und zum Betreiben der AKWs ist radioaktives Material, also Kernbrennstoffe, notwendig. Der Transport dieser Kernbrennstoffe ist gleichsam risikobehaftet. Sowohl der Transport in die AKWs als auch von und zu den Wiederaufbereitungsanlagen beziehungsweise am Ende der Lebensdauer eines Kernbrennelementes hin zu einem Zwischenlager oder, falls es das jemals geben sollte, einem Endlager, erfolgt per Bahn, Lkw oder auch per Schiff.

(C) Die Antwort des Senats auf Kleine Anfragen zum Thema Atomtransporte macht deutlich, dass mehrmals wöchentlich Atomtransporte durch das Land Bremen rollen. Dass diese Transporte nicht zwangsläufig den hohen Sicherheitsansprüchen genügen, die man eigentlich daran stellen müsste und würde, zeigte sich – und das hat Herr Rupp ja auch schon hervorgehoben – besonders deutlich, als letztes Jahr im März auf der A 1 ein mit radioaktivem Uranhexafluorid beladener Lkw gestoppt wurde, der an den tragenden Teilen stark verrostet war.

Ich denke, uns eint das gemeinsame Ziel, die Gefahren dieser Atomtransporte für die Bevölkerung im Land Bremen, aber auch für die Mitarbeiter der Häfen und der Umschlagsbetriebe und der Logistikbetriebe abzuwehren, und unser Ziel ist es, dementsprechend alles Mögliche zu versuchen, diese Atomtransporte zu verhindern oder sogar zu stoppen. Aus diesem Grund hat Rot-Grün am 10. November 2010 einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der auch beschlossen wurde und der genau dies zum Ziel hatte. Die Bürgerschaft forderte den Senat darin auf, alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallstoffe durch Bremens Häfen und an Land zu verhindern und somit alle rechtlichen Schritte einzuleiten.

(D) Zudem wurde in dem Antrag gefordert, bei den von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen im Hafenbereich darauf hinzuwirken, dass diese nicht an Transporten und Umschlägen beteiligt sind. Wir müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht in einem Raum „Wünsch-Dir-Was“ leben, sondern in einem Rechtsstaat, dass die meisten Transporte gerade per Lkw auf der Straße vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt werden und Bremen hier einfach keinen Einfluss hat.

Aus diesem Grund forderte der rot-grüne Antrag, dass eine Änderung des Atomrechts auf Bundesebene angestrebt werden muss, sodass die betroffenen Länder, also auch Bremen, einen Einfluss auf die Genehmigung dieser Transporte erhalten. Aus der Mitteilung des Senats lernt man, dass dies nach geltendem Atomgesetz nach wie vor nicht möglich ist, aber Bremen derzeit eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel vorbereitet, das Atomgesetz in dieser Hinsicht zu ändern. Meine Damen und Herren, damit hat dieser Antrag, finde ich, schon ein Ziel erreicht! Jetzt hoffen wir nur, dass die Bundesratsinitiative dementsprechend auch erfolgreich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um die rechtlichen Möglichkeiten der Verhinderung von Atomtransporten zu prüfen, ist als Konsequenz des Bürgerschaftsantrags eine Staatsräte-Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Eine Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, zu überprüfen, welche Flussmöglichkeiten für Bremen als Eigentümerver-

(A) tretung in den öffentlichen Hafenumschlagsunternehmen bestehen, und, Herr Rupp hat das ja auch schon erwähnt, das Ergebnis ist eher ernüchternd. Eigentlich hat Bremen da gar keinen Einfluss, aber ich finde, man soll doch positiv anerkennen, dass sowohl die BLG als auch Eurogate sich gegen die Durchführung des geplanten Transports von Kernbrennstoffen von Ahaus nach Majak letzten Jahres ausgesprochen und damit auch einen sehr positiven Beitrag in Bremen geleistet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Will man Kernbrennstofftransporte über die Häfen rechtlich unterbinden, so betritt man hier, und auch das lernen wir aus der Mitteilung, juristisches Neuland. Man müsste das Bremische Hafenbetriebsgesetz oder die Bremische Hafenordnung ändern, es gibt da die unterschiedlichsten juristischen Einschätzungen, vor allem aus den Neunzigerjahren. Daher hat die Arbeitsgruppe beschlossen, externen Sachverständigen hinzuzuziehen, aber uns liegen die Ergebnisse hier und heute noch nicht vor.

(B) Aus diesem Grund, meine Damen und Herren von der LINKEN, können wir heute einer Änderung des Hafengesetzes nicht zustimmen, weil wir es richtig finden, diese juristischen Gutachten noch abzuwarten, und dazu sollte man doch auch einmal sagen, dass es zeitlich so ist, dass bisher weder für 2011 noch 2012 Atomtransporte von Kernelementen beantragt sind. Ich finde, wir sollten daher auch eine saubere juristische Prüfung angehen, denn wir haben in Bremen die Erfahrung gemacht, dass es nichts nutzt, wenn man eine Änderung beschließt, jemand klagt dagegen, wir verlieren die Klage, und dann schieben wir richtig den Riegel vor und haben überhaupt keine Möglichkeit mehr. Also lassen Sie uns das bitte juristisch sauber prüfen, bevor wir heute solch eine Kurzschlusshandlung vornehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

DIE LINKE hat, das wurde ja heute auch schon erwähnt, selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben, das besagt, Bremen hätte die Möglichkeit, Atomtransporte zu stoppen, wenn es eine Teilentwidmung der bremischen Häfen vornehmen würde. Laut ihrer Gutachten muss dafür dieses Hafenbetriebsgesetz für bestimmte Nutzungen geändert werden, die den Transport radioaktiver Güter ausschließen. Das ist vielleicht mit deutschem Recht vereinbar, die Häfen gehören dem Land, aber es wird auch –

(Glocke)

ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident – noch einmal deutlich gesagt, dass die Teilentwidmung

womöglich mit der Warenverkehrsfreiheit und der Dienstleistungsfreiheit nach europäischem Recht kollidiert. Das heißt, Transportunternehmen mit Sitz im EU-Ausland könnten Schadenersatzansprüche stellen. Da die von den LINKEN beauftragten Gutachter selbst davon ausgehen, dass eine Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes mit europäischem Recht kollidiert, können wir dem Änderungsantrag der LINKEN heute nicht folgen, sondern wir warten ab, bis wir vom Senat die Ergebnisse für die beauftragte externe Prüfung vorliegen haben, und genau das machen wir in unserem Antrag noch einmal deutlich. Wir wollen aber schon, dass die Ergebnisse des Gutachtens der LINKEN dort mit berücksichtigt werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Frage, ob Atomtransporte über Bremen stattfinden sollen oder nicht, haben wir in der Bürgerschaft schon oft diskutiert, und eigentlich gibt es auch nichts, das noch nicht gesagt wurde. Ich freue mich aber über die vorliegende Mitteilung des Senats, die der Diskussion um das Thema endlich ein Ende machen könnte. Die eingesetzte Arbeitsgruppe des Senats kommt nämlich zu dem Ergebnis, dass Bremen im Grunde gar keinen Einfluss auf Atomtransporte hat. So bewertet der Senat in seiner Vorlage die rechtlichen Möglichkeiten wie folgt, und ich zitiere daraus: „Die Länder können nicht gegen die erteilten Beförderungsgenehmigungen des Bundesamts für Strahlenschutz vorgehen.“

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Richtig!)

Auch in Bezug auf die Möglichkeiten der Einflussnahme auf öffentliche Unternehmen kommt der Senat zu einem ernüchternden Ergebnis. Ich zitiere noch einmal: „Die unmittelbaren gesellschaftsrechtlichen Durchgriffsmöglichkeiten sind für Bremen begrenzt.“ Angesichts dieser Ergebnisse frage ich mich, wie es um das Versprechen des Bürgermeisters im Herbst 2009 steht, als er den Bürgerinnen und Bürgern Bremens beteuerte, dass er Atomtransporte ablehne und alle Möglichkeiten ausschöpfen wolle, um solche Transporte durch Bremen zu verhindern. Was, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, hat sich nun seit dem Herbst 2009 in dieser Sache getan? Ist die Zahl der Atomtransporte, wie Ihr Versprechen vermuten ließe, zurückgegangen? Nein, ganz im Gegenteil! Wie die Antwort auf die Kleine Anfrage der Grünen vom Anfang des Jahres belegt, steigt die Zahl, und das nicht gerade unerheblich.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Fand 2004 noch ein einziger Atomtransport über Bremens Straßen statt, waren es 2006 schon 22 Transporte, 2010, als fast jede Woche in den Zeitungen zu lesen war, dass die rot-grüne Landesregierung Atomtransporte verhindern will, waren es 120. Zum Jahr 2006 hat sich also die Zahl in 2010 mehr als verfünffacht, und ich finde, das ist unglaublich.

Was, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Versprechen des Bürgermeisters angesichts dieser Zahlen eigentlich noch wert? Apropos Versprechen, wo ist jetzt eigentlich der Bürgermeister, der sich hier als Retter der Straßen erhoben hat?

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Weg ist er, nirgendwo da. Es ist endlich an der Zeit, dass man den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenkt. Sie können nicht weiter umherziehen und den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, Sie könnten Atomtransporte verhindern. Verantwortungsvolle Politik sieht für mich anders aus! Sie müssen endlich Klartext reden!

(Beifall bei der CDU)

Es werden unabhängig davon, wer in Berlin regiert, noch viele Atomtransporte über die Bremer Straßen stattfinden. So viel Wahrheit muss man der Bremer Bevölkerung schon zumuten.

(B) Was mich noch interessieren würde, wie stünden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, denn eigentlich zu den Atomtransporten, wenn wir bei Ihrem alten Energiekonsens geblieben wären? Wären die Transporte dann in Ordnung? Ihre Politik dient allein dazu, jetzt Wählerstimmen zu fangen, und das ist für mich unredlich!

(Abg. O p p e r m a n n [SPD]: Das ist doch
Quatsch!)

Bremen kann sich nicht aus der Gesamtverantwortung stehlen, denn was wäre die Konsequenz, wenn alle Bundesländer so unverantwortlich handeln und ihre Straßen oder Häfen für Atomtransporte sperren würden? Was soll denn mit dem atomaren Müll zum Beispiel aus der ehemaligen DDR geschehen? Wir als CDU, wir freuen uns nicht

(Zuruf des Abg. D e n n h a r d t [SPD])

über die Atomtransporte, aber zuverlässiges politisches Handeln erfordert auch, unbequemen Verpflichtungen nachzukommen.

Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum Antrag der LINKEN! Ihr Antrag ist die Folge eines Gutachtens, das Ihrer Ansicht nach die Sperrung der Häfen für radioaktive Stoffe begründet. Allerdings widerspricht einer Sperrung der Häfen auf EU-Ebene die

Waren-, Verkehrs- und Dienstleistungsfreiheit der EU, also geht das nicht. Wenn Ihr rechtlicher Sachverstand noch nicht dazu reicht, um die Tragweite solch einer Einschätzung zu beurteilen, dann kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen. Genauso wenig können wir dem Antrag von Rot-Grün zustimmen, er streut den Menschen in Wirklichkeit nur Sand in die Augen und schürt Hoffnung, die Sie nach der Wahl dann doch wieder nicht erfüllen können.

Abschließend möchte ich noch klarstellen, dass Atomtransporte über Bremer Gebiet auch bei der CDU keine Begeisterung hervorrufen, aber Bremen kann sich nicht aus der Gesamtverantwortung stehlen. Wenn alle sicherheitsrelevanten Aspekte bei Transporten berücksichtigt werden, müssen sie auch über unsere Straßen durchgeführt werden. Für Herrn Bürgermeister Böhrnsen ist es nun an der Zeit, dass er den Bürgerinnen und Bürgern eingesteht, dass er wieder einmal ein Versprechen nicht halten kann. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben dieses Thema in diesem Haus öfter debattiert, und wir sind uns einig, dass die Zahl der Atomtransporte reduziert werden muss. Dass es dabei um Differenzierungen geht hinsichtlich dessen, was transportiert wird, ist vielleicht der LINKEN noch nicht so ganz klar, aber uns ist es klar!

Der Koalition geht es darum, keine Kernbrennstoffe zu transportieren, und auch da muss man wieder die Frage stellen, ob es einerseits möglich ist und ob es andererseits redlich ist, den Leuten zu sagen, wir sind hier Freunde des Sankt-Florian-Prinzips. Das ist, glaube ich, nicht redlich. Es kommt darauf an zu sagen, dass der Weg sein muss, die Transporte auf das absolute Minimum zu reduzieren, es gibt Optimierungspotenzial, es gibt Etliches, das hier nicht transportiert werden muss. Dafür sind wir sehr leicht zu gewinnen. Es gilt, die Gefährdung aller Menschen möglichst gering zu halten, allerdings muss man dazu auch sagen, dass man diese Optimierungsmöglichkeiten ergreifen muss. Ansonsten habe ich schon mehrfach deutlich gemacht, dass es uns lieber ist, dass die Dinge in leistungsfähigen Häfen transportiert und umgeschlagen werden und nicht in irgendwelchen Häfen, die dann vielleicht noch nicht solche Standards haben, wie vor allem die Bremer Häfen.

Deswegen sagen wir als Bremer FDP, es ist ein Trugschluss zu glauben, den Menschen hier wirklich mehr Sicherheit versprechen zu können, einerseits, weil es rechtliche Bedenken gibt, andererseits gebietet es auch die Verantwortung zu sagen, das, was einmal getan worden ist, muss dann auch abgearbeitet werden. Das heißt, es muss entsorgt werden, dafür müssen

(C)

(D)

(A) Transporte stattfinden, und solange Kernkraft betrieben wird, muss auch das eine oder andere noch transportiert werden, und der Seeweg ist einer der Wege, der genommen werden muss, weil auch über See transportiert werden muss. Deswegen lehnen wir hier diese Ansinnen entsprechend ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Als ich am 10. März in der „Nordee-Zeitung“ lesen konnte „Atomtransporte können gestoppt werden. Gutachten der LINKEN: Änderungen des Hafenerbetriebsgesetzes nötig. Mit Klagen aus EU-Ausland zu rechnen.“, war ich doch sehr überrascht. Wie Sie wissen, gehörte ich einmal dieser Fraktion als hafenpolitischer Sprecher an, und ich habe ganz genau darauf hingewiesen, dass das Gutachten, das wir haben erarbeiten lassen, zu der Zeit sachdienlich, zielorientiert, sehr ausführlich war, aber für diese Sache vernichtend. Ich gehe davon aus, Herr Rupp, dass Sie das Gutachten vom 10. Dezember 2010 meinen, weil ich über ein anderes nicht informiert bin und mir auch nicht zur Kenntnis gegeben wurde, aber in Ihrem Antragstext gehen Sie genau auf dieses Gutachten ein.

(B)

Das heißt also, in dem Gutachten wird ganz genau erklärt, wie es möglich ist, eine Teilentwidmung der Straßen als auch der Häfen hinzubekommen, aber es zeigt auch auf, welche Gegenaktionen kommen. Selbst wenn wir als Land Bremen die Häfen für Atomtransporte entwidmen, wird auf der Seite 4 darauf hingewiesen, dass der Bund über seine Aufsichts- und Weisungsrechte nach Artikel 85 Absatz 3 und 4 des Grundgesetzes diese Sperre übergehen kann. Das bedeutet, selbst wenn wir die Häfen gesperrt haben, kann die Bundesregierung die Atomtransporte weiterhin über unsere Häfen führen.

Von der Kanzlei wurde auch aufgeführt, dass erhebliche Zweifel bestehen, aufgrund des Wettbewerbsrechts als auch der EU-Grundfreiheiten, dass eine solche Entwidmung überhaupt möglich ist. Somit kam man dann zu dem Zwischenergebnis, ich zitiere aus dem Gutachten auf Seite 12, zweitens, Umschlag und Transport radioaktiver Stoffe: „Eine Teilentwidmung der Bremer Häfen beträfe nicht nur die Warenverkehrsfreiheit derjenigen, die radioaktive Stoffe ein- oder ausführen wollten, sondern auch die Dienstleistungsfreiheit derer, die Umschlag und Transport der Stoffe durchführen. Der Euratom-Vertrag enthält insoweit keine eigenen Regelungen, sodass die Dienstleistungsfreiheit im Sinne des Artikels 56 AEUV zur Anwendung kommen könnte.“ Zum Zwischenergebnis wurde angeführt, ich zitiere weiter: „Eine

Teilentwidmung der Bremer Häfen im Hinblick auf den Transport und den Umschlag von radioaktiven Stoffen wäre mit EU-Grundfreiheiten nicht zu vereinbaren. Wegen der europarechtlichen Vorgaben kommt daher eine Teilentwidmung der Bremer Häfen nicht als Mittel in Betracht, Atomtransporte in und durch Bremen zu verhindern.“

(C)

Wenn das das Gutachten ist, worauf immer hingewiesen wird, frage ich mich, Herr Rupp, wie Sie denn einen solchen Antrag einbringen können! Das abschließende Ergebnis des Gutachtens auf Seite 17 lautet: „Der Umschlag und der Transport von radioaktiven Stoffen im Land Bremen kann anhand der vorstehenden geprüften Möglichkeiten staatlichen Handelns nicht rechtmäßig unterbunden werden.“ Nicht rechtmäßig unterbunden, das heißt, wir müssten dann einfach alle aufrufen und sagen: Geht auf die Straßen, geht auf die Schienen, setzt euch hin, aber das ist eben rechtlich nicht greifbar!

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE geht daher einen Schritt zu weit. Der richtige Schritt ist der, erst einmal zu prüfen, welche Möglichkeit man hat. Da kann ich nur sagen, dass der Antrag 17/1730, Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren, der richtige Weg ist. Dort wird erst einmal darauf hingewiesen, dass man diese Transporte weiterhin nicht haben will, weil wir noch diese richtig ausführliche Mitteilung des Senats in Erinnerung haben, die zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE erstellt wurde, da wurden einfach erhebliche Atomtransporte genannt. Es war erschreckend, wie viele Transporte es wirklich waren. Ich hätte nie gedacht, dass wir so viele Atomtransporte in unserem Land haben.

(D)

In dem Antrag wird auch unter Punkt 2 aufgeführt, dass das Gutachten der LINKEN mit in die Prüfung einbezogen werden soll. Das heißt, es soll erst einmal von einem Unabhängigen geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen. Dann ist es natürlich richtig, dass man die bisher erstellten Gutachten mit einbezieht. Richtig hilfreich ist das Gutachten aber nicht.

Es ist auch richtig, dass uns die Ergebnisse der Prüfung möglichst schnell dargestellt werden müssen.

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Das habe ich schon gesagt!)

Wie wir ja heute schon erheblich über Atomtransporte diskutiert haben, ist es Zeit, den Ausstieg zu schaffen. Es ist ein langer Weg dorthin, und daher ist es wichtig, möglichst schnell zu arbeiten.

(Glocke)

Deshalb werde ich dem Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zustimmen, und da ich der Meinung bin, dass der Antrag der LINKEN ein Schritt vor dem ersten ist, werde ich diesen ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider kann ich Ihnen nicht erklären, was der Schritt vor dem ersten ist, das ist eine Form von der Menge der natürlichen Zahlen, und das kann ich jetzt leider nicht. Ich kann nur noch einmal Folgendes dazu sagen: Ich empfehle in der Tat, sich dieses Gutachten genau anzusehen, weil wahr ist – das steht auch eindeutig darin –, wer das Bremische Hafenerbetriebsgesetz ändert, kann in Konflikt mit europäischem Recht kommen. In eine solche Situation werden wir wahrscheinlich in ganz vielen Fragestellungen, wenn es um den Ausstieg aus der Atomkraft, die Stilllegung von Atomanlagen und Verhinderung von Atomtransporten geht, kommen.

(B) Wir werden mit hoher Wahrscheinlichkeit immer wieder das Problem haben, dass das europäische Recht, das ein ausgesprochen neoliberales Recht ist, uns in eine Situation bringt, dass Betroffene gegen bestimmte gesetzliche Vorhaben dieses Landes klagen können, und ich finde, es ist eine notwendige Auseinandersetzung, die wir eingehen müssen. Ich denke, eine Landesregierung kann auch so viel Rückgrat haben und sagen, wir wollen keine Atomtransporte mehr über bremische Häfen, wir haben die Möglichkeit, das Hafenerbetriebsgesetz zu ändern. Das wirkt so, dass selbst das Bundesamt für Strahlenschutz dort keine Transporte mehr durchführen lassen kann, und wir lassen es auf einen Prozess ankommen, in dem eben genau geklärt wird: Was wiegt in Europa, Deutschland oder Bremen schwerer? Die Dienstleistungsfreiheit, die Warentransportfreiheit oder die Gesundheit und der Umweltschutz?

(Beifall bei der LINKEN)

Das Gutachten kommt auch zu dem Schluss, dass das eine Frage ist, die noch geklärt werden muss. Ich halte es für notwendig, die Frage zu klären, und nach den Ereignissen von Fukushima bin ich davon überzeugt, dass auch ein Europarecht und ein entsprechendes Gericht prüft, ob es nicht genau eine richtige Maßnahme ist und ob es nicht genau richtig ist, Warentransportfreiheit, Dienstleistungsfreiheit dann einzuschränken, wenn sie die Gesundheit von Menschen und Umwelt gefährden.

Deswegen spricht meines Erachtens überhaupt nichts dagegen, erstens, dieses Gesetz heute in erster Lesung zu beschließen, dann bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung die Prüfungen, die ja irgendwann angefangen haben und möglicherweise auch irgendwann zum Ende kommen, in dieses Gesetz einfließen zu lassen und möglicherweise dann dieses Gesetz zu beschließen. Wenn sich bei der Prüfung he-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) rausstellt, es funktioniert nicht, kann man dieses Gesetz möglicherweise nicht beschließen, weil dann Bedenken oder Gutachten an den Tag kommen, die das, was bisher bekannt ist, aushebeln.

Was ich nicht verstehe, ist: Als wir die erste Anfrage zu Atomtransporten gestellt haben, hat es hier einen Beschluss gegeben, nein, das wollen wir auch nicht. Wir haben einen zweiten Antrag gestellt, dann hat es wieder einen Beschluss gegeben: Nein, das wollen wir auch nicht. Praktische Schritte zur Verhinderung von Atomtransporten sind in der Tat nur sehr begrenzt oder gar nicht vorgenommen worden. Jetzt gibt es die Chance, auf ein rechtlich sehr fundiertes Gutachten, gestützt eine Gesetzesänderung vorzunehmen, und diese Chance nehmen Sie nicht wahr. Das, meine Damen und Herren, finde ich ausgesprochen fragwürdig, und ich habe dafür kein Verständnis, wenn man in einer Situation ist wie jetzt, in der man dringend auf allen Ebenen gegen die Atomindustrie vorgehen muss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

(D) **Staatsrat Dr. Heseler:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal die Position des Senats zusammenfassen: Zunächst einmal zu den Vorwürfen des Abgeordnete Imhoff, der Bürgermeister würde hier keine klare und keine verantwortungsvolle Position beziehen! Ich glaube, man muss die Ebenen unterscheiden. Wir sind als Bundesland Bremen dort, wo es möglich ist, aktiv und tätig, insbesondere mit der Bundesratsinitiative, und wir wollen insbesondere darüber die Atompolitik der Bundesregierung ändern. Ich glaube, wir haben heute erheblich größeren Einfluss, als wir ihn noch vor einem oder zwei Jahren gehabt haben, über den Bundesrat Veränderungen zu bewirken. Das machen wir, und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Schritt.

Das andere sind die Maßnahmen, die wir hier in Bremen selbst treffen können. Dazu muss man deutlich sagen, wir haben vor allen Dingen zwei Themen. Erstens, welchen Einfluss können wir auf unsere Unternehmen, die wir hier beeinflussen, nehmen? Da teile ich Ihre Einschätzung nicht, Herr Imhoff, die Sie genannt haben – auch Frau Schaefer hat das so zum Teil gesagt –, wir hätten eigentlich keinen Einfluss auf unsere Unternehmen. Das ist so nicht ganz richtig. Wir haben in der Staatsräte-Arbeitsgruppe geprüft, was wir formal, was wir im rechtlichen Sinne machen können. Da sind wir natürlich an das Gesetz gebunden, an das Aktiengesetz und an das GmbH-Gesetz. Da muss man sehen, dass es sich hierbei um operative Tätigkeiten handelt, wo nicht einfach ein Gesellschafter durchgreifen und sagen kann: Hier, Vorstand, du hast das anders zu machen, und du musst unsere Vorstellungen jetzt sofort umsetzen.

(A) Es ist eine etwas komplizierte Gesetzeslage. Wir sind zwar der Mehrheitsaktionär der BLG LOGISTICS GROUP, und wir haben dann dargestellt, welche Möglichkeiten wir haben. Als Gesellschafter selbst können wir nur über den Aufsichtsrat tätig werden. Im Aufsichtsrat, das ist ein mitbestimmtes Unternehmen, haben wir keine Mehrheit. Man muss sich also Partner suchen, mit denen man das durchsetzen könnte. Das wären die anderen Aktionäre oder Arbeitnehmervertreter. Das ist eine theoretische Option. Bei den anderen Unternehmen muss man sehen, dass der Hafenumschlag in Bremen, insbesondere was die Container angeht, von Eurogate, von MSC und von NTB zusammen mit Maersk betrieben wird. In keinem dieser Unternehmen haben wir eine Mehrheit; es sind GmbHs, aber wir haben keine Mehrheit.

Es gibt aber einen anderen Schritt. Wir, der Hafensenator, die Finanzsenatorin, auch der Bürgermeister, haben mehrfach Gespräche mit den Vorständen der Unternehmen geführt und mit ihnen die Situation diskutiert. Sie können als einen Schritt daraus sehen, dass etwa der Transport von Ahaus nach Majak im Dezember oder Januar letztendlich von Eurogate, von der Geschäftsführung, abgelehnt worden ist. Wir haben schon die Möglichkeit, im Dialog mit unseren Unternehmen auf die Geschäftsführung einzuwirken, das haben wir auch sehr intensiv gemacht, und das werden wir auch in Zukunft machen. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Schritt. Wir sind nicht diejenigen, die nur per Anordnung auf Vorstände hinwirken können, sondern wir sind dort im Gespräch, und ich habe durchaus den Eindruck, dass der Vorstand der BLG, der Vorstand von Eurogate sehr verantwortlich mit diesem Thema umgeht und sehr bewusst weiß, was sein Mehrheitsgesellschafter in dieser Sache will und dass das nicht unberücksichtigt bleibt. Insofern würde ich nicht sagen, dass wir gar keinen Einfluss haben.

(B) Die wichtige Frage – das ist in der Tat ein schwieriges Problem – ist dann, ob und wie wir Einfluss nehmen können über die Veränderung der Hafenordnung. Dies ist ein – Herr Imhoff, darauf haben Sie ja selbst hingewiesen – kompliziertes rechtliches Problem. Der Gesetzentwurf der LINKEN ist nun in der Tat ein Beleg dafür, dass wir hier erhebliche Probleme haben, denn Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, in dem selbst steht, dass es rechtlich sehr zweifelhaft ist, ob darin nicht Angriffspunkte sind. Nun hat das Ihr ehemaliger Fraktionskollege Herr Müller auch noch einmal dargestellt. Wir haben eine Kanzlei beauftragt, die Staatsräte-Arbeitsgruppe, uns bis Ende Mai ein Ergebnis vorzulegen, welche Einflussmöglichkeiten wir über die Teilentwidmung des Hafens, das Verbot, bestimmte Transporte über die Häfen durchzuführen, haben.

Wir haben im Übrigen dabei dann auch sofort den Gutachter aufgefordert, das Gutachten der LINKEN mit einzubeziehen. Insofern wird dieses Gutachten mit berücksichtigt. Ich glaube, Sie können sicher sein,

wir haben einen Gutachter ausgewählt, der sehr viele Erfahrungen in diesen Themen hat und der sich des Themas auch sehr kritisch annehmen wird. Wir sind dort im Gespräch, und wir werden Ende Mai ein Ergebnis erzielen. Wir können aber als Landesregierung nicht einfach sagen: Okay, wir müssen Rückgrat zeigen, koste es, was es wolle, wir werden unsere politische Ansicht durchsetzen, und wenige Wochen später haben wir eine einstweilige Verfügung eines Gerichts, die uns das nicht ermöglicht. Wir müssen uns auf sicherem rechtlichen Terrain bewegen, sonst wäre dies Voluntarismus und auch für Bremen letztlich gefährlich. Wir werden dies verantwortlich prüfen. Die Ergebnisse liegen Ende Mai vor, dann werden wir dies hier mit den Parlamentariern diskutieren, und dann kann man die entsprechende Schussfolgerung daraus ziehen.

Ich glaube, wir hätten insgesamt natürlich eine einfachere Situation, wenn der Atomkonsens nicht aufgekündigt worden wäre, dann wäre es auch für die Häfen leichter gewesen. So müssen wir jetzt nach geeigneten Wegen suchen, und Sie können sicher sein: In dem Sinne, wie es hier der rot-grüne Antrag auch darstellt, wird der Senat jetzt in den nächsten Wochen und Monaten handeln und dann auch Ergebnisse vorlegen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes, Drucksache 17/1696, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ü l l e r [parteilos], Abg. T i t t m a n n [parteilos] und Abg. W o l t e m a t h [parteilos])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

(C)

(D)

(A) Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1730 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. Müller [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, Abg. Timke [BIW], Abg. Titmann [parteilos] und Abg. Woltemath [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/1666, Kenntnis.

Einsparungen im Kommunal- und Landeshaushalt durch arbeitsmarktpolitische Investitionen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. November 2010
(Drucksache 17/1552)

(B) D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. März 2011

(Drucksache 17/1679)

Wir verbinden hiermit:

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Arbeitsmarktpolitik stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 14. März 2011
(Drucksache 17/1689)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 17/1679, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Das ist nicht der Fall, sodass wir gleich in eine Aussprache eintreten können.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Tut mir leid, dass Ihre Fraktion nicht mehr da ist! – Abg. T s c h ö p e [SPD]: Sollen wir uns ein wenig herübersetzen?)

(C)

Ach nein, das brauche ich dann auch nicht, Herr Kollege Tschöpe!

Zu Beginn dieser Legislaturperiode, also im Jahr 2007, gab es etwa 700 öffentlich geförderte und, was das Wichtige dabei ist, sozialversicherungspflichtige Stellen in Bremen. Am Ende dieser Legislaturperiode, also ab Mitte dieses Jahres, werden es weniger als 600 Stellen sein, also weitaus weniger als im Jahr 2007. Dies ist mitverursacht durch die Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung, klar!

Wir sind uns hier in diesen Punkten einig mit der SPD und den Grünen in der Kritik an diesen Kürzungen. Wir sind uns auch mit der SPD und den Grünen einig in der Forderung nach der sogenannten Aktivierung der passiven Mittel, denn mit dem Geld, das ein Erwerbsloser insgesamt kostet – also vom Bund, von der Kommune und den Sozialkassen –, könnte man Erwerbslose auch ganz einfach sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das auf Bundesebene fordert, dann sollte man es auf jeden Fall auch auf Landesebene praktizieren und hier nicht aussitzen, sonst wird man unglaubwürdig. Das macht der Bremer Senat leider nicht! Das ist das klare Ergebnis dieser Anfrage und der uns vorgelegten Antworten.

(D)

Jeder Erwerbslose, der eine geförderte Beschäftigung annimmt, verringert dadurch die kommunalen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft. Das gilt zumindest für alle Alleinstehenden und für alle Alleinerziehenden mit einem Kind bereits mit der untersten Vergütungsgruppe von 1 100 Euro brutto im Monat. Bei 1 300 Euro brutto gilt es auch für Alleinerziehende mit 2 Kindern oder für einen Zwei-Personen-Haushalt ohne Kinder. Durch diese Verringerung der kommunalen Kosten für Kosten der Unterkunft, das kann man ausrechnen, ergeben sich etwa 157 Euro pro Monat für einen Alleinstehenden an Einsparungen. Daraus ergibt sich, wenn man jetzt einfach einmal zugrunde legt, dass der Alleinstehenden-Anteil etwa bei der Hälfte der geförderten Beschäftigten liegt – und das ist auch eine realistische Größe, wenn man sich die Zuweisung in den Maßnahmen anschaut –, eine jährliche Einsparung von dann immerhin einer Million Euro bei den Kosten der Unterkunft. Das ist bei 1 100 geförderten Stellen wie im letzten Jahr möglich.

Wenn man jetzt diese Einsparungen bei Alleinerziehenden und bei höheren Vergütungsgruppen mit einbezieht, sind in dieser Legislaturperiode etwa vier Millionen Euro durch geförderte Beschäftigung bei den kommunalen Kosten gespart worden, und dieses Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, finden wir, muss als Landesmittel in die Beschäftigungspolitik reinvestiert werden. Das ist das Mindeste, worauf die

- (A) Erwerbslosen in dieser Stadt, in diesen Städten einen Anspruch haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Bremen gibt ja ansonsten in der Arbeitsmarktpolitik nicht viel mehr als nur EU-Gelder für die Beschäftigung aus und beteiligt sich selbst fast gar nicht an den Kosten.

Was wird noch deutlich in der Anfrage? Die absolute Niedriglohnpolitik in der geförderten Beschäftigung ist ein äußerst schlechtes Geschäft. Mit 1 100 Euro brutto kommt niemand aus dem aufstockenden Hilfebezug heraus, aber, so wie wir es schon in diversen Anträgen gefordert haben, mit 1 300 Euro ist das für Alleinstehende möglich. Eine solche Anhebung, aus Landesmitteln finanziert, kostet die Kommune bei einem Alleinstehenden gerade einmal 63 Euro im Monat. Wie gesagt, seit Jahren ringen wir darum, dass es diese Anhebung endlich geben möge. Ich finde, nach diesen Zahlen ist sie endgültig fällig, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn ansonsten hat es immer einen zynischen Beigeschmack, wenn wir über Erwerbslose anhand von Zahlen und Kosten reden.

- (B) Aber gerade für Erwerbslose ist es ein wichtiger Befund, dass Bremen nicht nur keine Landesmittel einsetzt, um Beschäftigung zu finanzieren, sondern sogar, wenn man böswillig argumentiert, noch Profit aus der Beschäftigungspolitik zieht, ohne ihn an die Erwerbslosen zurückzugeben. Dieser Zustand muss aufhören. Dafür müsste man eigentlich auch keine neuen Erhebungen anstellen, wie Sie es, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, in Ihrem Antrag fordern, um das Thema auf die lange Bank zu schieben. Dafür braucht man nur die Antwort auf unsere Anfrage, dafür braucht man einen Taschenrechner und, was das Wichtigste ist, dafür benötigt man vor allem den politischen Willen, die Konsequenzen zu ziehen, weil man sich den Erwerbslosen und den geförderten Beschäftigten gegenüber verantwortlich fühlt. Dann würde es nämlich auch ohne einen weiteren Zwischenschritt, den Ihr Antrag darstellt, klappen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Nitz, eine verringerte Ausgabe ist immer noch keine Einnahme und noch kein Gewinn, insofern finde ich Ihre Rechnung, dass Bremen einen Gewinn aus den Arbeitslosen zieht, etwas – gelinde oder vornehm gesagt – sehr gewagt, aber eigentlich ist es ein Taschenspielertrick.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Nun zu unserem Antrag! Sie haben zu Ihrer Großen Anfrage schon das Wesentliche gesagt. Ungeachtet dessen, dass die Arbeitslosenzahlen sich sehr erfreulich entwickeln, nämlich Arbeitslosigkeit auch in Bremen und Bremerhaven zurückgeht, und wir natürlich schwergewichtsmäßig unsere Arbeitsmarktpolitik darauf ausrichten, Arbeitslose auch durch Qualifizierung in den regulären Arbeitsmarkt zu bringen, sind wir uns darüber im Klaren, dass wir auf absehbare Zeit auch noch für diejenigen, die in den regulären Arbeitsmarkt nicht vermittelbar sein werden, weil sie aufgrund persönlicher Einschränkungen nicht vermittelbar sind, sei es, dass sie für den Arbeitsmarkt als zu alt gelten, dass sie gesundheitliche Einschränkungen haben, dass sie auch den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht gewachsen sind, die Möglichkeit geförderter gemeinnütziger Beschäftigung in gemeinnütziger Arbeit bieten.

Nun wird diese öffentlich geförderte Beschäftigung im Augenblick in zwei Formen durchgeführt, nämlich einmal in der Form der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, darauf haben Sie auch angespielt, Frau Nitz, zum größten Teil aber bisher eben immer noch in der Form der Beschäftigung in der Mehraufwandsvariante, von uns InJobs und im Volksmund auch Ein-Euro-Jobs genannt. Sie sind ja wieder in die Diskussion gekommen angesichts der Demonstration, auch der Debatten, die wir hier im letzten Herbst gehabt haben angesichts auch der Kürzungen durch die Bundesregierung. Ich darf daran erinnern, dass hier sogar für den Erhalt dieser Ein-Euro-Jobs gekämpft wurde, weil es natürlicherweise auch für die Betroffenen häufig die einzige Möglichkeit ist, überhaupt irgendwo in Arbeit und in soziale Zusammenhänge einbezogen zu werden.

Ich will aber noch einmal ganz deutlich sagen, dass diese InJobs aus unserer Sicht erhebliche und gravierende Nachteile haben, zum einen sind es keine richtigen Arbeitsverhältnisse, es sind Beschäftigungsmaßnahmen. Es gilt deswegen auch nicht das normale Arbeitsrecht, es gilt nicht das Betriebsverfassungsgesetz. Die Betroffenen kommen aus dem Hilfebezug nicht heraus, und sie haben auch das Gefühl, für einen Euro die Stunde arbeiten zu müssen, und empfinden dies als Ausbeutung, auch wenn das natürlich objektiv nicht stimmt, dass sie für einen Euro arbeiten.

Infolgedessen ist es auch unser erklärtes Ziel, diese Ein-Euro-Jobs, diese InJobs zugunsten von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmaßnahmen abzubauen. Meiner Meinung nach wäre es sogar sinnvoll für die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in den nächsten vier Jahren, solche Ein-Euro-Jobs, InJobs nur noch zu beschränken auf solche Arbeitsgelegenheiten, bei denen der soziale Aspekt im Vordergrund steht, wo es in erster Linie durch die Beschäftigung um eine Qualifizierung von elementarem Arbeitsverhalten und von tagesstrukturierenden Maßnahmen und einer gewissen sozialen Einbindung geht,

(C)

(D)

(A) und da, wo der Aspekt gemeinnützige Arbeit im Vordergrund steht, dies in Form von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zu gestalten.

Dem steht im Augenblick noch die gegenwärtige Finanzierung entgegen, da diese sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auf der einen Seite den aktiven Arbeitsmarkt belasten und auf der anderen Seite bei den InJobs die anfallenden Kosten für die Finanzierung des Lebensunterhaltes und der Kosten der Unterkunft nicht berücksichtigt werden. Insofern ist es sehr verdienstvoll, Frau Nitz, dass Sie nun mit Ihrer Großen Anfrage dies auch noch einmal haben vorrechnen lassen, dass eine solche Aktivierung der passiven Mittel beim Bund erhebliche Mittel freisetzt, aber das war eigentlich auch vorher schon klar. Da fällt der Löwenanteil dieser Spielräume an.

Allerdings gibt die Antwort auf die Große Anfrage auch Anlass zu der Vermutung, dass eben auch bei den Kosten der Unterkunft, die ja immer als Letztes noch bei den Kommunen hängen bleiben, solche Spielräume geschaffen werden können, hier kostenneutral InJobs umzuwidmen in sozialversicherungspflichtige und richtig entlohnte Beschäftigung. Es ist keineswegs unsere Absicht, jetzt da, wo diese Spielräume stehen, und deswegen sagen wir, der Senat soll das noch einmal überprüfen, dies auf die lange Bank zu schieben.

(B) Wir haben gesagt, es soll uns ein Bericht gegeben werden bis zur nächsten Bürgerschaftswahl. Es ist durchaus unser Ziel, dass da, wo diese Spielräume entstehen, und Sie weisen ja zu Recht darauf hin, dass es sie schon bei Alleinstehenden, auch bei Alleinerziehenden mit einem Kind und möglicherweise darüber hinaus gibt, dies dann eben auch genutzt werden kann. Es wären aber natürlich noch viel größere Spielräume zu gewinnen, wenn auch die Bundesratsinitiative, die wir anregen, erfolgreich sein und dies auf der Bundesebene passieren könnte, deswegen unser Antrag.

Ich fasse noch einmal zusammen, eine solche Aktivierung der passiven Mittel, eine solche Umfinanzierung in der Arbeitsmarktpolitik kostet kein zusätzliches Geld, sie nützt aber dem Gemeinwesen durch die zusätzliche gemeinnützige Arbeit, die geleistet werden kann. Sie nützt den Arbeitslosen, weil diese mit ihrem eigenen Geld und ihrer eigenen Arbeit ihren Lebensunterhalt finanzieren können, und sie nützt letzten Endes auch dem Sozialsystem, weil auch richtige Beiträge in die Kassen fließen, deswegen unser Wunsch oder unsere Bitte, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Nitz, zwei Vorbemerkungen zu Ihren Ausführungen: Ich finde, das, was Sie an Zahlen aus der Großen Anfrage herausinterpretieren, ist etwas überinterpretiert, denn wenn Sie sich die Antwort zu Frage 7 anschauen, darin steht genau, dass der Senat nicht angeben kann, wie viel Geld bei den Kosten der Unterkunft gespart werden kann. Auf welcher Basis Sie dann rechnen, ist mir nicht so ganz klar, und vor allen Dingen verstehe ich auch nicht, wie dann der Senat Profit aus der Beschäftigungsförderung ziehen kann. Das ist mir auch nicht klar.

Ein dritter Punkt: Ich kann jetzt auch die Mär davon nicht mehr hören, dass es zu wenig Geld in der Arbeitsmarktpolitik gibt. Es ist ein großes Drama, dass die Bundesregierung 22 Millionen Euro gekürzt hat, aber es fließen immer noch 150 Millionen Euro im Jahr in das Land Bremen, also nach Bremen und Bremerhaven. Das ist nicht nichts, vorher hatten wir 170 Millionen Euro. Wenn Sie immer so tun, als wenn überhaupt kein Geld mehr da ist, dann erzählen Sie den Menschen hier im Bundesland falsche Sachen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zu unserem Antrag: Der rot-grünen Koalition ist es ein Anliegen, dass wir auch auf einem zweiten Arbeitsmarkt möglichst viele sozialversicherungspflichtige Jobs schaffen und die Ein-Euro-Jobs begrenzen, Frau Ziegert hat schon darauf hingewiesen. Menschen, die arbeiten wollen, sollen dann auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt für ihre Arbeit bezahlt werden, und das ist für uns auch eine Frage der Würde. Dort, wo es um tagesstrukturierende Maßnahmen geht, können es dann auch einmal Ein-Euro-Jobs sein, aber, wie gesagt, wir wollen diese begrenzen. Ich bin auch froh, dass es uns gelungen ist, dass trotz der Kürzung der Bundesregierung um 22 Millionen Euro – das sind immerhin 25 Prozent des gesamten Etats – möglichst wenig sozialversicherungspflichtige Jobs reduziert worden sind. Da stimmt es eben genau nicht, was Sie erzählen, Frau Nitz!

Wir hatten hier in der Stadt Bremen im November 2010 noch 735 sozialversicherungspflichtige Jobs, es sind jetzt im Februar 2011 – das sind die aktuellen Zahlen – immer noch 714 Jobs.

(Abg. Frau N i t z [DIE LINKE]: Und was haben Sie in der letzten Sitzung der Arbeitsdeputation beschlossen? Eine Absenkung!)

Es ist eine Reduktion um 21 Stellen bei einer Kürzung von 22 Millionen Euro. Das zeigt auch, wie gut wir an der Stelle gearbeitet haben. Es wäre auch gut, wenn Sie das an der Stelle einmal anerkennen würden.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau N i t z [DIE LINKE]: Nein, es gibt eine Absenkung, nehmen Sie das einfach zur Kenntnis!)

Allerdings ist ein zentraler Punkt unseres Antrags: Aus kommunal- und landespolitischer Sicht ist es bedauerlich, dass der Bund am Ende des Tages das Geld spart, wenn wir hier die sozialversicherungspflichtigen Jobs schaffen, weil er nämlich das Arbeitslosengeld II einspart und nicht wir als Kommunen beziehungsweise als Land Bremen, und das möchten wir ändern.

Dazu gibt es auch eine lange Debatte in der Fachwelt unter dem Begriff „Aktivierung passiver Leistungen“. Dahinter verbirgt sich, dass das Geld der sogenannten passiven Leistungen, nämlich die Hilfe zum Lebensunterhalt, die durch Einrichtung sozialversicherungspflichtiger Jobs gespart wird, für arbeitsmarktpolitische Leistungen zur Verfügung gestellt wird. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, weil beide Ausgabentitel im Bundeshaushalt nicht miteinander deckungsfähig sind. Das wollen wir ändern, und deswegen fordern wir auch in unserem Antrag den Senat auf zu prüfen, ob es in einer Bundesratsinitiative gelingen kann, das zu ändern. Wir setzen darauf, dass andere Bundesländer ähnliche Interessen wie wir haben, denn auch sie möchten gern mehr Geld in ihren Kommunalhaushalten haben.

- (B) Bei einer vorsichtigen Schätzung, wenn man das jetzt einmal mit 714 sozialversicherungspflichtigen Jobs durchrechnet, also Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante und auch noch 240 Jobs in Bremerhaven, dann könnten 4 bis 5 Millionen Euro für zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen herauskommen. Das könnten mehr als 200 zusätzliche Jobs sein, und ich glaube, das wäre eine gute Nachricht für die Arbeitslosen im Land Bremen.

Bei der Großen Anfrage der LINKEN nach den Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft, die ja nicht beziffert werden können, ich bin schon darauf eingegangen, geht es uns aber trotzdem darum, den Senat noch einmal zu bitten zu prüfen, selbstverständlich unter der Beachtung des Sozialdatenschutzes, ob es möglich ist darzulegen, ob doch Geld gespart wird, das man dann für sozialversicherungspflichtige Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt einsetzen kann, und auch zu prüfen, wenn diese positiven fiskalischen Projekte tatsächlich gegeben sind, ob man diese Mittel, unter welchen Bedingungen auch immer, zur Schaffung zusätzlicher Jobs auf dem zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen kann. Wir versprechen uns von unserem Antrag eine Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Jobs auf dem zweiten Arbeitsmarkt, ich glaube auch, darauf warten die Arbeitslosen im Land Bremen. Von daher bitten wir um die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (C) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt (FDP)***: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mitteilung des Senats auf die Anfrage der LINKEN liefert ja durchaus eine ganze Menge Zahlen, vieles davon ist aber auch im Grunde vorher schon bekannt gewesen. So furchtbar viel Neues ist aus meiner Sicht nicht dabei herausgekommen. Sie nutzen ja aber jetzt die Gelegenheit, eine Diskussion darüber zu führen, ob man Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante möglicherweise anders organisatorisch und von der Finanzierung her einbinden kann, und zwar in der Weise, und das war der Vorschlag, der soeben vorgetragen worden ist, dass der Effekt, dass kein Arbeitslosengeld II dann in dem Umfang mehr bezahlt werden muss, während der Betroffene in dem Zeitraum an einer Maßnahme teilnimmt, dann auch für die Kommunen hilfreich sein kann.

Ich glaube, dass ein Punkt hier sehr viel wesentlicher ist, und, Frau Schön, Sie haben es sich wieder einmal nicht nehmen lassen zu sagen, die Bundesregierung ist schuld, dass da so wenig gemacht werden kann. Ich glaube, das ist genau das falsche Denken. Es ist so, dass bundesweit diese Mittel in diesem Titel gekürzt worden sind, und in vielen Regionen war das auch richtig so. Es ist ja eher so, dass Bremen leider in den vergangenen Jahren seine Hausaufgaben nicht gemacht hat und deshalb die Arbeitsmarktentwicklung hier, anders als im Bund, eben nicht diesen enorm positiven Trend zu verzeichnen hatte, der in einem Land wie Baden-Württemberg zum Beispiel mittlerweile nahe an die Vollbeschäftigung geführt hat. Genau deshalb muss man sich erst einmal fragen, was man denn selbst vielleicht falsch gemacht hat.

Ich persönlich habe in der Vergangenheit eigentlich nie besonders viel davon gehalten, hier den Schwarzen Peter an die Bundesebene zu geben. Das Land Bremen hat, und das haben Sie ja auch eingeräumt, Frau Schön, mehr als genug Geld für eine aktive Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren auch zur Verfügung gehabt. Die Wahrheit ist, dass sie vieles von dem, was Europa in den letzten Jahren an Hilfen gewährt hat, für sehr teure und ineffektive Maßnahmen ausgegeben haben, und dazu zählen auch viele dieser Jobs, die Sie hier angeboten haben.

Wenn es nämlich tatsächlich so wäre, liebe Frau Schön, dass es für Sie eine Frage der Würde ist, dann müsste man in Maßnahmen investieren, die Menschen aus dem Hilfebezug herausbringen, und nicht in Dinge investieren, die geradezu darauf angelegt sind, Menschen auf Dauer im Hilfebezug zu belassen, wir haben das hier mehrfach schon diskutiert.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen])

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Dieses Thema können wir auch noch gern diskutieren, aber, ich glaube, dann führen wir noch einmal die gesamte der Debatte der letzten vier Jahre.

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Ich bin ja einmal gespannt, was der Senat da macht!)

Genau! Bei Gelegenheit können wir auch gern noch einmal darüber reden, aber jedenfalls halte ich es für sehr wesentlich, dass auch klar wird, diese Maßnahme, die Sie hier forcieren wollen, sind weitaus teurer als jeder Ein-Euro-Job, und das haben wir in der Diskussion mit den Trägern auch noch einmal deutlich erörtert. Dann müssen Sie mir einmal erklären, was an dem Ein-Euro-Job schlechter sein soll, wenn es darum geht – wofür ich sehr bin –, dass Menschen sich im Rahmen einer Tätigkeit die Möglichkeit schaffen, wieder zu arbeiten, um den Einstieg in eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder zu finden. Das ist übrigens das originäre Ziel dieser Übung,

(Beifall bei der FDP)

(B) wenn Sie nicht das Ziel haben, dass Menschen auf Dauer in diesen Maßnahmen bleiben sollen. Dann, muss ich sagen, finde ich diese Diskussion eigentlich nicht besonders förderlich, zumal wir übergelagert ja ohnehin die Frage haben, wie wirksam denn diese Maßnahmen unter dem Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt sind, und darauf muss es gerichtet sein, da müssen die Anstrengungen konzentriert sein, das ist unser klares Petitem, nicht auf die Frage, wie man noch mehr Langzeitarbeitslosigkeit mit staatlicher Begleitmusik weiter verfestigen kann, was in den letzten Jahren leider, und das ist zu beklagen, hier geschehen ist.

Deshalb werden wir auch diesen Antrag ablehnen, weil wir glauben, dass es erst einmal einer Aufgaben- und einer Maßnahmenkritik bedarf, sich einmal zu überlegen, welches Instrument denn eigentlich wirksam sein kann. Sich hier eines der teuersten Instrumente auszusuchen und damit einen Großteil der Mittel zu verausgaben, die zur Verfügung stehen, und sich dann anschließend beim Bund zu beschweren, dass Sie kein Geld haben, liebe Frau Schön, so einfach darf man es sich nicht machen.

(Beifall bei der FDP)

Zu Frau Ziegert ist zu sagen, Sie haben es ja fast so dargestellt, als würden diejenigen, die in diesen Maßnahmen arbeiten, sich ihre Tätigkeit selbst finanzieren. Wenn das so wäre, wäre ich sehr zufrieden, nur dann bräuchte man den Staat in dem Spiel nicht, dann könnten die Sozialunternehmen, die Akteure, die hier am Standort vertreten sind, das ja auch selbst organisieren. Ich glaube, wir sind da in der Bewertung auch nicht weit auseinander, nur dass nicht jemand, der das hier mit anhört, glaubt, das würde tat-

sächlich so sein. Man könnte das missverstehen, und Sie wissen eigentlich auch besser, dass es nicht so ist. Insofern, glaube ich, sind wir da in der Bewertung auch nicht sehr weit auseinander.

Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn wir in der nächsten Wahlperiode, möglicherweise auch in einer anderen politischen Konstellation hier im Haus, tatsächlich einmal einen neuen Aufschlag mit Blick auf eine stärkere Integration von langzeitarbeitslosen Menschen auch gerade in den ersten Arbeitsmarkt versuchen würden. Das muss das Ziel sein, und wir Liberale werden uns daran sehr gern beteiligen, wie wir das mit vielen Vorschlägen in dieser Wahlperiode übrigens auch sehr konkret gemacht haben. Wir können auch gern noch einmal über das Thema Mindestlohn reden, gern auch stundenlang, aber, ich glaube, das ist hier sehr ausführlich gemacht worden.

(Abg. Frau Troedel [DIE LINKE]: Wenn Sie es denn endlich verstehen würden, könnten wir es in fünf Minuten machen!)

Auf der anderen Seite muss auch klar sein, wir werden eine Neustrukturierung auch dieser Maßnahmen bekommen, das wird möglicherweise anders sein, darüber ist auf der Bundesebene im Augenblick viel Diskussion, wie man das unter der Maßgabe voranbringen kann, die ich soeben beschrieben habe. Das ist zu begrüßen, in die Richtung werden wir als Bremer Liberale auch gern weiterarbeiten. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Viel ist ja bereits gesagt worden, und ich muss einfach zugeben, es sind doch einige Fragen bereits beantwortet, die ich eigentlich gehabt hätte.

Ich komme zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Einsparungen im Kommunal- und Landeshaushalt durch arbeitsmarktpolitische Investitionen, das hat etwas, allein, wir glauben es nicht ganz! Wenn man genau dahinter schaut, bleibt aus dieser Anfrage nicht viel mehr übrig als Abänderungen von Maßnahmen, die Erhöhung von Entgelten und die verlängerten Laufzeiten. Solche Maßnahmen, meine Damen und Herren, kosten aber in der Regel mehr Geld, Geld, welches die Kommunen, Länder oder der Bund zu finanzieren haben. Man fragt sich natürlich auch, welche von den jetzt bestehenden Maßnahmen hier denn betroffen sein werden und was für eine Erfolgsquote, welche arbeitsmarktpolitischen Erwartungen denn hinter diesen neuen Maßnahmen stehen oder was gezielt damit erreicht werden soll. Irgendwie wird man das Gefühl nicht los, dass hier unter dem Deckmantel des öffentlichen Interesses und der Zusätz-

(C)

(D)

(A) lichkeit ein neuer, gesonderter Arbeitsmarkt entstehen soll.

Meine Damen und Herren von der LINKEN, hören Sie doch endlich auf, in Ihren Anträgen den Menschen zu suggerieren, dass sie durch eine solche Tätigkeit eine in der Höhe ausreichende Rente erhalten werden. Selbst wenn diese betroffenen Menschen ein Leben lang in eine der hier angestrebten Maßnahmen verbleiben, werden diese Menschen mit solchen Maßnahmen nicht eine Rentenhöhe erreichen, die nicht einer zusätzlichen Aufstockung durch die Grundsicherung bedarf. Die erreichen Sie nur und ausschließlich, wenn sie wieder den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zurückfinden.

(Abg. R u p p [DIE LINKE]: Selbst dann nicht!)

Kommen wir zu den gestellten Fragen! Da wundern wir uns eigentlich, warum Sie denn alle in dieser Form gestellt haben. Es sind neun Fragen, von denen die ersten sechs eine reine Abfrage von allseits bekannten Zahlen sind. Dort fragen sie ab, welche monatlichen Kosten für die Unterkunft entstehen, wie hoch ein Einkommen sein müsste, damit keine zusätzlichen Leistungen mehr durch den Staat zu erfolgen haben, ja, sie fragen sogar die bestehenden Tarifgruppen ab. Meine Damen und Herren von der LINKEN, kennen Sie denn diese Zahlen nicht, und wenn nein, hätte da nicht ein Anruf genügt, um sie zu bekommen? Das wäre mit Sicherheit einfacher gewesen, aber vielleicht wollten Sie ja auch den Senat und dessen Mitarbeiter mit ein wenig zusätzlicher Arbeit versorgen.

(B)

Die Fragen sieben, acht und neun, aus denen man etwas konkreter eine Antwort auf ihre Grundfrage hin hätte entnehmen können, sind nicht durch den Senat beantwortet. Genau deren Beantwortung aber wäre interessant gewesen, und vor allen Dingen hätte sie unter Umständen auch etwas Neues gebracht. Sie jedoch können das und bewerten diese Zahlen und ziehen daraus ihre Schlüsse. Das hat zum Ergebnis, dass diese Anfrage uns eigentlich nicht weiterhilft. Aus unserer Sicht wäre sie gar nicht notwendig gewesen.

Zum Antrag der SPD, hier geht das Ansinnen der Koalitionäre klar hervor: Maßnahmen mit längeren Laufzeiten in der Entgeltvariante unter dem Gesichtspunkt, dass es dabei auch noch zu Einsparungen kommt. Dieses Thema verfolgt die Koalition ja schon seit Längerem. Ihre Feststellung, dass dann die Menschen in der Regel aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II fallen, ist auch nichts Neues, sondern gewollte Normalität und ein Hauptgrund für alle Maßnahmen nach AGH-E. Aber, meine Damen und Herren, wenn auch das Arbeitslosengeld II entfällt, wenn auch das Wohngeld entfällt, spart doch im Endergebnis niemand dabei. Das Geld wird doch auf der anderen Seite wieder für diese Maßnahmen gebraucht. Diese Maß-

nahmen kosten doch schließlich unter dem Strich mehr Geld, denn sonst würden die Teilnehmer doch auch weiterhin auf Zuzahlungen des Bundes angewiesen sein. Die, die dieses Mehr finanzieren müssen, sind wir, das sind der Bund, das Land und die Kommune. Wie hieraus dann positive fiskalische Effekte und zusätzliche Spielräume für die aktive Arbeitsmarktförderung entstehen sollen, das, meine Damen und Herren, würde auch uns brennend interessieren.

(C)

Darum kann ich auch feststellen, dass wir für Ihre erste Beschlussempfehlung einige Sympathie empfinden. Es kann zumindest nicht schaden, einmal zu prüfen, ob sich die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante durch Reduzierung der Kosten zum Beispiel für die Unterkunft fiskalisch neutral oder sogar positiv, sprich rückläufig, auswirken würde. Warum Sie dann jedoch umgehend in Punkt 2 den Senat bitten, das, was er auf Ihren Beschluss hin zu erarbeiten hat, jetzt auch gleich selbst zu bewerten und daraus Handlungsempfehlungen für Bremen und Bremerhaven abzuleiten, das bleibt für uns einfach rätselhaft.

Wenn hier einer das Ergebnis der Prüfung zu bewerten hat, dann, meine Damen und Herren, sind Sie es doch selbst. Dann ist es doch das Parlament und nicht der Senat. Dass Sie jetzt schon festsetzen, wie mit dem Ergebnis umzugehen ist, welches wir ja schließlich noch gar nicht kennen, nämlich nach Berlin in den Bundesrat zu gehen, ist irgendwie mittlerweile bei Ihnen auch nichts Neues, sondern schlicht Standard. Wenn Sie aber schon solche Vorschläge machen, dann sagen Sie doch auch gleich den Zweck und das Ziel dieser neuen oder abgewandelten Maßnahmen nach AGH-E! Wenn Sie so etwas machen möchten, dann muss man doch einfach auch wissen, dass dafür andere bestehende Maßnahmen nicht nur umgewandelt, sondern auch aufgegeben werden müssen. Ich hatte das Ihren Unterlagen, Ihren Anträgen nicht entnommen, aber insbesondere durch die Erklärungen von Frau Ziegert und Frau Schön bin ich da jetzt ein ganzes Stück weiter, und ich finde das gut, was hier gesagt worden ist.

(D)

Wenn man so etwas machen möchte, dann muss für uns, für die CDU, hierfür an erster Stelle das Ziel einer markt- und bedarfsgerechten Qualifikation stehen. Denken Sie daran, dass die Menschen, um die es Ihnen hier geht, eine solche Chance dringend brauchen! Neue Arbeitsplätze gibt es im Land Bremen genug, nur besetzen können wir diese nicht, insbesondere aus dem Kreis der Langzeitarbeitslosen. Dies zu ändern ist für uns ein Hauptanliegen künftiger Arbeitsmarktpolitik, und es wäre schön, wenn solche Maßnahmen entstehen, dass sie gerade dazu dienen.

Ihren Antrag können wir in dieser Form natürlich nicht mittragen, darum verbleibt uns nichts anderes als die Ablehnung. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einige Anmerkungen zu der Debatte machen, weil ich glaube, hierin sind einige Überschätzungen. Das Erste ist, es ist aus meiner Sicht ein Irrtum anzunehmen, wenn der Bund etwas, das wir fordern, nicht macht, dann muss es die Kommune. Es ist nicht das Land, es muss die Kommune machen, die Kommune bekommt Kosten für Unterkunft und nicht das Land. Das halte ich nicht für unbedingt so zielführend, weil hinter dieser Debatte der Aktivierung passiver Leistungen bei Weitem mehr steht, als nur sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen, sondern es steckt die Frage dahinter, wie ich mit einem gravierenden Problem von Langzeitarbeitslosigkeit, und zwar verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, umgehe und wie ich es dort erreiche, sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Das wirft bei Weitem noch mehr Fragen auf, die noch unbeantwortet sind, als nur die Frage, wie hoch das Entgelt für die Teilnahme an entsprechenden Maßnahmen ist.

(B) Es ist insbesondere eine differenzierte Debatte notwendig, welche Zielgruppe ich da eigentlich im Kopf habe, weil es in der Tat – das haben einige gesagt –, auch wenn der arbeitsmarktpolitische Sachverstand manchmal sehr begrenzt zu sein scheint, das Ziel ist, die Person in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Das erfordert ein sehr differenziertes Herangehen, und da gibt es durchaus auch sehr viele Gründe, weswegen man unterschiedliche Instrumente öffentlich geförderter Beschäftigung hat. Da machen sowohl InJobs einen Sinn als auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten, aber man muss sich sehr genau anschauen, welche Zielgruppen man da eigentlich nimmt und welche Maßnahmen sie zuvor oder begleitend schon gehabt haben sollen. Wir wollen nicht Förderkarrieren im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung haben, sondern wir wollen Schritte schaffen, damit die Leute in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, und das ist eine sehr differenzierte Sache.

Zum Zweiten zu den Zahlen, die ich noch ein bisschen angehen will! Es ist falsch interpretiert, dass Alleinerziehende mit einem Kind, zwei oder mehreren Kindern völlig aus dem KdU-Bezug herauskommen würden, das steht hierin auch nicht. Hierin steht, wenn wir über 1 800 Euro zahlen würden, dann würden sie wahrscheinlich, wenn sie nicht aus welchen Gründen auch immer manchmal besonders teure Wohnungen haben, die man auch manchmal tolerieren muss, erst ganz aus dem KdU-Bezug herauskommen. Es geht darum, dass, wenn man also bei 1 300 Euro ist, einige Alleinerziehende auch schon Teile ihres KdU-Anspruchs verlieren werden, aber natürlich noch

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) weiter KdU bekommen, weil die vollständige Freiheit erst bei einem Brutto-Einkommen von rund 1 800 Euro kommen wird. Das steht eindeutig in der Frage 4, und wenn man die anderen Fragen hinzunimmt, kann man das sehen.

Das bedeutet, wenn man diese Sache macht, und wir werden versuchen darzulegen, in welche Richtung das gehen könnte, dann haben wir es, also eine völlige Freiheit von KdU-Leistungen wird vor allen Dingen bei den Gruppen kommen, die wirklich alleinstehend sind. Ob wir diese Konzentration nur auf Alleinstehende politisch für sinnvoll halten, das wird zu diskutieren und zu debattieren sein. Nur dann erzielt man möglichst große fiskalische Effekte, die man unter Umständen erzielen will. Da bin ich mir aber nicht sicher, ob das das arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Vorgehen ist. Das muss man sehr differenziert anschauen, mit welchen Maßnahmen man eigentlich bei welchen Zielgruppen welche fiskalischen Effekte erzielt. Auch dann ist es zu leicht zu rechnen, da hat Herr Nestler aus meiner Sicht völlig recht, ich verstehe auch noch nicht ganz, ob wir die 200 Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zahlen oder die 200 Euro für KdU, wo da die Einsparung oder der Gewinn oder was auch immer ist. Es wird nur bei relativ wenigen Bereichen wirklich eine reale Entlastung sein, denn ob wir das Geld für KdU ausgeben oder für die zusätzliche Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, das macht aus fiskalpolitischer Sicht wenig Unterschied. Es wird einige Gruppen geben, bei denen man mit 1 300 Euro doch schon noch mehr sparen kann, weil sie unter Umständen relativ teure Wohnungen haben, aber die Grundsache wird nicht sein, dass wir da plötzlich ein Sparschwein haben, das wir bisher noch gar nicht entdeckt haben, das wir nur schlachten müssen, um dann richtig etwas zu machen.

(D) Einen Punkt, den ich mir nicht verkneifen kann, Herr Möllenstädt, das meinte ich auch gerade mit dem arbeitsmarktpolitischen Sachverstand, den man sicherlich noch steigern kann, ist, Arbeitsmarktpolitik schafft keine Beschäftigung. In ganz wenigen Ausnahmen ist das so, Arbeitsmarktpolitik dient dazu, um, wenn Beschäftigung vorhanden ist, zu versuchen, wenn Arbeitslose vorhanden sind, diese dorthin zu bringen, wo Beschäftigung ist. Dafür gibt es arbeitsmarktpolitische Möglichkeiten. Deswegen ist es mitnichten so, dass die Ursachen, weswegen in Baden-Württemberg die Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung – –

(Abg. D r . M ö l l e n s t ä d t [FDP]: Ein bisschen Arbeitsmarktpolitik könnte man ja auch einmal machen!)

Darüber könnten wir auch eine differenzierte Debatte führen. Sie erzählen hier dauernd, es ist Arbeitsmarktpolitik. Wenn Sie mit solch einem Sachverstand die Wirtschaftspolitik betrachten, dann bin ich einmal

(A) gespannt darauf, wie tauglich Ihre Rezepte sind. Das ist auf jeden Fall erst einmal eine Sache.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das war jetzt eine schlüssige Argumentation!)

Sie können noch einmal in die Debatte hineingehen!

Die zweite Sache, dass wir es bei öffentlich geförderter Beschäftigung, auch das ist die Frage von arbeitsmarktpolitischer Kompetenz, dass wir es bei den Arbeitslosen mit unterschiedlichen Zielgruppen zu tun haben, für die unterschiedliche Maßnahmen notwendig sind, und die man nicht alle – die kann man dann abschreiben, wenn man das will – nur über Qualifizierungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt integrieren kann, das ist arbeitsmarktpolitisch eigentlich eine Binsenweisheit. Deswegen brauchen wir dieses Instrument auch dauerhaft. Auch wenn sich die Beschäftigungslage hier, wie es auch in den vergangenen Monaten der Fall war, kontinuierlich verbessert, werden wir dieses Instrument nach wie vor brauchen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

(B) Abg. **Dr. Möllenstädt (FDP)***): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Staatsrat Schuster, ich finde es schon bemerkenswert, dass in der Debatte jetzt deutlich geworden ist, dass es doch offensichtlich substanzielle Unterschiede gibt in der Auffassung, wie Arbeitsmarktpolitik betrieben werden soll, zwischen den beiden Koalitionären und dem, was Sie jetzt vorgetragen haben. Frau Schön hat hier relativ unverhohlen gesagt, das ist im Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung, und das ist dann auch schon einmal etwas. Sie haben soeben gesagt, Sie wollen das eigentlich gerade nicht, sondern Sie sind eher bei dem Ziel, das ich durchaus teile, dass es Ziel sein muss, dass diese Menschen auch mittelfristig, vielleicht langfristig wieder Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt finden. Darum muss es gehen. Das finde ich schon einmal bemerkenswert.

Dann hier aber zu sagen, Arbeitsplätze können wir damit auch nicht schaffen, das hat noch niemand behauptet, das würde ich auch in meinen kühnsten Träumen nicht erwarten, aber man muss doch zur Kenntnis nehmen, dass die Erfolge bei der Entwicklung des Arbeitsmarkts doch hier sehr dem Bundestrend hinterherhinken in diesem Land. Ich habe angesichts der Zahlen, die Sie auch kennen, das Gefühl, dass wir über das Jahr mehrere Tausend Stellen haben, die nicht oder nicht unmittelbar besetzt werden können, offene Stellen im ersten Arbeitsmarkt, dass dort doch ganz offensichtlich genau dieser Ansatz von Förde-

*) Vom Redner nicht überprüft.

zung zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt hier noch nicht richtig funktioniert, und ich glaube, das ist etwas, das sich schon zu kritisieren lohnt.

(C)

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Machen Sie doch einen Termin mit dem Staatsrat!)

Da finde ich ehrlicher, was Frau Schön gesagt hat, die nämlich sagt, das ist gar nicht unser Ziel, wir wollen ja, dass die Leute möglichst auf Dauer darin bleiben. Da bitte ich schon noch einmal um eine Klarstellung. Was ist denn die Meinung des Senats? Es würde mich einmal interessieren, wie Sie das so sehen. Im Übrigen dürfen Sie einmal davon ausgehen – das ist auch an vielen Stellen schon erwiesen –, dass man, wenn man vernünftige Rahmenbedingungen für das Wirtschaften an einem Standort schafft, dann auch noch mehr Arbeitsplätze schaffen kann und das gerade auch Menschen hilft, die vielleicht nicht an der oberen Grenze der Qualifikationsskala angelangt sind. Dementsprechend halte ich es schon für sehr zentral, dass Sie diese Fragen vielleicht auch einmal für sich und für den Senat hier beantworten. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbst wenn ich es gesagt habe, scheinen Sie ja nicht zuzuhören. Es gab keinen Unterschied zwischen Frau Schön und mir. Sie hat nicht gesagt, wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor an und für sich, weil er einfach schön ist, und auch ich habe gesagt, wir brauchen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, gerade um bestimmten Gruppen von Langzeitarbeitslosen die Chance zu geben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Verstehen Sie, man muss beides machen! Das eine ist das Ziel, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, aber dafür braucht man dieses Instrument, das hatte ich auch gerade schon gesagt. – Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1689 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)
Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen CDU, FDP und Abg. T i m k e
[BIW])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt
dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von (C)
der Antwort des Senats, Drucksache 17/1679, auf die
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Kenntnis.

Damit wären wir an das Ende unserer heutigen Sit-
zung gekommen.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Land-
tag).

(Schluss der Sitzung 17.58 Uhr)

(B)

(D)

(A) Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 6. April 2011****Anfrage 3: Zeitarbeit im öffentlichen Dienst**

Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Umfang nimmt das Land Bremen und seine Kommunen das Instrument der Zeitarbeit im öffentlichen Dienst in Anspruch, getrennte Angabe nach Allgemeiner Verwaltung, Schulen/Hochschulen, Polizei/Justiz?

Zweitens: Aus welchen Gründen werden Zeitarbeiter in den verschiedenen Einsatzorten im öffentlichen Dienst beschäftigt?

Drittens: Erhalten die Zeitarbeiter den gleichen Lohn wie festangestellte Mitarbeiter beziehungsweise nach welchen Fristen ist eine Gleichbezahlung vereinbart?

Dr. Möllenstädt und Gruppe der FDP

Antwort des Senats:

Die Fragen werden wegen des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zu den Fragen 1 bis 3: Der Senat ist grundsätzlich der Meinung, dass von Möglichkeiten der Leiharbeit nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden soll. Dabei soll grundsätzlich jeweils der gleiche Lohn wie für die Festangestellten gezahlt werden. Dies hat die Senatorin für Finanzen in einem Rundschreiben allen Dienststellen mitgeteilt und präzisiert. Zum Stichtag am 31. 12. 2010 wurden 77 Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter, 39 männlich und 38 weiblich, im Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, einschließlich der Ausgliederungen, beschäftigt. Im Verhältnis zu den rund 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre dies ein Anteil von rund 0,3 Prozent. Bei der Bezahlung der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gibt es aufgrund der Anwendbarkeit der jeweiligen Tarifverträge bei den Leiharbeitsfirmen Unterschiede, bei circa der Hälfte der Beschäftigten ist der Lohn vergleichbar oder liegt über dem Lohnniveau der Festangestellten. Die Dauer der Leiharbeit spielt bei der Lohngestaltung nur in Einzelfällen eine Rolle. In der Mehrzahl der Fälle lagen die Gründe für den Personaleinsatz bei dem Ersatz für Personalausfälle und dem Abbau von Arbeitsspitzen.

In folgenden Ressorts wurden Kräfte eingesetzt: 28 Kräfte im Ressortbereich der Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales, eingesetzt in Kindertagesstätten, im Amt für Soziale Dienste, in der Werkstatt Bremen und im Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst, 20 Kräfte im Ressortbereich der Senatorin für Finanzen, eingesetzt bei Immobilien Bremen, 18 Kräfte im Ressort-

bereich des Senators für Inneres und Sport, eingesetzt bei der Polizei Bremen sowie beim Sportamt und Stadtamt, drei Kräfte im Ressortbereich des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, eingesetzt in der senatorischen Behörde und beim Umweltbetrieb, und acht Kräfte im Ressortbereich der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, eingesetzt bei der Hochschule Bremerhaven und beim Studentenwerk.

(C)**Anfrage 11: Training mit Lichtpunktgewehren für Grundschüler?**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, ob auch, und wenn ja, in welchem Umfang, Bremer Schulen – ähnlich wie in der Bremer Nachbargemeinde Schwanewede – von Schützenvereinen kontaktiert wurden, um dort Schießtrainings bereits mit Sechsjährigen mit sogenannten Lichtpunktgewehren durchzuführen?

Zweitens: Wie bewertet der Senat das Vorgehen einzelner Schützenvereine, gewerbsmäßig und zur Nachwuchsrekrutierung schon Grundschulkindern an den Umgang mit Schusswaffen zu gewöhnen?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, solche Angebote für Kinder in Bremer Schützenvereinen, zumindest aber in Bremer Schulen zu verhindern?

Ehmke, Tschöpe und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Nach Angaben der stadtbremischen Grundschulen und nach Angaben des Schulamts der Stadtgemeinde Bremerhaven hat kein Schützenverein Grundschulen in den beiden Stadtgemeinden kontaktiert, um Schießtrainings mit sogenannten Lichtpunktgewehren mit Grundschülerinnen und Grundschulern durchzuführen.

Zu Frage 2: In Schulen ist das Führen von Waffen und gefährlichen Gegenständen grundsätzlich nicht erlaubt. Lichtpunktgewehre fallen insofern unter das Waffengesetz, als sie als Anscheinswaffen nach Paragraph 42 a des Waffengesetzes auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen nicht geführt werden dürfen. Das Nähere regelt das Waffengesetz. Der Senat lehnt alle Bestrebungen, Kinder und Jugendliche an einen Umgang mit Waffen heranzuführen, insbesondere eine Kontaktaufnahme mit Grundschulen mit dem Ziel der Nachwuchsrekrutierung für Schützenvereine ab.

Zu Frage 3: Der Senat wird den Schulen die oben genannte Position übermitteln.

Anfrage 12: Barrierefrei wohnen in Bremen und Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele seniorenerechte, barrierefreie und barrierearme Wohnungen gibt es in Bremen und

(D)

- (A) Bremerhaven, und wie hoch schätzt der Senat den Bedarf solcher Wohnungen durch ältere Menschen, Familien und gesundheitlich eingeschränkte Personen ein?

Zweitens: Welche Anstrengungen unternimmt der Senat, die durch den demografischen Wandel in den nächsten Jahren stark steigende Nachfrage nach seniorengerechten, barrierefreien und barrierearmen Wohnungen decken zu helfen?

Drittens: Wie hat sich das in 2010 gestartete Wohnungsvermittlungsportal www.barrierefrei-wohnen-bremen.de der agWohnen bezüglich Nutzerzahlen und Wohnungsvermittlungen entwickelt, und wie schätzt der Senat dessen bisherigen Erfolg ein?

Jägers, Pohlmann, Tschöpe und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Es liegen keine statistischen Erhebungen dazu vor, wie viele Wohnungen in Bremen seniorengerecht, barrierefrei oder barrierearm sind. Der Senat kann daher keine Angaben dazu machen, wie viele Wohnungen in Bremen und Bremerhaven einen solchen Standard aufweisen. Im Land Bremen gibt es rund 60 000 Schwerbehinderte, bei denen davon auszugehen ist, dass sie eine angepasste Wohnung benötigen. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden bewegungsbeeinträchtigte ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in steigender Zahl barrierefreien Wohnraum benötigen.

- (B) Zu Frage 2: Die Landesbauordnung schreibt vor, dass in neuen Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen ein Geschoss barrierefrei erreichbar sein muss.

Für den Wohnungsbestand gibt es den Leitfaden „Qualitätsstandards für Barrierefreiheit im Wohnungsbau“. Zur Information und Vermittlung geeigneter Wohnungen an betroffene Haushalte hat der Senat die Arbeitsgemeinschaft der Wohnungswirtschaft Bremen–Bremerhaven dabei unterstützt, zusammen mit Haus & Grund Bremen die Datenbank www.barrierefrei-wohnen-bremen.de einzurichten. Zur Wohnungsversorgung von Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern hat die Beratungsstelle [kom.fort e. V.](http://kom.fort.e.v.) im Auftrag des Senats im Jahr 2010 Angebot und Nachfrage erhoben und fallbezogene Vermittlungen durchgeführt. Weiterhin führt die Beratungsstelle individuelle Beratungen zur Wohnungsanpassung durch, berät Vermieter und Bewohner und führt Schulungen zum Beispiel für Handwerksbetriebe durch. [Kom.fort e. V.](http://kom.fort.e.v.) ist für das Jahr 2011 beauftragt worden, die Handlungsbedarfe zu konkretisieren und verstärkt Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. In der Bremer Fachkommission Wohnen im Alter kommen mit wissenschaftlicher Begleitung zwei Senatsressorts, Wohnungswirtschaft und soziale Dienstleister zusammen, die gemeinsame Projekte zum Verbleib von Älteren im angestammten Wohnraum begleiten.

(C)

Zu Frage 3: Im vierten Quartal 2010 haben 1 055 Nutzerinnen und Nutzer das Wohnungsvermittlungsportal www.barrierefrei-wohnen-bremen.de aufgesucht. Es wird von den beteiligten privaten Vermietern nicht erhoben, ob durch diese Portalnutzung Vermittlungen erfolgt sind. Der Senat sieht die Datenbank als ein sehr gutes Instrument zur Information über den Bestand an generationengerechten Wohnungen und damit auch zu deren Vermittlung an.

(D)

